

Bogai, Dieter; Wiethölter, Doris; Partmann, Michael

Research Report

Die Arbeitsmarktsituation für Frauen in Berlin-Brandenburg

IAB-Regional. IAB Berlin-Brandenburg, No. 01/2009

Provided in Cooperation with:

Institute for Employment Research (IAB)

Suggested Citation: Bogai, Dieter; Wiethölter, Doris; Partmann, Michael (2009) : Die Arbeitsmarktsituation für Frauen in Berlin-Brandenburg, IAB-Regional. IAB Berlin-Brandenburg, No. 01/2009, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/177977>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Arbeitsmarktsituation für Frauen in Berlin-Brandenburg

*Dieter Bogai
Doris Wiethölter
Michael Partmann*

Die Arbeitsmarktsituation für Frauen in Berlin-Brandenburg

*Dieter Bogai
Doris Wiethölter
Michael Partmann**

* Wir danken Jeanette Carstensen für umfangreiche Datenauswertungen und die formale Gestaltung des Berichts.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	6
2	Erwerbsbeteiligung	8
3	Ausbildungsmarkt	13
3.1	Schulabgänger/-innen und –absolventen/-innen	13
3.2	Ausbildungsstellenmarkt	16
3.3	Übernahme von Auszubildenden	19
4	Beschäftigung	20
4.1	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	20
4.2	Teilzeitarbeit	25
4.3	Geringfügig Beschäftigte	27
5	Regionale Mobilität in Berlin-Brandenburg	28
5.1	Regionale Wanderungssalden in Brandenburg	29
5.2	Regionales Pendlerverhalten	30
5.3	Abwanderung und Pendeln junger Frauen im äußeren Entwicklungsraum Brandenburgs	33
6	Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarktpolitik	37
6.1	Entwicklung der Arbeitslosenquoten	38
6.2	Arbeitszeitwünsche arbeitsloser Frauen und Männer	39
6.3	Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB II und III	40
6.4	Regionale Arbeitslosigkeit in Berlin-Brandenburg	41
6.5	Höhe des Arbeitslosengeldes	42
6.6	Beteiligung an Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung	44
6.7	Ergebnisse der Evaluation arbeitsmarktpolitischer Instrumente	46
7	Bevölkerungsprognosen	48
7.1	Brandenburg	48
7.2	Berlin	50
8	Fazit	50
9	Literaturverzeichnis	53
10	Anhang	57
10.1	Methodische Erläuterungen	57
10.2	Begriffliche Erläuterungen	58
10.3	Gesetz über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge, BGB II 2000	60
10.4	Tabellenanhang	61

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Erwerbsquoten in Berlin nach Altersgruppen und Geschlecht 2007	9
Abbildung 2:	Erwerbsquoten in Brandenburg nach Altersgruppen und Geschlecht 2007	10
Abbildung 3:	Beschäftigungsquoten* in Berlin-Brandenburg nach Kreisen und Geschlecht 2007	12
Abbildung 4:	Schulabschlüsse der Absolventen und Absolventinnen in Berlin nach Geschlecht 2006	14
Abbildung 5:	Schulabschlüsse der Absolventen und Absolventinnen in Brandenburg nach Geschlecht 2006	15
Abbildung 6:	Beschäftigungsentwicklung in Berlin nach Geschlecht 2000 bis 2007	24
Abbildung 7:	Beschäftigungsentwicklung in Brandenburg nach Geschlecht 2000 bis 2007	25
Abbildung 8:	Wanderungssalden* der Brandenburger Kreise nach Geschlecht 1995-2006	30
Abbildung 9:	Entwicklung der Pendlerquoten in Berlin nach Geschlecht 1995 bis 2007	31
Abbildung 10:	Entwicklung der Pendlerquoten in Brandenburg nach Geschlecht 1995 bis 2007	32
Abbildung 11:	Abwanderung Jugendlicher im Alter von 16 bis 25 Jahren 2000 bis 2005 über die Landesgrenze Brandenburgs nach Geschlecht (absolut)	34
Abbildung 12:	Abwanderungsanteile junger Menschen* aus Brandenburg (Berlin ferne Kreise) nach Geschlecht in Prozent	35
Abbildung 13:	Junge Auspendler und Auspendlerinnen (über die Landesgrenze) aus dem äußeren Entwicklungsraum (Beschäftigungsanteile) nach Geschlecht 2007	36
Abbildung 14:	Arbeitslosenquoten* in Berlin nach Geschlecht 2000 bis 2007	38
Abbildung 15:	Arbeitslosenquoten* in Brandenburg nach Geschlecht 2000 bis 2007	39
Abbildung 16:	Arbeitslosenquoten* in Berlin-Brandenburg nach Kreisen und Geschlecht 2007	42
Abbildung 17:	Durchschnittliche Leistungshöhe im Rechtskreis SGB III in Berlin-Brandenburg nach Geschlecht, Jahresdurchschnitt 2007	43
Abbildung 18:	Ausgewählte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Berlin nach Geschlecht 2007 (Anteile in Prozent)	44
Abbildung 19:	Ausgewählte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Brandenburg nach Geschlecht 2007 (Anteile in Prozent)	46
Abbildung 20:	Entwicklung der Bevölkerung in Brandenburg nach Kreisen und Geschlecht 2006 bis 2030	50

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	TOP-10-Berufe der Auszubildenden in Berlin nach Geschlecht 2007	18
Tabelle 2:	TOP-10-Berufe der Auszubildenden in Brandenburg nach Geschlecht 2007	18
Tabelle 3:	Übernahmequoten der Auszubildenden in Berlin-Brandenburg nach Branchen und Geschlecht 2007 in Prozent	19
Tabelle 4:	Beschäftigte in Berlin nach Branchen und Geschlecht 2007	22
Tabelle 5:	Beschäftigte in Brandenburg nach Branchen und Geschlecht 2007	23
Tabelle 6:	Beschäftigungsentwicklung in Berlin-Brandenburg nach Geschlecht 2000 bis 2007	24
Tabelle 7:	Entwicklung der geringfügig entlohten Beschäftigung mit Frauenanteilen 2003 bis 2007	27
Tabelle 8:	Auspendler und Auspendlerinnen aus Brandenburg nach Zielbundesländern und Geschlecht 2007	33
Tabelle 9:	Pendlerziele junger Auspendlerinnen* aus dem äußeren Entwicklungsraum nach Bundesländern 2007	37
Tabelle 10:	Erwerbspersonen, Erwerbstätige und Beschäftigte nach Geschlecht 2000 und 2007	61
Tabelle 11:	Beschäftigungsentwicklung nach Geschlecht 2000 bis 2007 (einzelne Jahre)	62
Tabelle 12:	Entwicklung der geringfügig entlohten Beschäftigten* nach Geschlecht 2000 bis 2007 (einzelne Jahre)	62
Tabelle 13:	Beschäftigungsentwicklung nach der Arbeitszeit und Geschlecht 2000 bis 2007 (einzelne Jahre)	63
Tabelle 14:	Wanderungssalden* der Brandenburger Kreise nach Geschlecht 1995 bis 2006	64
Tabelle 15:	Entwicklung der Arbeitslosenquoten* nach Geschlecht 2000 bis 2007 (einzelne Jahre)	65
Tabelle 16:	Gewünschte Arbeitszeit* der Arbeitslosen nach Geschlecht 2000 bis 2007 (absolut, einzelne Jahre)	66
Tabelle 17:	Gewünschte Arbeitszeit* der Arbeitslosen nach Geschlecht 2000 bis 2007 (Anteile in Prozent, einzelne Jahre)	67
Tabelle 18:	Entwicklung der Arbeitslosen nach Rechtskreisen und Geschlecht 2005 bis 2007 (einzelne Jahre)	68
Tabelle 19:	Ausgewählte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Berlin nach Geschlecht 2007 – Insgesamt	69
Tabelle 20:	Ausgewählte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Berlin nach Geschlecht 2007 – SGB III	69
Tabelle 21:	Ausgewählte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Brandenburg nach Geschlecht 2007 – Insgesamt	70
Tabelle 22:	Ausgewählte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Brandenburg nach Geschlecht 2007 – SGB III	70
Tabelle 23:	Entwicklung der Gesamtbevölkerung in Brandenburg nach Kreisen 2006 bis 2030 (in Tausend)	71
Tabelle 24:	Entwicklung der weiblichen Bevölkerung in Brandenburg nach Kreisen 2006 bis 2030 (in Tausend)	72

1 Einleitung

Etwa seit Mitte der 1990er Jahre wird von den EU-Mitgliedsstaaten Gleichstellungspolitik als umfassender, integrierter Ansatz verfolgt, der spezifische Maßnahmen zur Frauenförderung mit der Verbreitung einer geschlechtsspezifischen Sichtweise bei Analyse, Planung und Umsetzung von Maßnahmen, im Controlling und in der Bewertung verknüpft. Dafür hat sich der Begriff „Gender Mainstreaming“ eingebürgert. Als gesellschaftspolitische Zielsetzung gilt, dass die Teilnahme am wirtschaftlichen, politischen und sozialen Leben nicht durch geschlechtsspezifische Hindernisse eingeschränkt werden soll. Dieser Bericht hat zum Ziel, die Arbeitsmarktsituation als wichtigen Bereich der gesellschaftlichen Teilhabe für Frauen in der Region Berlin-Brandenburg zu analysieren.

Bevor die verschiedenen Aspekte des regionalen Arbeitsmarktes geschlechtsspezifisch betrachtet werden, soll zunächst der Rahmen der Gleichstellungspolitik, der auf der Europäischen Ebene entwickelt wurde und der die Nationalstaaten entscheidend prägt, skizziert werden.

Von besonderem Einfluss waren die Beschlüsse auf der 4. Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking. Diese hatten zur Konsequenz, dass alle Mitgliedstaaten verpflichtet wurden, in ihren nationalen Strategien ein Konzept zur Implementierung von Gender Mainstreaming zu entwickeln. So wurde der EG-Vertrag 1996 in den Artikeln 2 und 3 geändert. Artikel 3, Abs. 2 lautet seither: „Bei allen in diesem Artikel genannten Tätigkeiten wirkt die Gemeinschaft darauf hin, Ungleichheiten zu beseitigen und die Gleichstellung von Männern und Frauen zu fördern.“ Als „Amsterdamer Vertrag“ machte er 1997 erstmalig verbindliche Vorgaben zum Gender Mainstreaming für alle EU-Staaten, die sowohl in die beschäftigungspolitischen Leitlinien als auch in die Verordnungstexte der geänderten Strukturfonds ab 2000 einfließen. 1999 verpflichteten sich alle Mitgliedstaaten auf den Gender Mainstreaming-Ansatz bei der Umsetzung der beschäftigungspolitischen Leitlinien (den EU-weiten Zielen der Beschäftigungspolitik).

Im Einzelnen sollen spezielle Maßnahmen gegen die Diskriminierung von Frauen am Arbeitsmarkt ergriffen werden:

- Gender Mainstreaming soll als Querschnittsaufgabe verstanden werden, wobei geschlechtsspezifische Wirkungen bei der Berichterstattung dokumentiert und bei der Evaluierung arbeitsmarktpolitischer Programme berücksichtigt werden müssen.
- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll durch Kinderbetreuungseinrichtungen verbessert werden, ebenso die Rückkehr in den Beruf nach der Familienphase.

Die beschäftigungspolitischen Leitlinien der EU wurden in Deutschland 1999 erstmalig in nationale Aktionspläne umgesetzt, seit 2000 ist die Chancengleichheit von Frauen und Männern ein unabhängiges Ziel. Die Umsetzung der Richtlinien in das Sozialgesetzbuch III hatte zur Folge, dass Frauen an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen proportional zu ihrem Arbeitslosenanteil berücksichtigt werden müssen. Besondere Programme sollen Frauen beruflich unterstützen und Nachteile am Arbeitsmarkt insbesondere für Berufsrückkehrerinnen ausgleichen. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sollen hinsichtlich Zeit, Inhalt und Organisation den besonderen Familienumständen Rechnung tragen. Die Maßnahmen sind zu dokumentieren und in Eingliederungsbilanzen aufzuführen.

Von besonderer Bedeutung für eine gezielte, handlungsorientierte Umsetzung von mehr Chancengleichheit ist die Erhebung von geschlechtsspezifischen Daten. In Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung hat die Hans-Böckler-Stiftung einen so genannten „Gender-Index“ (Gatzweiler/Meyer/Milbert 2008) entworfen, der unter Verwendung von 19 Indikatoren einen regionalen Vergleich hinsichtlich der Gleichstellung von Frauen und Männern ermöglichen soll. Für diese 19 Indikatoren werden die relativen Abweichungen der Indikatorenausprägungen für Frauen und Männer ermittelt, daraus wird wiederum ein Mittelwert – der Gender-Index – erstellt. Unter den 439 Stadt- und Landkreisen in Deutschland belegte Berlin im Jahr 2006 dabei einen sehr guten 15. Rang. In Brandenburg befindet sich mit Teltow-Fläming auf Rang 5 sogar einer der deutschlandweit besten zehn Kreise. Auch die übrigen Kreise Brandenburgs liegen im oberen Drittel.

In diesem Bericht sollen verschiedene Aspekte der Arbeitsmarktintegration von Frauen in Berlin und Brandenburg beleuchtet werden. Wirtschaftsstrukturelle Besonderheiten der beiden Bundesländer und Disparitäten innerhalb Brandenburgs zwischen Berlin nahen und fernen Regionen sind dabei von Bedeutung. Der gravierende Strukturwandel in den 1990er Jahren zulasten der Industrie und die verhaltene Wirtschaftsentwicklung in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts belasten die Beschäftigungssituation in den beiden Bundesländern nachhaltig. 2005 war das reale Bruttoinlandsprodukt in Berlin um 6,0 Prozent niedriger als 2000 (Brandenburg +2,3 %). Die anschließende konjunkturelle Aufwärtsentwicklung zeigte sich auch in Berlin und in Brandenburg. Das Wirtschaftswachstum gegenüber dem Vorjahr lag 2007 in Berlin bei 2,1 Prozent und in Brandenburg bei 2,2 Prozent (Bund 2,5 %). Gleichwohl ist Wirtschaftskraft der Region Berlin-Brandenburg im bundesdeutschen Vergleich gering. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner lag 2007 in Berlin um 18,4 Prozent und in Brandenburg um 40 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt.

Die Region Berlin-Brandenburg ist durch starke räumliche Disparitäten gekennzeichnet (vgl. Bogai/Wiethölter 2005: 22–25). Einerseits bietet die Metropole Berlin als Dienstleistungszentrum vielfältige Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen. Andererseits verfügt Brandenburg nur über wenige Agglomerationen. Die wirtschaftlichen Schwerpunkte liegen in einigen Regionen in traditionellen Industrien (Energiewirtschaft und Stahlerzeugung). Die als zukunftsfähig eingestuften Branchenkompetenzfelder sind in Teilen auf männerdominierte Industriezweige gerichtet (vgl. Bamming 2006). Die Arbeitsmarktsituation ist nicht nur für Frauen in den Randregionen besonders schwierig.

Dieser Bericht beginnt mit einer Darstellung der Arbeitsmarktpartizipation von Frauen in Berlin und Brandenburg. Dazu gehören die Erwerbsbeteiligung sowie die Integration in Beschäftigung. Grundlegerend für eine erfolgreiche Arbeitsmarktkarriere ist die Bildungs- und Ausbildungssituation junger Frauen, die im dritten Abschnitt untersucht wird. Ein Hauptabschnitt beschäftigt sich damit, in welchen Berufen, Branchen und Beschäftigungsformen Frauen in Berlin und Brandenburg tätig sind. Die unterschiedlichen wirtschaftlichen Bedingungen in Berlin-Brandenburg haben Auswirkungen auf das räumliche Wanderungsgeschehen. Es wird untersucht, inwieweit Frauen mit Abwanderung und Pendeln auf Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt reagieren. Neben der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit soll die finanzielle Absicherung von Frauen durch die Arbeitslosenversicherung dargestellt werden. Schließlich ist die Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen angesichts der oben genannten EU-Vorgaben von Interesse. Abschließend wird der Blick auf die Zukunft gerichtet und gefragt, wie die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der demografischen Entwicklungen in Berlin und Brandenburg aussehen könnten.

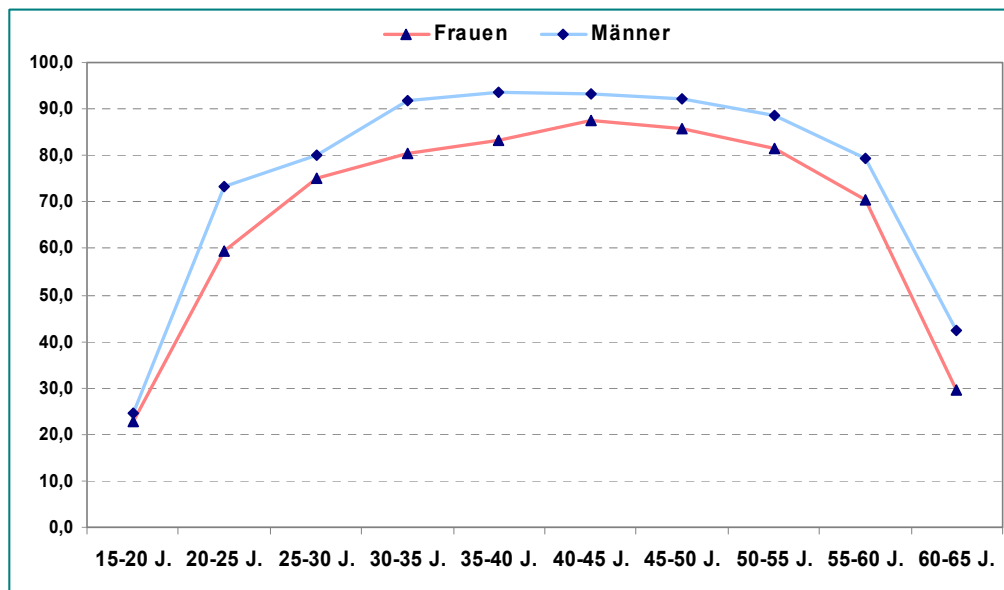
2 Erwerbsbeteiligung

Ein grundlegender Indikator für die Teilnahme von Frauen am Erwerbsleben ist die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung. Die Erwerbsquote bzw. Erwerbspersonenquote ist der Anteil der erwerbstätigen und arbeitslosen Frauen (Erwerbspersonen) an der weiblichen Bevölkerung im Erwerbsalter (15 bis 64 Jahre). Die Erwerbstätigen- bzw. Beschäftigungsquote zeigt das Ausmaß der tatsächlichen Integration von Frauen in die Wirtschaft an (siehe Definitionen der verschiedenen Kennziffern des Arbeitsmarktes im Anhang). Sie wird im nächsten Abschnitt auf der Basis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten regional differenziert dargestellt.

Die Erwerbsquote der Frauen lag in der Bundeshauptstadt im Jahre 2007 bei 70,0 Prozent und damit um 8,6 Prozentpunkte niedriger als die der Männer (Tabelle 10 im Anhang). Die Erwerbsbeteiligung der Frauen in Berlin entspricht damit eher der Situation in den alten Bundesländern. Dies überrascht, da die hohe Ausstattung der Metropole mit Dienstleistungsarbeitsplätzen die Erwerbsbeteiligung der Frauen begünstigen müsste. Zum anderen bestimmt in Westdeutschland in den höheren Altersgruppen die traditionelle Rollenverteilung der Geschlechter das Erwerbsverhalten der Frauen. Ein Grund für die niedrige Erwerbsquote in Berlin dürfte die noch stärkere Haushaltsorientierung der Frauen im westlichen Teil im Gegensatz zum Ostteil der Stadt sein. Zudem ist die Erwerbsbeteiligung unter den Migrantinnen gering ausgeprägt (Brenke 2008). Eine weitere Ursache könnte aber auch die anhaltend schwierige Arbeitsmarktlage sein, die Frauen veranlasst, ihren Erwerbswunsch erst bei besseren Beschäftigungschancen zu realisieren.

Für gewöhnlich steigt die Erwerbsbeteiligung im Lebensverlauf nach dem Erwerb von Bildungsabschlüssen im mittleren Alter an und sinkt – je nach Ruhestandsoptionen – zum Ende des Erwerbslebens wieder. Geschlechtsspezifische Unterschiede sind vor allem im Erwerbsverhalten verheirateter Frauen mit Kindern begründet. Aufgrund des guten Angebots an Kinderbetreuungseinrichtungen in den neuen Ländern einschließlich Berlins ist es für viele Frauen möglich, schon kurz nach der Geburt eines Kindes zurück in den Arbeitsmarkt zu gehen bzw. den Arbeitsplatz nur kurz zu verlassen.

Im ersten Drittel des Erwerbszyklus liegt die Erwerbsbeteiligung der Frauen in Berlin stark unter derjenigen der Männer (Abbildung 1). Hierzu trägt eine höhere Bildungsbeteiligung bei sowie ein vorübergehender Rückzug vom Arbeitsmarkt in der Kindererziehungsphase. Im Alter zwischen 40 und 45 Jahren erreicht die Erwerbsquote bei Frauen in Berlin mit 87,5 Prozent den höchsten Wert.

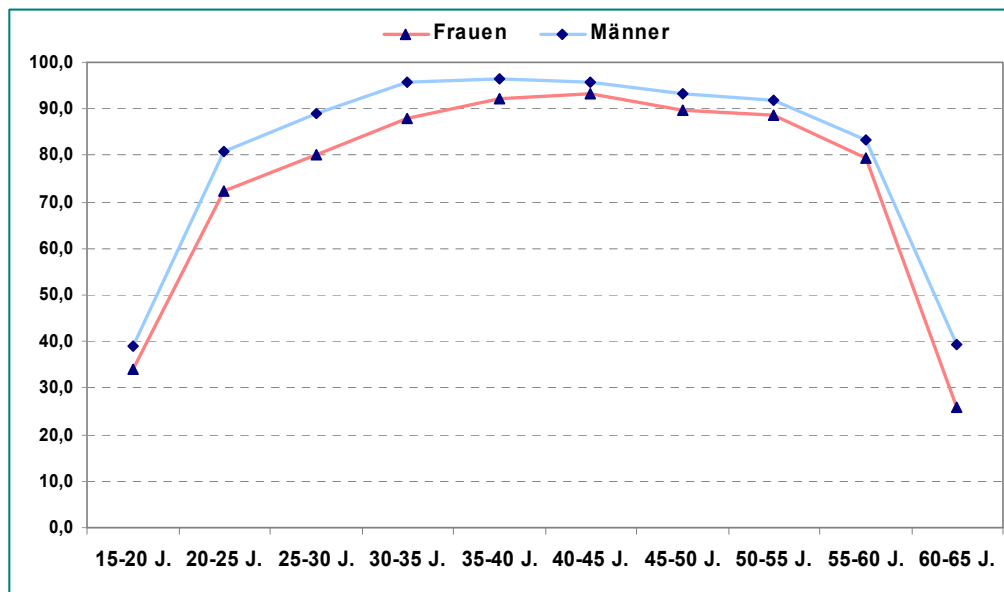
Abbildung 1: Erwerbsquoten in Berlin nach Altersgruppen und Geschlecht 2007

Ergebnisse aus dem Mikrozensus im Jahresdurchschnitt 2007;

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus, Fachserie 1, R 4.1.1, 2007

Deutlich höher als in Berlin und auch als im ostdeutschen Durchschnitt ist die Erwerbsbeteiligung der Frauen in Brandenburg (Abbildung 2). In Brandenburg dürfte stärker als in Berlin die kontinuierliche Vollzeitwerbstätigkeit in der ehemaligen DDR die Einstellung zur Frauenerwerbstätigkeit prägen. Möglicherweise könnte in Brandenburg zudem die finanzielle Notwendigkeit zur Frauenerwerbstätigkeit größer sein. Bereits zu Beginn des Erwerbslebens ist die Erwerbsneigung der Frauen höher als in Berlin, wozu unter anderem eine geringere Studierneigung der Frauen in Brandenburg beiträgt (vgl. MWFK 2007). Die Erwerbsbeteiligung der mittleren und höheren Altersgruppen unterscheidet sich in Brandenburg kaum zwischen Männern und Frauen und gleicht sich im Alter zwischen 45 und 55 Jahren an. Lediglich in der Altersgruppe über 60 Jahre ist bei den Brandenburger Frauen ein deutliches Absinken der Erwerbsbeteiligung erkennbar. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass zahlreiche beschäftigte Frauen von der Möglichkeit Gebrauch gemacht haben, mit 60 Jahren in die Altersrente zu wechseln. Diese Möglichkeit bestand für die Geburtsjahrgänge vor 1952¹ und wirkt sich noch in der obersten Altersgruppe aus.

¹ Die Altersgrenze der Altersrente für Frauen wurde zwischen 2000 und 2004 von 60 auf 65 Jahre angehoben. Der erste von der vollen Anhebung betroffene Jahrgang ist der Jahrgang 1945.

Abbildung 2: Erwerbsquoten in Brandenburg nach Altersgruppen und Geschlecht 2007

Ergebnisse aus dem Mikrozensus im Jahresdurchschnitt 2007;

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus, Fachserie 1, R 4.1.1, 2007

Nachdem im vorigen Abschnitt die Erwerbsbeteiligung von Frauen dargestellt wurde, wird im Folgenden untersucht, wie viele Personen in Berlin-Brandenburg tatsächlich erwerbstätig sind. Dazu wird zunächst die Erwerbstätigkeit in den beiden Bundesländern und anschließend für die kleinräumlich differenzierte Darstellung die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung betrachtet.

Im Jahre 2007 waren in Berlin durchschnittlich 716.000 Frauen erwerbstätig (Tabelle 10 im Anhang). Dies entspricht einer Erwerbstätigenquote von 60,8 Prozent. Damit hat Berlin das in Lissabon für die EU formulierte Ziel einer Frauenbeschäftigungsquote von 60 Prozent im Jahre 2010 bereits erreicht. Gegenüber 2000 sind die Erwerbstätigenzahl um 4,8 Prozent und die Erwerbstätigenquote um 3,9 Prozentpunkte gestiegen. Für die Beurteilung der Erwerbstätigenquote müssen Arbeitszeit sowie die Art der Beschäftigung berücksichtigt werden (vgl. König 2008). Hierbei spielt insbesondere die Zunahme der Selbständigkeit, infolge der verstärkten arbeitsmarktpolitischen Förderung, und der geringfügigen Beschäftigung² eine Rolle.³ Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm in diesem Zeitraum etwas ab, entsprechend sank auch die Beschäftigungsquote um 1,5 Prozentpunkte. Trotz des konjunkturellen Aufschwungs am Ende dieses Zeitraums konzentriert sich die Integration der Frauen in das Beschäftigungssystem auf Arbeitsplätze mit deutlich geringeren Arbeitszeiten (s. Abschnitt 4.2).

² Der Anstieg der Erwerbstätigkeit nach dem Mikrozensus ist teilweise auf eine stärkere Erfassung der geringfügigen Beschäftigung zurückzuführen. Bis zum Erhebungsjahr 2004 erfasste der Mikrozensus mit dem Konzept der festen Berichtswoche im Frühjahr lediglich den Kern der eher regelmäßig geringfügigen Beschäftigten. Personen, die sporadisch einer geringfügigen Tätigkeit nachgehen oder geringfügig nebsttätig sind, wurden untererfasst. Erst seit dem Erhebungsjahr 2005 wird eine kontinuierliche Erhebung mit gleitender Berichtswoche durchgeführt.

³ Zu den Auswirkungen der Hartz-Reformen auf diese Beschäftigungsformen in Berlin vgl. Oschmiansky 2007.

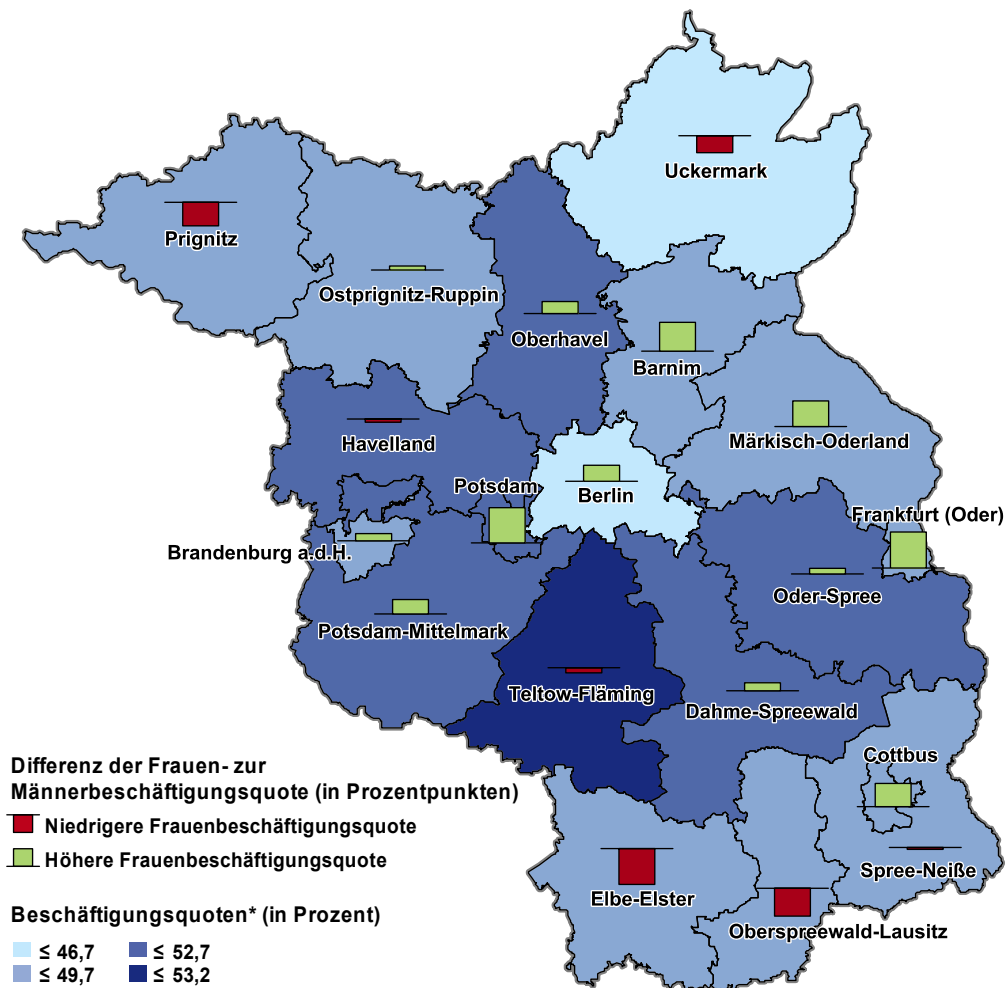
Noch schlechter ist es den männlichen Beschäftigten in diesem Zeitraum in Berlin ergangen. Erwerbstätigkeit und insbesondere sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gingen stark zurück. Ergebnis ist eine zwar höhere Erwerbstätigenquote als die der Frauen, aber eine geringere Beschäftigungsquote.

Die Erwerbstätigenquote der Frauen in Brandenburg übertrifft 2007 diejenige in Berlin und auch diejenige in den neuen Bundesländern; sie hat sich in den vergangenen Jahren auch deutlich erhöht (Tabelle 10 im Anhang). Dieser Anstieg beruht auf einer Zunahme der Erwerbstätigkeit in den Bereichen Selbständigkeit und geringfügige Beschäftigung. So erhöhte sich die Anzahl der ausschließlich geringfügig beschäftigten Frauen zwischen 2000 und 2007 in Brandenburg um 33,5 Prozent (Ostdeutschland: 29,4 %). Dagegen war die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung rückläufig. Trotz der zunehmenden Zahl von Brandenburgerinnen, die zur Arbeit in die Hauptstadt pendeln, ist die Beschäftigungsquote der Frauen gesunken. Dies ist auf einen Rückgang der wohnortnahen Arbeitsplätze für Frauen in Brandenburg zurückzuführen.

Abschließend werden die regionalen Beschäftigungsquoten in Berlin und Brandenburg auf Kreisebene nach dem Wohnort⁴ für das Jahr 2007 und die geschlechtsspezifischen Unterschiede dargestellt. Abbildung 3 zeigt, dass die Einwohner und Einwohnerinnen einiger Landkreise, die unmittelbar an Berlin grenzen, vergleichsweise hohe Beschäftigungsquoten realisieren können. Dies sind Regionen mit einerseits relativ hoher Arbeitsplatzdichte und andererseits aufgrund guter infrastruktureller Anbindung an die Hauptstadt vielen Auspendlern nach Berlin. Die höchste Beschäftigungsquote in Berlin-Brandenburg weist der Landkreis Teltow-Fläming mit 53,8 Prozent auf. Dieser Landkreis profitiert wie Dahme-Spreewald, Potsdam-Mittelmark und die Landeshauptstadt Potsdam von positiven Standortfaktoren südlich von Berlin. Diese wirtschaftlichen Schwerpunktregionen Brandenburgs zeichnen sich durch gute infrastrukturelle Ausstattung, Unternehmensansiedlungen im Hochtechnologiebereich (z. B. Biotechnologie, Fahrzeugbau) sowie gutes Fachkräfteangebot aus (vgl. Bogai/Wiethölter 2006b: 49–50). Demgegenüber sind die Bewohner und Bewohnerinnen in den Randregionen Brandenburgs wie die Uckermark (45,8 %) oder Oberspreewald-Lausitz (48,2 %) in der Arbeitsplatzversorgung benachteiligt. Zum einen ist die regionale Arbeitsplatzausstattung geringer, zum anderen erschwert die schwierige Erreichbarkeit anderer Wirtschaftszentren das Berufspendeln. In der Uckermark sind mit dem Baugewerbe und der Landwirtschaft Wirtschaftszweige mit negativer Beschäftigungsentwicklung überdurchschnittlich stark vertreten. Auch fehlende Wissenschaftseinrichtungen bedeuten im Vergleich zu benachbarten Regionen einen Standortnachteil (vgl. Bogai/Mewes/Seibert 2006: 24–25). Im Süden Brandenburgs haben ebenfalls Wirtschaftszweige mit erheblichem Beschäftigungsabbau wie das Baugewerbe und der Bergbau einen hohen Anteil (vgl. Bogai/Wiethölter 2006a: 33). Einpendlerzentren wie Berlin und die kreisfreien Städte Frankfurt (Oder), Cottbus und Brandenburg an der Havel gehen einher mit einer unterdurchschnittlichen Beschäftigungsquote der Stadtbewohner und Stadtbewohnerinnen. Dies erklärt sich vor allem aus der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung, der hohen Bildungsbeteiligung von Stadtbewohnern und der sozialen Segregation bezüglich des Bildungsniveaus.

⁴ Eine Erfassung der Beschäftigten nach dem Wohnortprinzip beschreibt alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die in dem betreffenden Kreis ihren Erstwohnsitz haben, unabhängig davon wo sie arbeiten.

Abbildung 3: Beschäftigungsquoten* in Berlin-Brandenburg nach Kreisen und Geschlecht 2007



* soz.vers.pfl. Wohnortbeschäftigte am 30. Juni 2007 bezogen auf die 15- bis 65-jährige Bevölkerung am 31. Dezember 2007;

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

Nachdem die regionalen Unterschiede in der Arbeitsplatzversorgung der Bevölkerung in Berlin-Brandenburg dargestellt wurden, geht es im Folgenden um Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Die Höhe der regionalen Beschäftigungsquote hat dabei keinen Einfluss auf die Beschäftigungssituation der Frauen: Während in Berlin mehr Frauen als Männer im Verhältnis zur Bevölkerung beschäftigt sind, haben die Kreise im äußeren Entwicklungsraum Brandenburgs (Prignitz, Uckermark, Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz), in denen ebenfalls relativ wenig Menschen beschäftigt sind, eine deutlich niedrigere Frauenbeschäftigung zu verzeichnen. Dies ist hauptsächlich auf den niedrigen Anteil des Dienstleistungssektors in den peripheren Flächenkreisen zurückzuführen. Auch in Teltow-Fläming und im Kreis Havelland ist die Beschäftigungsquote der Frauen aufgrund des regional stark vertretenen Verarbeitenden Gewerbes unterdurchschnittlich ausgeprägt. In den Kreisen Barnim und Märkisch-Oderland liegt die Beschäftigungsquote der Frauen dagegen höher als die der Männer. Das ist teilweise auf das Pendeln von weiblichen Beschäftigten in die Dienstleistungsmetropole Berlin

zurückzuführen. In Barnim trägt hierzu zudem die Spezialisierung auf das frauendominierte Gesundheits- und Sozialwesen bei. Auch in den kreisfreien Städten Brandenburgs sowie in Berlin sind die Beschäftigungsquoten der Frauen aufgrund des hohen Anteils des Dienstleistungssektors überdurchschnittlich.

Folgende Befunde lassen sich zur Arbeitsmarktpartizipation der Frauen in Berlin-Brandenburg festhalten. Die Erwerbsbeteiligung der Frauen ist in den letzten Jahren in beiden Ländern angestiegen, liegt aber immer noch unter der der Männer. Sie ist in Berlin geringer als in Brandenburg, was einerseits auf eine höhere Bildungsbeteiligung, andererseits auf einen teilweisen Rückzug vom Arbeitsmarkt wegen der schwierigen Beschäftigungssituation in Berlin zurückzuführen sein. Dazu dürfte auch die geringere Erwerbsbeteiligung von Migranten und Migrantinnen beitragen. Nach einer Studie des DIW ist insbesondere die Erwerbsquote von Frauen türkischer Herkunft vergleichsweise gering. Mit 56 Prozent liegt sie deutlich unter dem Anteil von Frauen mit Bezug aus EU-Ländern (73 %; vgl. Brenke 2008).

Insgesamt hat sich die Integration von Frauen in Erwerbstätigkeit in Berlin etwas und in Brandenburg in diesem Jahrzehnt stark erhöht. Es ist aber weniger die sozialversicherungspflichtige als die geringfügige Beschäftigung, die diesen Zuwachs ermöglicht. Bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zeigt sich, dass Frauen mit Ausnahme der Randregionen Brandenburgs höhere Bevölkerungsanteile aufweisen als die Männer. Detaillierte Analysen zur Beschäftigung der Frauen werden in Abschnitt 4 präsentiert. Im folgenden Abschnitt sollen Bildungsabschlüsse und die Situation auf dem Ausbildungsmarkt als wesentliche Bestimmungsgründe der Arbeitsmarktintegration von Frauen untersucht werden.

3 Ausbildungsmarkt

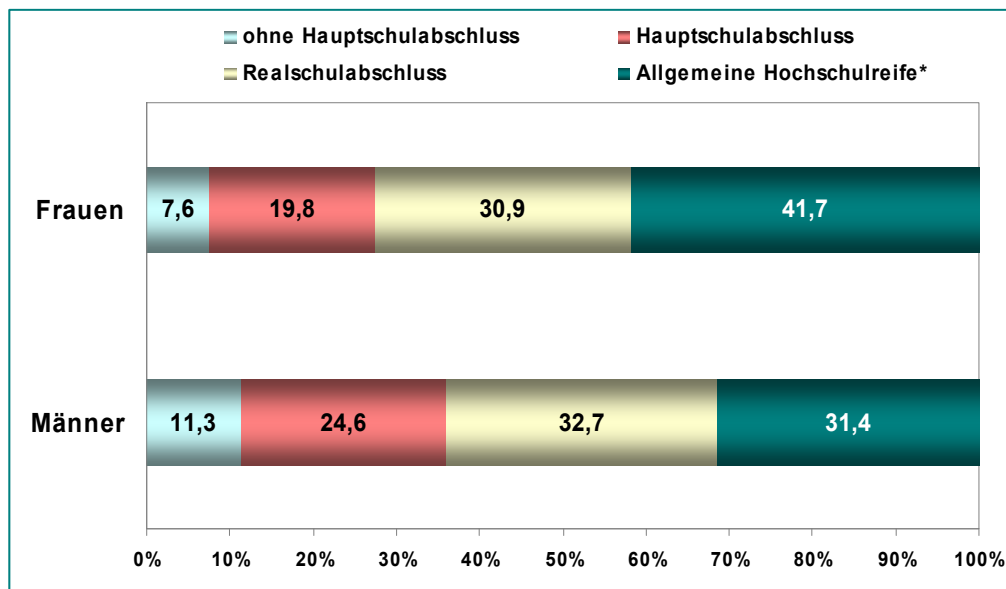
Im diesem Abschnitt wird die Situation der Frauen in Schule und Ausbildung untersucht. Dabei werden zunächst Bildungsabschlüsse dargestellt und einige mögliche Ursachen für die zu beobachtenden geschlechtsspezifischen Unterschiede ermittelt. Im Anschluss daran werden aktuelle Entwicklungen auf dem Ausbildungsstellenmarkt in Berlin und Brandenburg erörtert. Daneben sollen auch die von Männern und Frauen am häufigsten gewählten Ausbildungsberufe sowie die Übernahmequoten nach dem Ende der Ausbildung dargestellt werden.

3.1 Schulabgänger/-innen und –absolventen/-innen

In den letzten Jahren ist der Trend zum Erwerb von höherwertigen Bildungsabschlüssen zum Stillstand gekommen. Dies ist vorrangig auf ein Nachlassen der Anstrengungen von jungen Männern zurückzuführen (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008). Denn sowohl in Berlin als auch in Brandenburg erwerben Frauen im Durchschnitt deutlich bessere Bildungsabschlüsse als Männer.

In Berlin konnten im Jahr 2006 41,7 Prozent der weiblichen Absolventinnen die Schule mit der Allgemeinen Hochschulreife beenden, während dies bei den Männern nur 31,4 Prozent waren (vgl. Abbildung 4). Darüber hinaus ist die Zahl der Abgänger und Abgängerinnen – also derjenigen Jugendlichen, die die Schule ohne Abschluss verlassen – bei Frauen mit 7,6 Prozent deutlich niedriger als bei Männern (11,3 %). Ähnliches galt für die Zahl der Hauptschulabsolventen und -absolventinnen. Lediglich beim mittleren Bildungsabschluss, der Realschule, unterscheiden sich die Zahlen nur geringfügig.

Abbildung 4: Schulabschlüsse der Absolventen und Absolventinnen in Berlin nach Geschlecht 2006

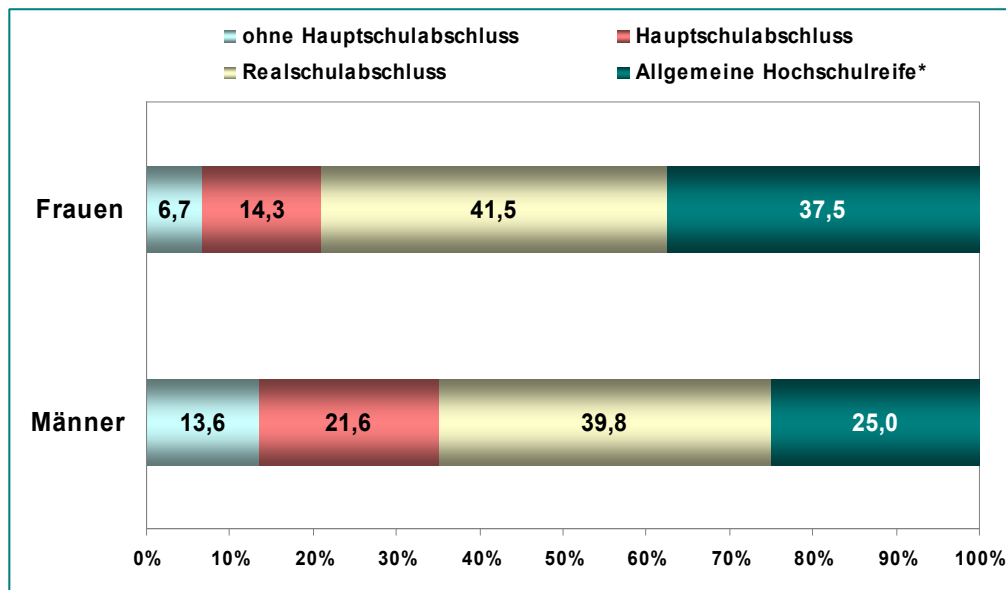


* Ohne Fachhochschulreife; Angaben in Prozent;

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2008

In Brandenburg ist ebenfalls eine Diskrepanz zwischen den Bildungsabschlüssen weiblicher und männlicher Absolventen festzustellen. 37,5 Prozent der weiblichen Absolventen verließen die Schule mit dem Abitur, dagegen sind es bei Männern nur 25,0 Prozent (vgl. Abbildung 5). Auf der anderen Seite ist die Wahrscheinlichkeit, die Schule ohne Abschluss zu verlassen, bei Männern mehr als doppelt so hoch wie bei Frauen (13,6 % gegenüber 6,7 %), auch sind Hauptschulabsolventen häufiger männlich. Wie in Berlin unterscheidet sich aber auch in Brandenburg der Anteil männlicher und weiblicher Realschulabsolventen kaum.

Abbildung 5: Schulabschlüsse der Absolventen und Absolventinnen in Brandenburg nach Geschlecht 2006



* Ohne Fachhochschulreife; Angaben in Prozent;

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2008

Eine Studie des Berlin-Instituts (Kröhnert/Klingholz 2007) benennt als einen möglichen Grund für das vergleichsweise schlechte Abschneiden männlicher Schulabsolventen die Branchenzusammensetzung der Wirtschaft in der jeweiligen Region, die die Wahl des eingeschlagenen Bildungswegs bestimmt. Demnach ist in Kreisen, in deren Wirtschaftsstruktur traditionell von Männern dominierte Branchen stark vertreten sind (darunter Bauwirtschaft, Industrie, Land- und Forstwirtschaft), die Qualität der Abschlüsse bei Männern deutlich geringer (vgl. Kröhnert/Klingholz 2007: 57). Dieses Phänomen betrifft insbesondere strukturell schwächere Kreise und damit häufiger die ostdeutschen Bundesländer. Es wird vermutet, dass Männer in diesen Regionen dem klassischen Rollenverständnis häufiger folgen und auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz in Industrie, Bau- oder Landwirtschaft die Schule schneller verlassen. Im Umkehrschluss lässt sich feststellen, dass das Bildungsniveau umso einheitlicher ausfällt, je höher der Anteil der modernen Dienstleistungsberufe vor Ort ist. Anders als Männer begegnen Frauen zudem den Herausforderungen schlechterer wirtschaftlicher Rahmenbedingungen offenbar häufig durch stärkere schulische Bemühungen (vgl. Kröhnert/Klingholz 2007: 58).

Die Zahl ausländischer Schüler und Schülerinnen in Berlin ist seit dem Schuljahr 2002/03 rückläufig und lag zu Beginn des Schuljahres 2007/08 bei rund 52.300. Damit waren 15,7 Prozent der Schüler und Schülerinnen ausländischer Herkunft. Bereits seit Beginn der 90er Jahre liegt der Frauenanteil hier bis heute annähernd konstant zwischen 48 und 49 Prozent (2007/08: 48,7 %; vgl. Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2007a). In Berlin verließen im Schuljahr 2005/2006 20,9 Prozent der ausländischen Schulabgänger und -abgängerinnen die Schule ohne einen Abschluss. Dabei bestehen auch unter den Ausländern/ und Ausländerinnen erhebliche geschlechtsspezifische Unterschiede. Während jeder vierte junge männliche Ausländer die Schule in Berlin ohne Abschluss verlässt, waren es bei den jungen Frauen weniger als jede Fünfte (16,7 %). Bei den Deutschen lag der entsprechende Anteil in Berlin bei 6,2 Prozent für junge Frauen bzw. bei 9,1 Prozent für Männer (vgl. Gesemann 2008). Nach

einer Studie des DIW lassen sich für die Migranten und Migrantinnen vor allem im Westteil Berlins ungünstigere Qualifikationsstrukturen nachweisen (vgl. Brenke 2008). Hierin besteht der Hauptgrund des erhöhten Arbeitslosigkeitsrisikos von Ausländern und Ausländerinnen. Die anhaltend geringen Bildungserfolge von jungen männlichen Ausländern verstärken die soziale Segregation in der Hauptstadt.

In Brandenburg war der Anteil der ausländischen Schüler und Schülerinnen wie in den anderen neuen Bundesländern mit 1,6 Prozent insgesamt sehr niedrig. Der Frauenanteil lag darunter mit 50,0 Prozent etwas höher als in Berlin (vgl. Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2008).

3.2 Ausbildungsstellenmarkt

Bis zum Ende des Berichtsjahres von Oktober 2007 bis September 2008 waren in Berlin und Brandenburg insgesamt rund 49.000 Bewerber und Bewerberinnen für Berufsausbildungsstellen gemeldet. Mit rund 22.000 war knapp die Hälfte (45,7 %) davon weiblich. Die unterdurchschnittliche Beteiligung lässt sich zum Teil dadurch erklären, dass Frauen in der Altersgruppe der 16 bis unter 25-Jährigen mit 48,8 Prozent nur unterdurchschnittlich vertreten sind (vgl. Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2007b: 10/Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2007c: 30). Von den Ende September 2008 noch nicht vermittelten Bewerbern und Bewerberinnen waren rund 1.500 bzw. 48,4 Prozent weiblich. Im Vergleich zum Vorjahr meldeten sich, verstärkt durch den fortschreitenden demografischen Wandel, in Berlin mit 7.500 oder 21,3 Prozent deutlich weniger Bewerber und Bewerberinnen, in Brandenburg waren es 10.400 Bewerber und Bewerberinnen oder ein Drittel weniger als noch im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der nicht unversorgten Bewerber und Bewerberinnen verringerte sich wie schon im Jahr zuvor stark, sowohl in Berlin (-37,3 %) als auch in Brandenburg (-46,6 %).

Die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt konnte sich von 2007 bis 2008 zwar im Zuge der positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung deutlich verbessern, trotzdem waren in beiden Ländern insgesamt rund 3.200 Bewerber und Bewerberinnen zum 30. September weiterhin unversorgt (Frauenanteil 48,4 %). Zugleich gab es jedoch eine Diskrepanz zwischen dem Angebot an Ausbildungsplätzen und den abgeschlossenen Ausbildungsverträgen, das heißt, nicht alle angebotenen Ausbildungsplätze wurden besetzt. Der Anteil der außerbetrieblichen Ausbildungsplätze an allen besetzten Stellen belief sich im Jahr 2007 in Berlin wie auch in Brandenburg auf weit mehr als ein Fünftel (Berlin: 22,1 %, Brandenburg: 24,9 %) und lag damit zwar etwa auf dem Niveau aller ostdeutschen Länder (24,6 %), aber mit 5,8 Prozent deutlich über dem der westdeutschen Länder (Bundesdurchschnitt: 9,6 %).⁵

Die Mehrheit der weiblichen Jugendlichen (Berlin: 74,7 %, Brandenburg: 70,1 %) begann im Jahr 2007 eine Ausbildung im Dienstleistungsbereich.⁶ In Berlin war die Quote wahrscheinlich aufgrund des höheren Dienstleistungsanteils an der Gesamtwirtschaft leicht erhöht. Die Zahl der Ausbildungsbetriebe in diesem Sektor ist größer als in Brandenburg (vgl. Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2007d). Weitere Berufsbereiche spielen für weibliche Auszubildende nur eine untergeordnete Rolle. In der Fertigung sind in Brandenburg nur 8,7 Prozent und in Berlin nur 7,0 Prozent der weiblichen Aus-

⁵ Diese Werte beruhen auf Schätzungen, da in der Erfassung nicht nach dem Merkmal betrieblich/außerbetrieblich unterschieden wird. Quellen: Erhebung des Bundesinstituts für Berufsbildung zum 30. September 2007, Bundesagentur für Arbeit, Angaben der Länder, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung.

⁶ Dazu zählen gemäß Berufsklassifizierung der Bundesagentur für Arbeit Kaufleute, Bürofachkräfte sowie Verkehrs-, Ordnungs-, Gesundheits- und Erziehungsberufe.

zubildenden tätig. Für Berufe aus dem Bereich Pflanzenbau, Tierzucht und Fischerei⁷ entschieden sich in Berlin lediglich 1,5 Prozent der Frauen, in Brandenburg ist der Anteil wegen der Auszubildendenzahlen in der Landwirtschaft mit 3,5 Prozent etwas höher.

Auffällig ist darüber hinaus die Verteilung der Auszubildenden auf die verschiedenen Ausbildungsberufe. Dabei konzentrieren sich Männer und Frauen vielfach auf vom eigenen Geschlecht dominierte Arbeitsfelder (König 2008). Aktuell besteht die Möglichkeit, in 176 verschiedenen Berufsordnungen⁸ eine Ausbildung zu absolvieren. Fast zwei Drittel (Berlin: 62,8 %, Brandenburg 60,7 %) der weiblichen Auszubildenden entschieden sich im Jahr 2007 für einen der 10 am häufigsten vertretenen Ausbildungsberufe, während deutlich weniger Männer ihre Berufswahl auf die beliebtesten Berufe beschränkten (Berlin: 39,9 %, Brandenburg: 37,1 %; vgl. Tabelle 1 und Tabelle 2). Sechs von zehn der bei Männern beliebten Berufe gehörten in beiden Ländern zum Fertigungssektor, vier zum Dienstleistungsbereich. In den Top 10 der Frauen sind ausschließlich Dienstleistungsberufe vertreten. Der am meisten gewählte Ausbildungsberuf war bei Frauen und Männern der der Bürofachkraft. Nur männliche Auszubildende in Brandenburg entschieden sich häufiger für eine Ausbildung zum Kraftfahrzeuginstandsetzer. Sehr beliebt insbesondere bei weiblichen Auszubildenden in beiden Bundesländern sind Ausbildungen zur Sprechstundenhelferin, zur Verkäuferin, zur Gesundheits- und Krankenpflegerin/Hebamme und zur Friseurin. Frauen interessieren sich häufig für Berufe, die nicht im dualen Ausbildungssystem, sondern als vollzeitschulische Ausbildungen absolviert werden (vgl. Uhly 2007: 23). Dazu gehören beispielsweise Gesundheitsdienst-, Pflege- sowie Assistenzberufe im medizinischen und kaufmännischen Bereich, die zumeist an Berufsfachschulen oder in Schulen des Gesundheitswesens vermittelt werden.

In ihrer Mehrzahl handelt es sich bei den bei Frauen beliebten Ausbildungsberufen um solche, die nach Abschluss der Ausbildung nur geringe Aufstiegsmöglichkeiten und Verdienste eröffnen. Die relativ starke Fixierung auf wenige Berufe verstärkt zudem die Konkurrenz bei der Stellensuche. Insgesamt ergibt sich auf diese Weise ein erhöhtes Risiko, zunächst nach der Ausbildung nicht übernommen zu werden und möglicherweise in die Arbeitslosigkeit zu geraten.⁹

⁷ Zu diesem Bereich zählen definitionsgemäß auch Gärtner/-innen und Floristen/-innen, obwohl diese ihrem Tätigkeits- und Branchenprofil nach eher dem Dienstleistungsfeld zuzurechnen wären. Zur Problematik der Zuordnung allgemein (vgl. Tiemann et al. 2008).

⁸ Die 176 Berufsordnungen umfassen rund 350 anerkannte Ausbildungsberufe. Da eine statistische Auswertung nach Ausbildungsberufen nicht vorliegt, wird im Folgenden die übergeordnete Ebene der Berufsordnungen zur Analyse herangezogen.

⁹ Die Fokussierung auf wenige Ausbildungsberufe ist kein speziell ostdeutsches Phänomen, sondern lässt sich auch in westdeutschen Bundesländern in ähnlichem Umfang beobachten (vgl. Burkert et al. 2008: 10–12).

Tabelle 1: TOP-10-Berufe der Auszubildenden in Berlin nach Geschlecht 2007

Frauen	absolut	Anteil in %	Männer	absolut	Anteil in %
weibliche Auszubildende Insgesamt	28.409	100,0	männliche Auszubildende Insgesamt	30.399	100,0
Bürofachkräfte	5.156	18,1	Bürofachkräfte	2.312	7,6
Sprechstundenhelferinnen	2.733	9,6	Köche	1.789	5,9
Verkäuferinnen	2.237	7,9	Kraftfahrzeuginstandsetzer	1.431	4,7
Krankenschwestern, Hebammen	1.998	7,0	Groß- u. Einzelhandelskaufleute, Einkäufer	1.385	4,6
Friseure	1.603	5,6	Verkäufer	1.100	3,6
Groß- u. Einzelhandelskaufleute, Einkäuferinnen	1.313	4,6	Elektroinstallateure, -monteur	1.077	3,5
Gastwirte, Hoteliers, Gaststättenkaufleute	979	3,4	Maler, Lackierer (Ausbau)	868	2,9
Kellnerinnen, Stewardessen	821	2,9	Tischler	787	2,6
Sozialarbeiterinnen, Sozialpflegerinnen	551	1,9	Rohrinstallateure	687	2,3
Bankfachleute	459	1,6	Elektrogerätebauer	680	2,2
Summe Top-10	17.850	62,8	Summe Top-10	12.116	39,9

soz.vers.pfl. Ausbildungsverhältnisse am 30. September 2007;

Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

Tabelle 2: TOP-10-Berufe der Auszubildenden in Brandenburg nach Geschlecht 2007

Frauen	absolut	Anteil in %	Männer	absolut	Anteil in %
weibliche Auszubildende Insgesamt	20.160	100,0	männliche Auszubildende Insgesamt	30.537	100,0
Bürofachkräfte	3.341	16,6	Kraftfahrzeuginstandsetzer	1.896	6,2
Verkäuferinnen	1.596	7,9	Köche	1.765	5,8
Krankenschwestern, Hebammen	1.395	6,9	Bürofachkräfte	1.364	4,5
Groß- u. Einzelhandelskaufleute, Einkäuferinnen	1.244	6,2	Sonstige Mechaniker	1.071	3,5
Sprechstundenhelferinnen	1.170	5,8	Groß- u. Einzelhandelskaufleute, Einkäufer	1.070	3,5
Friseurinnen	939	4,7	Tischler	1.025	3,4
Kellnerinnen, Stewardessen	862	4,3	Elektroinstallateure, -monteur	934	3,1
Köchinnen	693	3,4	Verkäufer	825	2,7
Gastwirte, Hoteliers, Gaststättenkaufleute	693	3,4	Maler, Lackierer (Ausbau)	756	2,5
Übrige Gästebetreuerinnen	310	1,5	Elektrogerätebauer	620	2,0
Summe Top-10	12.243	60,7	Summe Top-10	11.326	37,1

soz.vers.pfl. Ausbildungsverhältnisse am 30. September 2007;

Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

3.3 Übernahme von Auszubildenden

Nachdem die beruflichen Ausbildungsschwerpunkte von Männern und Frauen dargestellt wurden, wird nun die Übernahme der Auszubildenden in ein Beschäftigungsverhältnis beim Ausbildungsbetrieb untersucht. Den aktuellen Länderberichten des IAB-Betriebspanels sind die Übernahmequoten von Auszubildenden für Berlin und Brandenburg zu entnehmen (vgl. MASGF 2008: 54–55/Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales Berlin 2008: 50–51). Sie stellen die Wahrscheinlichkeit dar, nach dem Ende der Ausbildung auch weiterhin vom Ausbildungsbetrieb beschäftigt zu werden. Zwischen Männern und Frauen lassen sich dabei zum Teil deutliche Unterschiede feststellen. Während in Berlin im Jahr 2007 die Übernahmequote bei Frauen 50 Prozent betrug und damit 5 Prozentpunkte höher war als die der Männer, war in Brandenburg die Übernahmequote mit 41 Prozent um 6 Prozentpunkte niedriger als bei Männern. Die Differenz wird wesentlich durch die Quote der Region Brandenburg Süd-West¹⁰ verursacht, da hier 39 Prozent der Frauen, aber 53 Prozent der Männer nach dem Ende der Ausbildung in ihrem Ausbildungsbetrieb eine Anstellung erhielten. Die Vermutung, dass eine städtische Wirtschaftsstruktur mit verhältnismäßig hohem Dienstleistungsanteil wie in Berlin die Übernahmequote der Frauen generell begünstigt, bestätigt sich insofern nicht, als dass in Hamburg die Quote der Männer mit 68 Prozent deutlich (8 Prozentpunkte) über der der Frauen lag. In Bremen dagegen waren keine signifikanten geschlechtsspezifischen Unterschiede festzustellen (61 bzw. 62 %).

Zwischen verschiedenen Branchen bestehen teilweise starke Differenzen in der Übernahme von Auszubildenden. Im Verarbeitenden Gewerbe wurden Männer nach der Ausbildung im Jahr 2007 sowohl in Berlin als auch in Brandenburg deutlich häufiger übernommen als Frauen. Gleiches gilt, jedoch nur in Brandenburg, für den Bereich Handel und Reparatur. Im Dienstleistungssektor war der Übernahmeanteil der Frauen jeweils höher als der der Männer, allerdings lagen beide Werte in Berlin und Brandenburg auf niedrigem Niveau. In der öffentlichen Verwaltung lassen sich in Brandenburg keine Unterschiede feststellen, wohingegen in Berlin 56 Prozent der weiblichen, aber nur 42 Prozent der männlichen Auszubildenden von ihrem Ausbildungsbetrieb weiter beschäftigt wurden.

Tabelle 3: Übernahmequoten der Auszubildenden in Berlin-Brandenburg nach Branchen und Geschlecht 2007 in Prozent

	Berlin		Brandenburg	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Insgesamt	50	45	41	47
Verarbeitendes Gewerbe	56	71	68	75
Baugewerbe	100	13	40	33
Handel und Reparatur	88	71	52	63
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	*69	*89	*64	*46
Kredit- und Versicherungsgewerbe	*50	*79	*63	*18
Dienstleistungen	40	33	33	22
Öffentliche Verwaltung	*56	*42	77	76

* Geringe Besetzungszahlen und daher nur eingeschränkt interpretierbar;

Quelle: Betriebspanel Brandenburg 2007, Ergebnisse der zwölften Welle; Betriebspanel Berlin 2007, Ergebnisse der zwölften Welle (Berlin: S. 51; Brandenburg: S. 54)

¹⁰ Die Region Brandenburg Süd-West umfasst die Landkreise Dahme-Spreewald, Elbe-Elster, Havelland, Oberspreewald-Lausitz, Potsdam-Mittelmark, Spree-Neiße, Teltow-Fläming sowie die kreisfreien Städte Brandenburg an der Havel, Cottbus und Potsdam.

Bei der Interpretation dieser Ergebnisse ist zu berücksichtigen, dass Übernahmequoten nach der Ausbildung kein uneingeschränkt zuverlässiger Indikator beispielsweise für die aktuelle Wirtschaftslage sind, da einige Auszubildende nach dem Abschluss freiwillig den Betrieb wechseln oder sogar verlassen, beispielsweise um ein Studium anzutreten, einen freiwilligen Dienst zu leisten oder – überwiegend bei Männern – ihre Zivildienst- oder Bundeswehrzeit anzutreten. Dennoch lassen sich aus den Unterschieden auf Ebene der Länder wie auch der Wirtschaftssektoren Rückschlüsse auf Probleme des Beschäftigungssystems ableiten. Darüber hinaus muss darauf hingewiesen werden, dass Absolventen/ und Absolventinnen einer außerbetrieblichen Ausbildung, deren Anteil in Berlin wie auch in Brandenburg deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt, in die vorliegende Betrachtung mit einbezogen sind. Deren Absolventen und Absolventinnen gelingt es zunächst vergleichsweise selten, eine Beschäftigung als Fachkraft zu finden, außer sie erhalten ein Übernahmeangebot ihres Praktikumsbetriebes.¹¹ Daher sind sie unmittelbar nach Ende der Ausbildung vergleichsweise häufiger arbeitslos gemeldet.

4 Beschäftigung

Im folgenden Abschnitt werden kurz- und mittelfristige Entwicklungen in der Erwerbstätigkeit von Frauen und Männern in Berlin und Brandenburg betrachtet. Dabei werden sozialversicherungspflichtige Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung sowie geringfügige Beschäftigungsverhältnisse (siehe Definitionen der verschiedenen Kennziffern des Arbeitsmarktes im Anhang) unterschieden. Weiterhin werden Berufs- und Wirtschaftszweigstrukturen der weiblichen Beschäftigung betrachtet. In einem weiteren Abschnitt soll außerdem das Pendlerverhalten der Beschäftigten skizziert werden, das in der Region von besonderer Bedeutung ist und vom IAB Berlin-Brandenburg daher regelmäßig in einem eigenen Pendlerbericht untersucht wird.

4.1 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Im Folgenden wird untersucht, wie sich die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung der Frauen im jüngsten Konjunkturaufschwung entwickelt hat.

Nach langjährigem Beschäftigungsabbau nimmt die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten¹² in der Region seit 2006 wieder zu. Zwischen 2005 und 2006 lag die Zunahme in Berlin bei 1,1 Prozent für alle Beschäftigten, bezogen auf Frauen waren es 0,8 Prozent (Männer: 1,4 %). Im darauffolgenden Jahr 2007 stieg die Beschäftigung gegenüber dem Vorjahr um 2,3 Prozent. Frauen profitieren mit 2,0 Prozent wiederum unterdurchschnittlich (Männer: 2,5 %). Damit konnten zwischen 2005 und 2007 14.800 (+2,8 %) Frauen und 19.300 (+3,9 %) Männer mehr beschäftigt werden.

¹¹ Bei Berufsausbildungen in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE) sind neben der fachtheoretischen Unterweisung betriebliche Phasen von mindestens 40 bis zu maximal 120 Arbeitstagen je Ausbildungsjahr vorgesehen.

¹² Stichtag für die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist hier jeweils der 30. Juni eines Jahres.

Im genannten Zeitraum konnten in Berlin vor allem unternehmensnahe Dienstleistungen¹³ (+22.400 Beschäftigte) zusätzliche Beschäftigung aufbauen. Darüber hinaus sind die Bereiche Erziehung und Unterricht (+6.600 Beschäftigte), das Gastgewerbe (+3.600 Beschäftigte) und das Gesundheits- und Sozialwesen (+3.350 Beschäftigte) zu nennen. Arbeitsplatzzuwächse in der Energie- und Wasserversorgung waren vor allem für Männer bedeutsam, während für Frauen eher zusätzliche Arbeitsplätze im Handel relevant waren. Rückläufig war die Beschäftigung vor allem in der öffentlichen Verwaltung und im Verarbeitenden Gewerbe. Der Arbeitsplatzabbau im öffentlichen Dienst ging primär auf Kosten der Frauen, im Verarbeitenden Gewerbe waren eher Männer betroffen.

In Brandenburg nahm die Beschäftigung 2006 gegenüber dem Vorjahr um 1,0 Prozent zu. Der Beschäftigungsanstieg der Frauen betrug allerdings nur 0,4 Prozent (Männer: 1,6 %). 2007 beschleunigte sich gegenüber dem Vorjahr der Beschäftigungsaufbau (+2,7 %). Aber auch 2007 war die Zunahme bei den Männern (+3,8 %) deutlich höher als bei den Frauen (+1,6 %). Die Zahl der beschäftigten Frauen stieg 2005 bis 2007 um rund 6.800 (+2,0 %), die der Männer um 19.200 (+5,4 %).

Wie in Berlin sind auch in Brandenburg die unternehmensnahen Dienstleistungen Träger des Beschäftigungswachstums. Im Unterschied zu Berlin konnte aber auch das Verarbeitende Gewerbe deutliche Beschäftigungsgewinne verzeichnen sowie das Gesundheits- und Sozialwesen. 84 Prozent der zusätzlichen Arbeitsplätze im Verarbeitenden Gewerbe gingen auf das Konto der männlichen Beschäftigten, während von der zusätzlichen Beschäftigung im Gesundheitswesen stark weibliche Beschäftigte profitieren konnten. Anders als in Berlin ist in Brandenburg im Bereich Erziehung und Unterricht und im Handel die Zahl der beschäftigten Frauen rückläufig.

Vom jüngsten Konjunkturaufschwung 2006 und 2007 haben Frauen also weniger partizipiert als Männer. Dies ist gewissermaßen Spiegelbild der geschlechtsspezifischen Betroffenheit bei langjährigem Beschäftigungsabbau, der Männer stärker traf. Dies gilt besonders für Brandenburg, wo die Beschäftigung stärker konjunkturabhängig ist als in Berlin. Von dem aktuellen Zuwachs der Industriebeschäftigung profitierten hauptsächlich die Männer.

Die geringeren Konjunkturschwankungen der Frauenbeschäftigung sind auf die Konzentration der Beschäftigung auf wenige Berufe im Dienstleistungssektor zurückzuführen. Die starke Ausprägung wird durch die Auswertung nach Berufen aus der Beschäftigungsstatistik ersichtlich. Es zeigt sich, dass etwa die Hälfte der weiblichen Beschäftigten (49,9 %) in Berlin in drei Berufsgruppen tätig ist (Bürohilfs- und -fachkräfte, Übrige Gesundheitsdienstberufe (darunter hauptsächlich Krankenpflegeberufe) sowie Warenkaufleute). In Brandenburg ist ebenfalls fast jede zweite Frau (47,8 %) in einer dieser drei Berufsgruppen beschäftigt.

In Tabelle 4 und Tabelle 5 sind die Frauenanteile in verschiedenen Wirtschaftszweigen im Juni 2007 dargestellt. Es zeigt sich, dass in den Wirtschaftszweigen Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen, in der öffentlichen Verwaltung, im Kredit- und Versicherungsgewerbe, im Einzelhandel und im Bereich Erziehung und Unterricht nach wie vor sowohl in Berlin als auch in Brandenburg Frauen stark vertreten sind. In Brandenburg verzeichnete darüber hinaus das Gastgewerbe einen hohen Anteil weiblicher Beschäftigter. Mehrheitlich waren Frauen demnach im Dienstleistungssektor vertreten, womit

¹³ Die Wirtschaftsbranche „überwiegend unternehmensnahe Dienstleistungen“ zählt nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige 2003 zum Abschnitt K: Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen (vgl. Statistisches Bundesamt 2002).

sich eine ähnliche Beobachtung für die Wahl der Ausbildungsplätze aus Abschnitt 3.2 auch für den Arbeitsmarkt bestätigt. Auf der anderen Seite ist – ebenfalls im Einklang stehend mit den Präferenzen auf dem Ausbildungsstellenmarkt – der Beschäftigtenanteil der Frauen im Verarbeitenden Gewerbe meist sehr niedrig. Dies trifft besonders stark auf die Bereiche Fahrzeugbau, Metallerzeugung und Maschinenbau zu. Auch im Baugewerbe ist nur rund ein Achtel aller Beschäftigten weiblich.

Tabelle 4: Beschäftigte in Berlin nach Branchen und Geschlecht 2007

	absolut			Anteile in %	
	Insgesamt	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Wirtschaft Insgesamt	1.047.812	539.573	508.239	51,5	48,5
A Land- und Forstwirtschaft	4.077	1.031	3.046	25,3	74,7
B Fischerei und Fischzucht	0	0	0		
C Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	231	53	178	22,9	77,1
D Verarbeitendes Gewerbe	114.401	35.633	78.768	31,1	68,9
E Energie- und Wasserversorgung	11.635	3.338	8.297	28,7	71,3
F Baugewerbe	47.658	6.526	41.132	13,7	86,3
G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	128.481	70.649	57.832	55,0	45,0
H Gastgewerbe	48.423	24.105	24.318	49,8	50,2
I Verkehr und Nachrichtenübermittlung	70.638	20.715	49.923	29,3	70,7
J Kredit- und Versicherungsgewerbe	32.182	19.487	12.695	60,6	39,4
K Überwiegend unternehmensnahe Dienstleistungen*	216.466	104.590	111.876	48,3	51,7
L Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	83.746	56.661	27.085	67,7	32,3
M Erziehung und Unterricht	58.992	35.810	23.182	60,7	39,3
N Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	144.524	112.547	31.977	77,9	22,1
O Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	83.740	46.726	37.014	55,8	44,2
P Private Haushalte mit Hauspersonal	1.098	916	182	83,4	16,6
Q Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	1.414	741	673	52,4	47,6
9 Keine Zuordnung möglich	106	45	61	42,5	57,5

* = Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt;
soz.vers.pfl. Beschäftigte am 30. Juni 2007;

Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

Tabelle 5: Beschäftigte in Brandenburg nach Branchen und Geschlecht 2007

	absolut			Anteile in %	
	Insgesamt	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Wirtschaft Insgesamt	724.856	349.828	375.028	48,3	51,7
A Land- und Forstwirtschaft	26.237	8.600	17.637	32,8	67,2
B Fischerei und Fischzucht	245	87	158		
C Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	6.918	1.559	5.359	22,5	77,5
D Verarbeitendes Gewerbe	111.519	32.535	78.984	29,2	70,8
E Energie- und Wasserversorgung	9.744	3.087	6.657	31,7	68,3
F Baugewerbe	61.888	6.826	55.062	11,0	89,0
G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	99.508	53.536	45.972	53,8	46,2
H Gastgewerbe	21.739	13.877	7.862	63,8	36,2
I Verkehr und Nachrichtenübermittlung	52.280	14.156	38.124	27,1	72,9
J Kredit- und Versicherungsgewerbe	12.072	8.692	3.380	72,0	28,0
K Überwiegend unternehmensnahe Dienstleistungen*	86.101	40.374	45.727	46,9	53,1
L Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	71.835	50.389	21.446	70,1	29,9
M Erziehung und Unterricht	34.474	19.709	14.765	57,2	42,8
N Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	89.536	73.130	16.406	81,7	18,3
O Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	40.371	23.009	17.362	57,0	43,0
P Private Haushalte mit Hauspersonal	251	188	63	74,9	25,1
Q Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	25	16	9	64,0	36,0
9 Keine Zuordnung möglich	113	58	55	51,3	48,7

* = Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt;
 soz.vers.pfl. Beschäftigte am 30. Juni 2007;

Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

Nach der Darstellung der kurzfristigen Beschäftigungsentwicklung und von weiblichen Schwerpunktbereufen und -branchen werden nun die längerfristigen Beschäftigungstrends nach dem Geschlecht untersucht. Seit dem Jahr 2000 sind sowohl in Berlin als auch in Brandenburg die Zahlen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zurückgegangen. Dieser Rückgang betrifft allerdings stärker die Männer, deren Beschäftigtenzahlen um 11,0 Prozent in Berlin und um 12,7 Prozent in Brandenburg gesunken sind, während es bei Frauen nur 5,0 Prozent (Berlin) bzw. 8,3 Prozent (Brandenburg) waren.

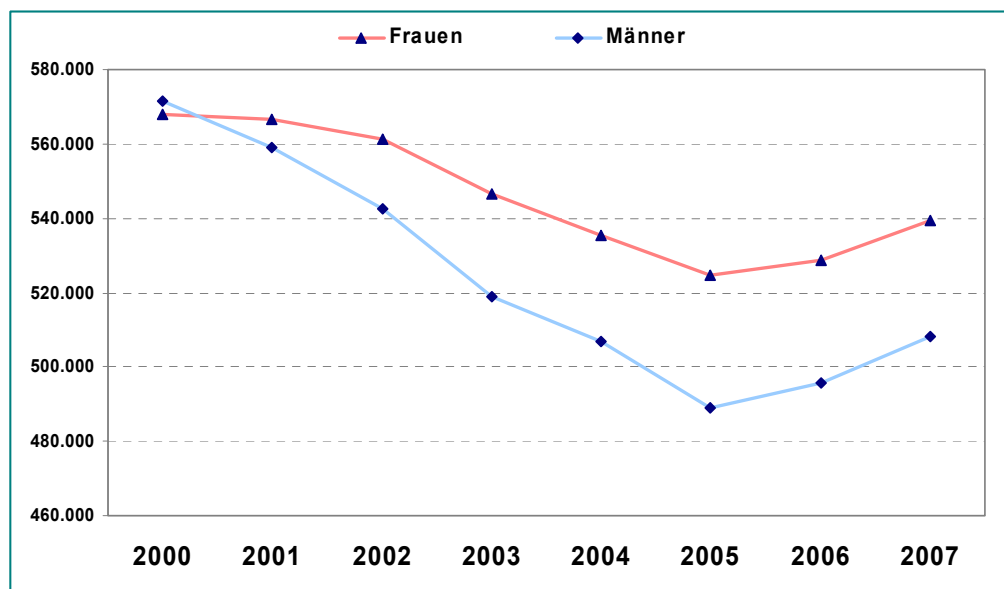
Der Frauenanteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten lag in Berlin im Juni 2007 bei 51,5 Prozent. Seit Beginn des Jahrzehnts ist er um 1,6 Prozentpunkte gestiegen; bereits im Jahr 2001 stellten Frauen die Mehrzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. In Brandenburg lag der Anteil der Frauen unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bei 48,3 Prozent. Seit dem Jahr 2000 hat dieser um 1,2 Prozentpunkte zugenommen. Betrachtet man die absoluten Zahlen, zeigt sich jedoch, dass der prozentuale Anstieg im Wesentlichen mit einem deutlichen Rückgang der Zahl der männlichen Beschäftigten in Verbindung steht und weniger mit einer Zunahme der Anzahl sozialversicherungspflichtig beschäftigter Frauen (vgl. Tabelle 6).

Tabelle 6: Beschäftigungsentwicklung in Berlin-Brandenburg nach Geschlecht 2000 bis 2007

		2000	2007	Veränderung		Anteil in %	
				absolut	relativ	2000	2007
Berlin	Insgesamt	1.139.096	1.047.812	-91.284	-8,0	100,0	100,0
	Frauen	567.790	539.573	-28.217	-5,0	49,8	51,5
	Männer	571.306	508.239	-63.067	-11,0	50,2	48,5
Brandenburg	Insgesamt	811.036	724.856	-86.180	-10,6	100,0	100,0
	Frauen	381.583	349.828	-31.755	-8,3	47,0	48,3
	Männer	429.453	375.028	-54.425	-12,7	53,0	51,7

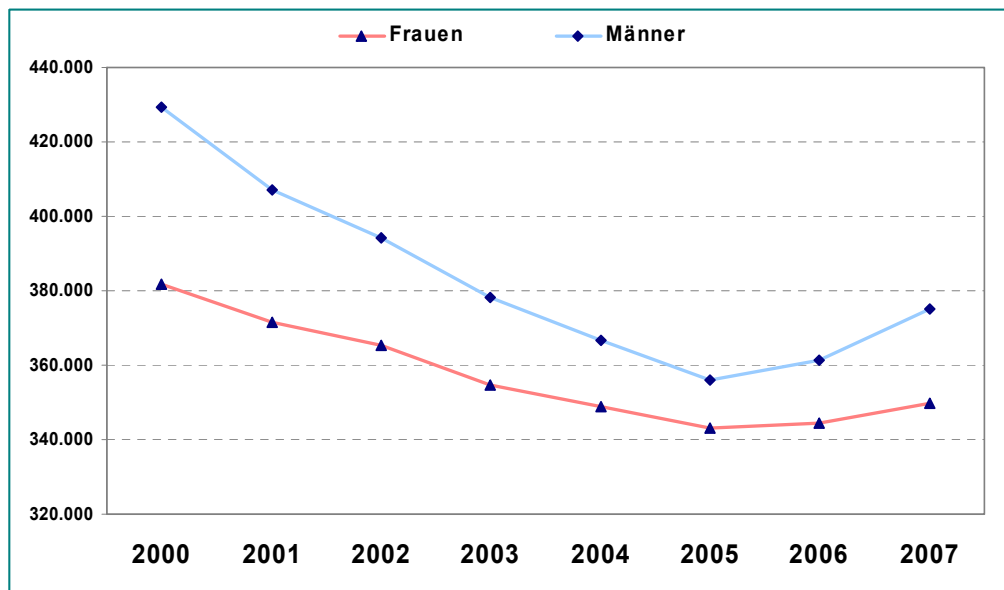
soz.vers.pfl. Beschäftigte jeweils am 30. Juni;

Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

Abbildung 6: Beschäftigungsentwicklung in Berlin nach Geschlecht 2000 bis 2007

soz.vers.pfl. Beschäftigte jeweils am 30. Juni;

Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

Abbildung 7: Beschäftigungsentwicklung in Brandenburg nach Geschlecht 2000 bis 2007

soz.vers.pfl. Beschäftigte jeweils am 30. Juni;

Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

4.2 Teilzeitarbeit

Der Begriff „Teilzeitarbeit“ umfasst eine Vielzahl unterschiedlicher Arbeitszeitmodelle, deren vereinbarte Arbeitszeit unterhalb der regelmäßigen Wochenarbeitszeit liegt. Die Stundenzahl variiert nach der jeweiligen tariflich festgelegten Vollzeitarbeit. Die stundenweise Reduzierung der täglichen Arbeitszeit ist das klassische Teilzeitmodell. Daneben sind in den letzten Jahren neue Teilzeitformen entstanden, bei denen Dauer, Lage und Verteilung der Arbeitszeiten variieren.¹⁴ Um die Verbreitung von Teilzeitarbeit zu fördern, hat die Bundesregierung im Jahr 2001 ein Gesetz verabschiedet, das die Rechte der Teilzeitbeschäftigten stärken soll.¹⁵

In der Bundesrepublik wird Teilzeitarbeit nach wie vor von Frauen dominiert, „denn eine wichtige Funktion von Teilzeitarbeitsverhältnissen ist es, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen“ (Schäfer/Vogel 2005: 131). Allerdings spielt Teilzeitarbeit in den westdeutschen Bundesländern eine wesentlich größere Rolle als in Ostdeutschland. Im Wesentlichen können diese nach wie vor bestehenden Unterschiede zwischen Ost und West noch immer als eine „Folge der ausgeprägten Erwerbsorientierung von Frauen in der ehemaligen DDR“ (Wanger 2004: 1) betrachtet werden. Dazu trägt auch die trotz zunehmender finanzieller Restriktionen starke Verbreitung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten bei (vgl. Fuchs/Weber 2004: 4). Dennoch ist auch im Osten der überwiegende Teil der Teilzeitbeschäftigten weiblich.

Die Arbeitszeitwünsche der ostdeutschen Frauen orientieren sich überwiegend an Vollzeiterwerbsarbeit (Holst 2007 und Holst/Schupp 2002). Die Teilzeitbeschäftigten üben diese Beschäftigungsform häufig

¹⁴ Zu den verschiedenen Ausgestaltungsmöglichkeiten vgl. z.B. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2006b.

¹⁵ Vgl. dazu Ausschnitte aus dem Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG) im Anhang dieses Berichts.

unfreiwillig aus: 2005 strebten 50,9 Prozent der Teilzeit arbeitenden Frauen in Ostdeutschland ursprünglich eine Vollzeitstelle an. In Brandenburg waren es sogar 56,7 Prozent.¹⁶ Die teilzeitbeschäftigten Frauen in Westdeutschland waren dagegen mit ihrer ausgeübten Arbeitszeit überwiegend zufrieden. Nur 12,0 Prozent der teilzeitbeschäftigten Frauen äußerten den Wunsch, länger arbeiten zu wollen. In Berlin lag der Anteil unfreiwilliger Teilzeitbeschäftigter bei einem Drittel (30,0 %).

Teilzeitarbeit kann auch als ein Mittel zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes angesehen werden. Sie ermöglicht Arbeitgebern eine effizientere Anpassung des Arbeitskräftebedarfs an Absatzschwankungen. Vor allem setzen Unternehmen der Dienstleistungsbranche vermehrt Teilzeitkräfte ein, um ihre Betriebszeiten kostengünstig verlängern zu können.

Eine wichtige Frage ist, ob Teilzeitbeschäftigung die Inklusion in den Arbeitsmarkt fördert oder eher soziale Ungleichheiten verstärkt. Letzteres wäre der Fall, wenn sie im individuellen Erwerbsverlauf Aufstiegs- und Karrierechancen beeinträchtigt, die Vollzeitbeschäftigten bzw. solchen, die im sog. Normalarbeitsverhältnis stehen, offen stehen. Vogel (2006) kommt zu einem differenzierten Ergebnis. Einerseits eröffnet Teilzeit neue Partizipations- und Beschäftigungsmöglichkeiten insbesondere Müttern, die nur auf diese Weise Familie und Beruf vereinbaren können, andererseits werden Teilzeitstellen hauptsächlich in Bereichen wie dem der niedrig entlohnenden Dienstleistungen geschaffen, in denen die Karrierechancen begrenzt sind.

Markant sind die Unterschiede zwischen Ost und West und nach Bildungsniveau. Vogel (2006) ermittelt, dass ostdeutsche Frauen den Übergang von Teilzeit in Vollzeit doppelt so häufig schaffen wie westdeutsche. Außerdem zeigt sich, dass der Übergang Frauen mit hoher Bildung leichter gelingt. Insgesamt scheinen ungenutzte Potenziale zu bestehen: Im Osten dominiert im Gegensatz zum Westen vollzeitahe Teilzeitbeschäftigung. Mehr Teilzeitarbeitsplätze mit geringerer Stundenzahl könnten dort den Einstieg von Arbeitslosen in das Beschäftigungssystem verbessern: Im Westen scheint eher die Ausweitung der Arbeitszeit in Richtung Vollzeit notwendig, um dem drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

In Berlin übten von allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Ende Juni 2007 rund 216.000 bzw. 20,6 Prozent eine Teilzeitbeschäftigung aus. 160.000 bzw. drei Viertel davon waren weiblich. Jede dritte beschäftigte Frau arbeitete in einem Teilzeitmodell (29,6 %). Allerdings ist Teilzeitarbeit zunehmend auch unter Männern verbreitet. 2007 gingen etwa 56.000 Männer bzw. 11,0 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einer Teilzeitbeschäftigung nach. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Zahl der teilzeitbeschäftigten Frauen um 6,1 Prozent oder 9.200 erhöht. Bei Männern lag die Zunahme zwischen 2006 und 2007 sogar bei 9,3 Prozent (+4.800). Seit dem Jahr 2000 liegt der Anstieg sogar bei 31,9 Prozent (+13.600), während die Zahl der Frauen mit Teilzeitbeschäftigung um 11,8 Prozent (+16.800) zugenommen hat.

In Brandenburg waren 2007 16,3 Prozent aller Beschäftigten in Teilzeit tätig. Mit 27,7 Prozent lag die Quote bei Frauen deutlich höher, damit waren rund vier von fünf Teilzeitbeschäftigten Frauen. Teilzeitarbeit ist unter den Brandenburger Männern mit einem Beschäftigungsanteil von 5,7 Prozent eher gering ausgeprägt. Der Vorjahresvergleich zeigt allerdings eine Zunahme von 17,5 Prozent (+3.200 Beschäftigte). Auch die Zahl der Frauen mit Teilzeitbeschäftigung ist gestiegen, dies entspricht einer

¹⁶ Datenquelle: Mikrozensus 2005, Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen.

Zunahme von 7,7 Prozent bzw. 6.900 Beschäftigten. Seit dem Jahr 2000 sind in Brandenburg 20,4 Prozent mehr Frauen und 48,0 Prozent mehr Männer teilzeitbeschäftigt.

Teilzeitarbeit erweist sich als weitgehend konjunkturunabhängig, denn in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts stieg die Teilzeitbeschäftigung in Berlin-Brandenburg bei stark rückläufiger Gesamtbeschäftigung. Seit dem Jahr 2005 profitiert der Arbeitsmarkt vom Konjunkturaufschwung und es werden wieder zusätzliche Vollzeitstellen geschaffen. Inwieweit haben Frauen vom Aufschwung der Jahre 2006 und 2007 profitiert? In Berlin entfielen von den zusätzlichen Beschäftigungsverhältnissen 38,4 Prozent auf Vollzeitstellen und 59,7 Prozent auf Teilzeitstellen. In Brandenburg hingegen ist der Anteil der Vollzeit deutlich höher (46,4 % Vollzeit, 52,9 % Teilzeit). Der Grund ist, dass in Brandenburg deutlich mehr Arbeitsplätze in der Industrie geschaffen wurden, in der weniger Teilzeitstellen angeboten werden, während in Berlin überwiegend die Beschäftigung im Dienstleistungssektor zulegte (vgl. Tabelle 13 im Anhang).

Wie verteilt sich die Besetzung dieser Vollzeit- bzw. Teilzeitstellen auf Männer oder Frauen? In Berlin kam 16,9 Prozent des Zuwachses an Vollzeitstellen zwischen 2006 und 2007 Frauen zugute. Im ersten Aufschwungjahr gingen die Vollzeitstellen für Frauen noch zurück, erst 2007 stieg die Zahl der Vollzeitarbeitsplätze für Frauen gegenüber dem Vorjahr um 1.500. In Brandenburg profitieren ausschließlich die Männer von der Zunahme der Vollzeitarbeitsplätze, während Frauen in beiden Aufschwungjahren Vollzeitarbeitsplätze einbüßten. Seit Mitte 2005 steigt die Teilzeitbeschäftigung der Männer von allerdings niedrigem Niveau aus deutlich an. Mitte 2007 waren es in Berlin 18,5 Prozent und in Brandenburg sogar 34,9 Prozent mehr als zwei Jahre zuvor. Dieser starke Zuwachs beruht vor allem auf einer Ausweitung der Altersteilzeit.

4.3 Geringfügig Beschäftigte

Die Zahl der geringfügig Beschäftigten hat in den vergangenen Jahren – insbesondere seit der gesetzlichen Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung durch Hartz II in 2003 (Stichwort Minijob)¹⁷ – in Berlin um 41,0 Prozent und in Brandenburg um 20,0 Prozent zugenommen.

Tabelle 7: Entwicklung der geringfügig entlohnten Beschäftigung mit Frauenanteilen 2003 bis 2007

		2003	2004	2005	2006	2007	Veränderung	
							absolut	relativ
Insgesamt	Deutschland	5.532.842	6.465.645	6.491.964	6.750.892	6.917.770	1.384.928	25,0
	Berlin	140.064	179.595	179.697	192.172	197.450	57.386	41,0
	Brandenburg	103.772	124.900	118.167	121.983	124.540	20.768	20,0
Frauen- anteile	Deutschland	66,4	64,5	64,4	64,3	64,3	-2,1	
	Berlin	56,6	54,7	55,6	55,7	55,9	-0,7	
	Brandenburg	56,4	55,8	56,5	56,8	57,0	0,6	

geringfügig entlohnte Beschäftigte jeweils am 30. Juni;

Quelle: Statistikangebot der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

¹⁷ Vgl. Bundesgesetzblatt Jahrgang 2002 Teil I Nr. 87, Zweites Gesetz für Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 23. Dezember 2002.

Dabei ist ab 2003 zu unterscheiden zwischen Personen, die ausschließlich geringfügig beschäftigt sind, und solchen im Nebenerwerb. Von den 197.000 geringfügig beschäftigten Berlinern und Berlinerinnen Mitte 2007 waren 110.000 (55,9 %) Frauen. 79.000 Frauen waren zu diesem Zeitpunkt ausschließlich geringfügig beschäftigt, das entspricht 11,0 Prozent der erwerbstätigen Frauen in Berlin.

Auch in Brandenburg hat sich die geringfügige Beschäftigung in den letzten Jahren stark ausgeweitet. Von den rund 125.000 Beschäftigten in diesem Bereich waren im Juni 2007 rund 71.000 oder 57,0 Prozent Frauen. Rund 55.000 Frauen waren ausschließlich geringfügig beschäftigt, was wiederum 9,8 Prozent aller erwerbstätigen Frauen entspricht.

Dem deutlichen Zuwachs geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse und dem Gewinn an Flexibilität für die Arbeitgeber stehen Verdrängungs- und Mitnahmeeffekte gegenüber. Zumindest in einzelnen Wirtschaftsbereichen könnten Substitutionsprozesse eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen. Einer Studie zufolge wurde geringfügige Beschäftigung von Arbeitgebern in der Vergangenheit zum Teil genutzt, um reguläre Beschäftigungsverhältnisse zu ersetzen, wobei insbesondere in Teilzeit beschäftigte Frauen von dieser Vorgehensweise betroffen sind (vgl. Steiner 2008: 167).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die nach wie vor von Frauen dominierten Teilzeitbeschäftigungen sowohl in Berlin als auch in Brandenburg in den letzten Jahren weiter an Bedeutung gewonnen haben. Der Beschäftigungszuwachs der Frauen beruht somit zu großen Teilen auf mehr Teilzeit und insgesamt kürzeren Wochenarbeitszeiten (vgl. Kümmerling/Jansen/Lehndorff 2008: 11). Die Arbeitszeiten von Frauen (Vollzeit und Teilzeit zusammengefasst) sind in Deutschland zudem die Zweitkürzesten in Europa, bei den Teilzeitbeschäftigten sogar die Kürzesten. Daraus folgt, dass eine Bewertung der Integration in Beschäftigung der Frauen durch ihre Beteiligung am geleisteten Arbeitsvolumen ergänzt werden muss. Demnach lag 2004 der Anteil der Frauen am Arbeitsvolumen in Berlin bei 43,3 Prozent (vgl. Wagner/Botsch 2006: 81).

5 Regionale Mobilität in Berlin-Brandenburg

Die unterschiedliche Arbeitsmarktsituation in den Teilregionen Berlin-Brandenburgs wirkt sich auf die Mobilität der Erwerbsbevölkerung aus. Seit einigen Jahren wird in der öffentlichen Diskussion darauf hingewiesen, dass insbesondere junge qualifizierte Frauen strukturschwache Regionen in Ostdeutschland verlassen. In den vorliegenden Daten mischen sich verschiedene Wanderungsmotive wie Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Ruhestandswanderung. Zudem ist die Suburbanisierung als Wanderungsgrund zu berücksichtigen. Gleichwohl dürften die negativen Wanderungssalden der Randregionen in hohem Maße auf die dortige Arbeitsmarktsituation zurückzuführen sein.

Eine weitere Reaktion auf fehlende Arbeitsplätze am Wohnort ist das Berufspendeln. Auch hier sind Suburbanisierungsphänomene zu berücksichtigen, wenn Arbeitskräfte in das Umland von Städten ziehen und dann zur Arbeit pendeln. Allerdings sind die Pendeldistanzen in Ostdeutschland deutlich höher als in westdeutschen Regionen. In einem gesonderten Abschnitt wird untersucht, ob Pendeln für junge Frauen im äußeren Entwicklungsraum eine relevante Strategie gegen anderenfalls drohende Arbeitslosigkeit darstellt.

5.1 Regionale Wanderungssalden in Brandenburg

Wanderungen können zumindest in kurzer Frist zum Ausgleich regionaler Arbeitsmarktdisparitäten beitragen.¹⁸ Abwanderung aus strukturschwachen Regionen entlastet den regionalen Arbeitsmarkt, wenn die Personen anderenfalls arbeitslos werden. Andererseits bedeutet die Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte längerfristig einen Standortnachteil. Die unterschiedliche regionale Arbeitsmarktsituation in Brandenburg sollte dementsprechend ihren Niederschlag in den Wanderungssalden finden.¹⁹ In den Randregionen Brandenburgs (Prignitz, Ostprignitz-Ruppin, Uckermark, Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neiße) kam es im Zeitraum von 1995 bis 2006 zu einem Wanderungsverlust von rund 49.000 Personen über die Landesgrenze hinweg, darunter waren rund 25.000 Frauen. Auch die kreisfreien Städte Frankfurt (Oder), Cottbus und Brandenburg an der Havel verzeichneten deutliche Bevölkerungsrückgänge durch Wanderung (-34.000, davon 49,8 % Frauen). Altersspezifisch betrachtet wandern insbesondere 18- bis unter 30-Jährige überdurchschnittlich stark. Ostdeutsche wandern zwar überwiegend in westdeutsche Bundesländer aus, jedoch zeigt sich, dass „in den jüngeren Altersgruppen nicht zu vernachlässigende Teile der Fortzüge aus ostdeutschen Regionen [Kreisen] im Osten verbleiben.“ (Kubis/Schneider 2008: 378).

Im engeren Verflechtungsraum²⁰ um Berlin hingegen ist die Bevölkerung im Zeitraum von 1995 bis 2006 um 217.000 Einwohner und Einwohnerinnen gestiegen, darunter waren knapp 112.000 Frauen. Darin schlagen sich vor allem die zunehmenden Suburbanisierungstendenzen Berlins nieder. Insgesamt konnten durch die Bevölkerungszunahme im engeren Verflechtungsraum die Verluste der übrigen Regionen ausgeglichen werden und das Land Brandenburg verzeichnete einen Wanderungsgewinn von rund 123.000 Personen (Frauenanteil: 47,7 %). Abbildung 8 veranschaulicht die Wanderungssalden im Land Brandenburg auf Kreisebene und differenziert darüber hinaus zwischen den Salden der Männer und Frauen. Wie es zu dem im Kreis Oder-Spree auffällig niedrigeren Wanderungssaldo der Frauen (Saldo Männer: 19.022; Saldo Frauen: 5.760) kam, lässt sich nicht abschließend klären. Eine Vermutung ist jedoch, dass die Wanderungsbewegung durch Sondereffekte verzerrt wird. In Eisenhüttenstadt befinden sich die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber und -bewerberinnen sowie die zentrale Abschiebehaftanstalt Brandenburgs, und unter Asylbewerbern und -bewerberinnen ist der Männeranteil in der Regel deutlich höher.²¹

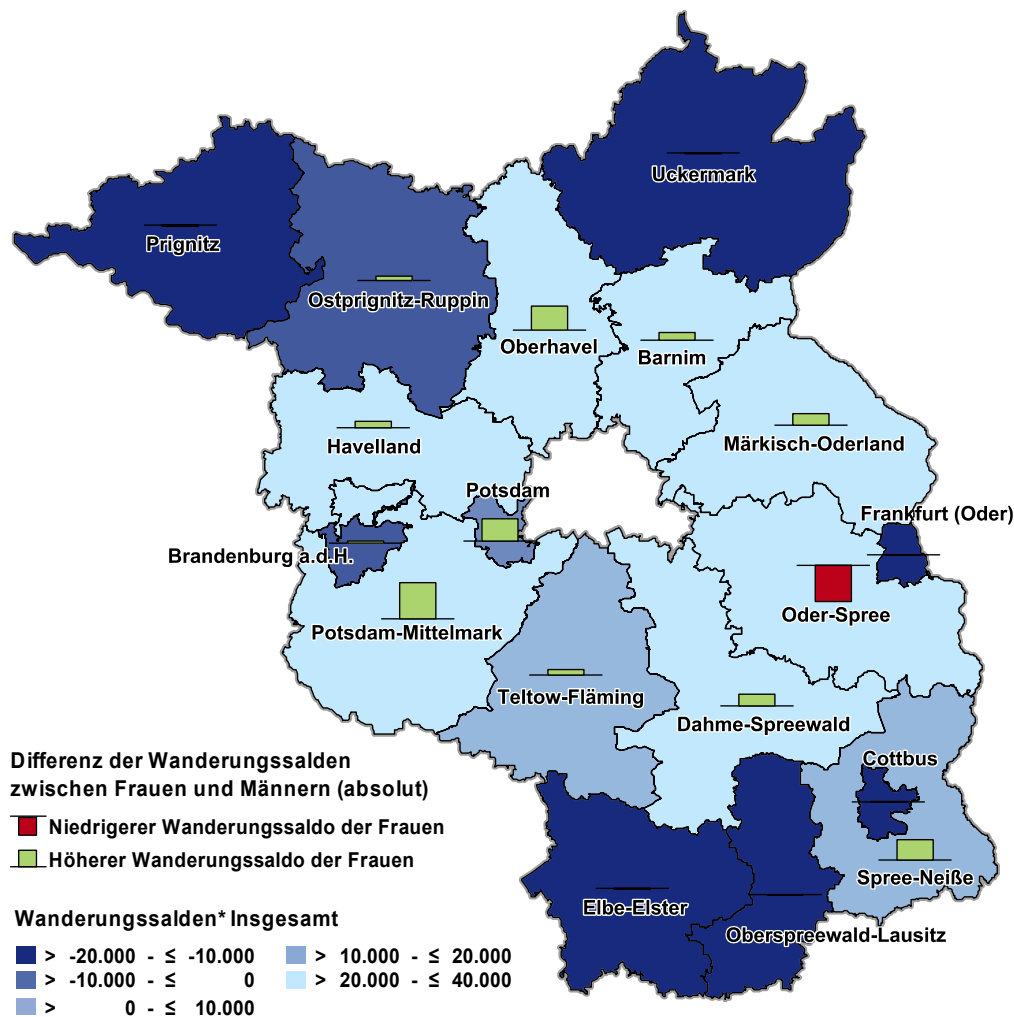
¹⁸ Ausführlichere Informationen zum Thema Wanderung sind zu finden im aktuellen Pendlerbericht 2007 des IAB-regional Berlin-Brandenburg (vgl. Wiethölter/Wesling 2008).

¹⁹ Nicht berücksichtigt werden Wanderungsbewegungen innerhalb Brandenburgs, also zwischen den einzelnen Kreisen.

²⁰ Im Rahmen der brandenburgischen Gebietsreform 1993 wurden die an Berlin angrenzenden Kreise so geschnitten, dass sie jeweils aus Gemeinden im näheren Umfeld von Berlin, dem engeren Verflechtungsraum, und einem Berlin abgewandten, strukturschwächeren Teil, dem äußeren Entwicklungsraum, bestanden. Daher sind beide Räume nicht kreisscharf abgegrenzt (vgl. Binder/Schwengler 2006: 6).

²¹ Im Jahr 2007 wurden nach Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge nur 33,9 Prozent der Asylerstanträge von Frauen gestellt (vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2007: 23).

Abbildung 8: Wanderungssalden* der Brandenburger Kreise nach Geschlecht 1995-2006



* Wanderungssaldo: Zuzüge - Fortzüge über die Landesgrenze (jeweils auf das Jahr summiert) 1995 bis 2006;
 Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg, Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

5.2 Regionales Pendlerverhalten

Die Arbeitskräfte in der Region Berlin-Brandenburg pendelten in den letzten Jahren zunehmend zwischen Wohn- und Arbeitsort.²² Dabei bestehen sowohl zwischen Berlin und Brandenburg als auch mit den anderen Bundesländern bedeutende Pendlerbeziehungen, die im Zeitablauf immer intensiver geworden sind. Im Folgenden wird die Bedeutung des Berufspendelns für Frauen näher betrachtet.²³

Die Anziehungskraft der Metropole Berlin für Einpendler und Einpendlerinnen steigt nach wie vor. Dazu haben neben dem zusammenwachsenden Arbeitsmarkt auch Wohnsitzverlagerungen von Berlinern in das Umland Berlins beigetragen. Mit rund 221.000 Pendlern und Pendlerinnen, die in Berlin

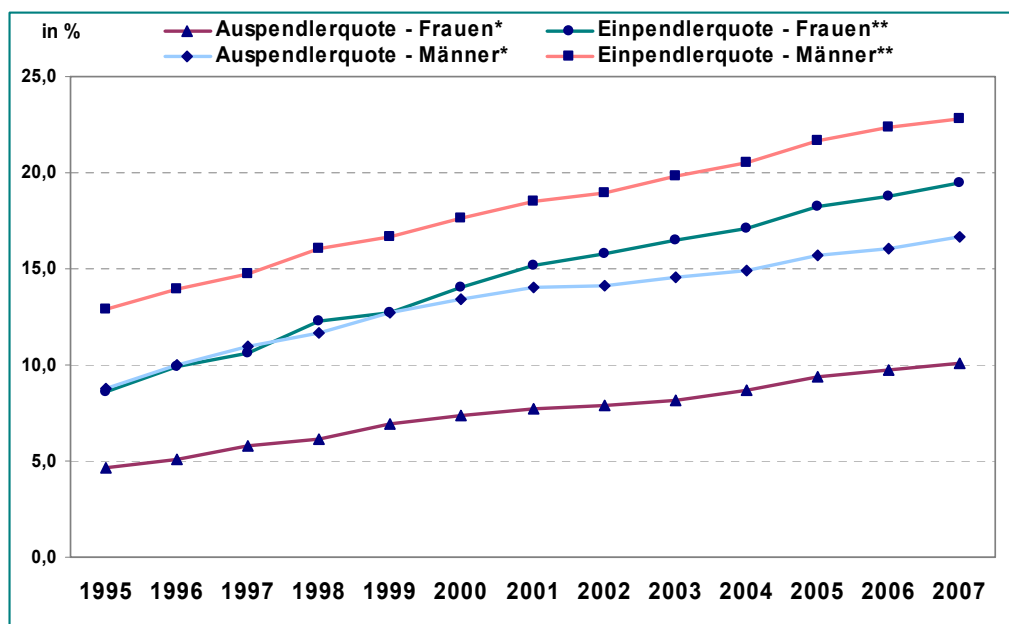
²² Ausführlichere Analysen zur Pendlersituation in Berlin und Brandenburg sind zu finden im aktuellen Pendlerbericht des IAB Berlin-Brandenburg (vgl. Wiethölter/Wesling 2008).

²³ Die Pendlerdaten basieren auf der amtlichen Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit (gesetzlicher Auftrag gemäß § 281 SGB III in Verbindung mit § 28a SGB IV).

arbeiten, aber außerhalb wohnen, ist 2007 ein Höchststand erreicht worden. Die Einpendlerquote²⁴ hatte mit 21,1 Prozent das bisher höchste Niveau erreicht und sich gegenüber 1995 fast verdoppelt. Von den 221.000 Einpendlern und Einpendlerinnen in die Hauptstadt stellten Brandenburger mit mehr als drei Viertel (76,1 % bzw. 168.000) die größte Gruppe dar, 14,4 Prozent (32.000) kamen aus den alten Bundesländern und 9,0 Prozent (20.000) aus den übrigen neuen Ländern (ohne Brandenburg).

Von den beschäftigten Frauen wohnte jede Fünfte nicht in der Hauptstadt. Die Einpendlerquote der Frauen lag 2007 bei 19,4 Prozent (Männer 22,8 Prozent; vgl. Abbildung 9). Seit Mitte der 1990er Jahre ist der Einpendleranteil der Frauen um 10,8 Prozentpunkte gewachsen, die Quote der Männer stieg im selben Zeitraum um 9,9 Prozentpunkte. Von allen Einpendlern und Einpendlerinnen nach Berlin waren 2007 fast die Hälfte Frauen (47,5 %). Der hohe Anteil an Dienstleistungsarbeitsplätzen in Berlin dürfte die hohe Pendlerzahl der Frauen erklären. In Brandenburg lag die Einpendlerquote der Frauen dagegen nur bei 10,8 Prozent (Männer: 17,8 %). Der Frauenanteil an den Einpendlern und Einpendlerinnen nach Brandenburg betrug 36,1 Prozent.

Abbildung 9: Entwicklung der Pendlerquoten in Berlin nach Geschlecht 1995 bis 2007



* Anteil der Auspendler und Auspendlerinnen an den jeweiligen Wohnortbeschäftigten; ** Anteil der Einpendler und Einpendlerinnen an den jeweiligen Arbeitsortbeschäftigten; soz.vers.pfl. Beschäftigte jeweils am 30. Juni;
Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

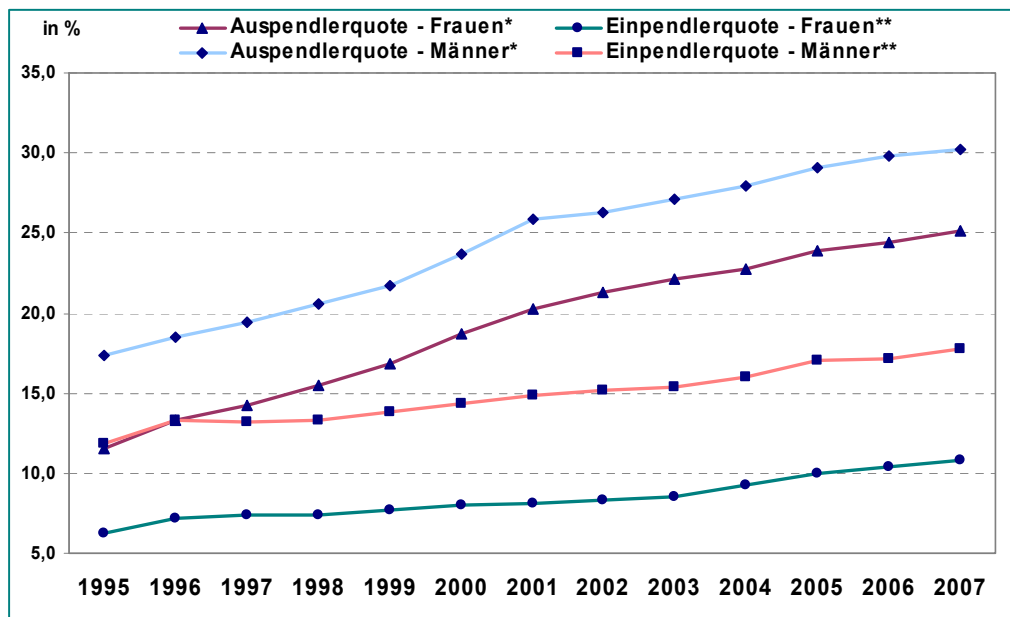
Mit einer Auspendlerquote²⁵ von über einem Viertel (27,7 %) erreicht das Land Brandenburg den höchsten Wert aller Bundesländer, was auf die besondere Funktion Berlins als Arbeitsplatzzentrum inmitten des Landes Brandenburgs zurückzuführen ist. Mitte 2007 erreichte die Auspendlerzahl Brandenburgs mit rund 238.000 Personen und einer Auspendlerquote von 27,7 Prozent einen neuen

²⁴ Die Einpendlerquote bezeichnet den Anteil der Einpendler/-innen an den jeweiligen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort.

²⁵ Die Auspendlerquote gibt den Anteil der Auspendler/-innen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort wieder.

Höchststand. Dabei zeigten sich Männer deutlich mobiler als Frauen. Die Auspendlerquote der Männer betrug 30,2 Prozent, die der Frauen 25,1 Prozent (vgl. Abbildung 10). Bezogen auf alle Beschäftigten, die außerhalb der Landesgrenze Brandenburgs arbeiteten, betrug der Anteil der Frauen 44,0 Prozent. Aber auch hier haben die Frauen aufgeholt. Seit Mitte der 1990er Jahre ist die Auspendlerquote der Frauen um 13,6 Prozentpunkte gestiegen (Männer: +12,8 Prozentpunkte).

Abbildung 10: Entwicklung der Pendlerquoten in Brandenburg nach Geschlecht 1995 bis 2007



* Anteil der Auspendler und Auspendlerinnen an den jeweiligen Wohnortbeschäftigten; ** Anteil der Einpendler und Einpendlerinnen an den jeweiligen Arbeitsortbeschäftigten; soz.vers.pfl. Beschäftigte jeweils am 30. Juni;
 Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

Nach Zielregionen (Bundesländern) betrachtet arbeiteten 70,6 Prozent aller Brandenburger Auspendler und Auspendlerinnen bzw. 168.000 Personen in Berlin. Bei diesen Auspendlern und Auspendlerinnen mit Zielrichtung Berlin betrug der Frauenanteil gut 50 Prozent (vgl. Tabelle 8). Es sind daneben aber auch bedeutende Verflechtungen mit anderen Bundesländern zu beobachten. In die übrigen neuen Bundesländer (ohne Berlin) pendelten insgesamt knapp 32.000 (13,3 %) Personen aus Brandenburg, vor allem nach Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Darüber hinaus hatten rund 38.000 Brandenburger (16,1 %) in den alten Bundesländern ihre Arbeitsstelle. Hier lag der Anteil der Frauen im Durchschnitt bei rund einem Viertel. Der höchste Frauenanteil an den Westpendlern und -pendlerinnen war nach Hessen (30,8 %) zu verzeichnen. Das vielfältige Angebot in der Dienstleistungsmetropole Frankfurt dürfte hierfür mit ursächlich sein. Generell ist festzustellen, dass mit zunehmender Entfernung der Frauenanteil deutlich abnimmt. Bezogen auf die Pendlerziele, die in räumlicher Nähe zu Brandenburg liegen (angrenzende Bundesländer), waren unter den Pendlern rund ein Drittel Frauen zu verzeichnen. Hingegen befanden sich unter den Fernpendlern und -pendlerinnen (vor allem in die südlichen Bundesländer) rund 80 Prozent Männer und 20 Prozent Frauen.

Tabelle 8: Auspendler und Auspendlerinnen aus Brandenburg nach Zielbundesländern und Geschlecht 2007

Bundesland (Arbeitsort)	Brandenburg		
	Insgesamt	davon Frauen	
		absolut	in %
Schleswig-Holstein	2.600	654	25,2
Hamburg	3.586	1.038	28,9
Niedersachsen	5.760	1.158	20,1
Bremen	556	137	24,6
Nordrhein-Westfalen	8.231	2.147	26,1
Hessen	4.066	1.252	30,8
Rheinland-Pfalz	1.248	251	20,1
Baden-Württemberg	5.258	1.043	19,8
Bayern	6.733	1.464	21,7
Saarland	382	68	17,8
Alte Länder	38.420	9.212	24,0
Berlin	168.082	84.956	50,5
Brandenburg (Nichtpendler)	620.432	312.155	50,3
Mecklenburg-Vorpommern	6.584	2.532	38,5
Sachsen	15.111	5.056	33,5
Sachsen-Anhalt	7.776	2.559	32,9
Thüringen	2.154	494	22,9
Neue Länder (ohne Berlin)	31.625	10.641	33,6
Auspendler/-innen aus Brandenburg	238.127	104.809	44,0

soz.vers.pfl. Beschäftigte am 30. Juni 2007 mit Wohnort Brandenburg;

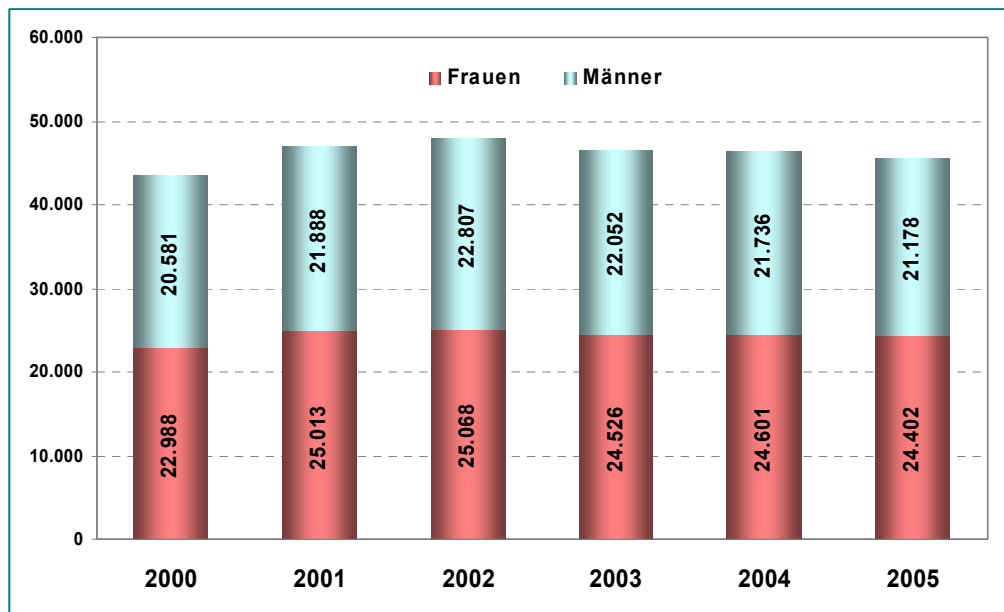
Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

5.3 Abwanderung und Pendeln junger Frauen im äußeren Entwicklungsraum Brandenburgs

Im abschließenden Abschnitt zur regionalen Mobilität wird das geschlechtsspezifische Wanderungs- und Pendlerverhalten von jungen Menschen für den äußeren Entwicklungsraum insgesamt untersucht. Die Abwanderung von jungen Frauen aus den peripheren Regionen Brandenburgs ist in letzter Zeit in das Blickfeld geraten, nicht zuletzt durch die mediale und politische Resonanz auf eine Studie des Berlin-Instituts (vgl. Klingholz/Steffens/Weber 2007: 30). Insbesondere die von den Forschern vorgeschlagene Wegzugsprämie löste in Brandenburg heftige Diskussionen aus. Zunächst wird die Abwanderung aus den Randregionen Brandenburgs²⁶ statistisch nachgezeichnet. Zudem ist von besonderem Interesse, ob Berufs- und Ausbildungspendeln für junge Frauen eine Alternative zur Abwanderung darstellen kann.

²⁶ Definition von Randregionen bzw. Berlin fernen Kreise: Dazu zählen alle nicht an Berlin angrenzende Landkreise (Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Ostprignitz-Ruppin, Prignitz, Spree-Neiße, Uckermark).

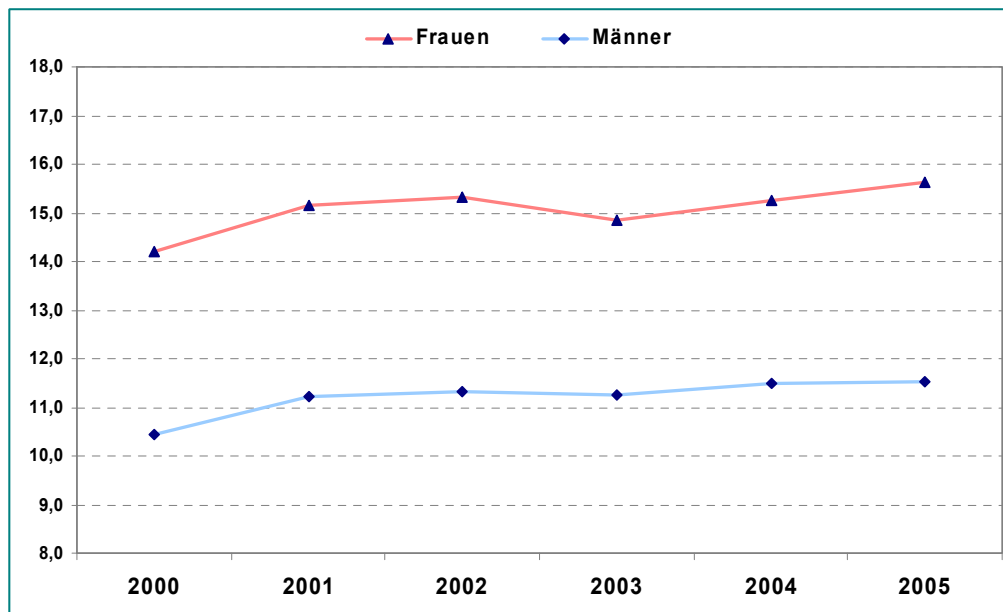
Abbildung 11: Abwanderung Jugendlicher im Alter von 16 bis 25 Jahren 2000 bis 2005 über die Landesgrenze Brandenburgs nach Geschlecht (absolut)



Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg, eigene Berechnungen

In Abbildung 12 wird deutlich, dass in den letzten Jahren etwas mehr Frauen als Männer im Alter von 16 bis 25 Jahren den äußeren Entwicklungsraum verlassen haben. Gleichwohl sind auch die Abwanderungszahlen der jungen Männer erheblich. Der Anteil der Abwanderung an der gleichaltrigen Bevölkerung lag bei den Männern zuletzt bei 11,5 Prozent, bei den Frauen waren es 15,6 Prozent.

Abbildung 12: Abwanderungsanteile junger Menschen* aus Brandenburg (Berlin ferne Kreise) nach Geschlecht in Prozent



* Abwanderer zw. 16 und 25 Jahren bezogen auf die Bevölkerungsgruppe 15 bis unter 25 Jahre;

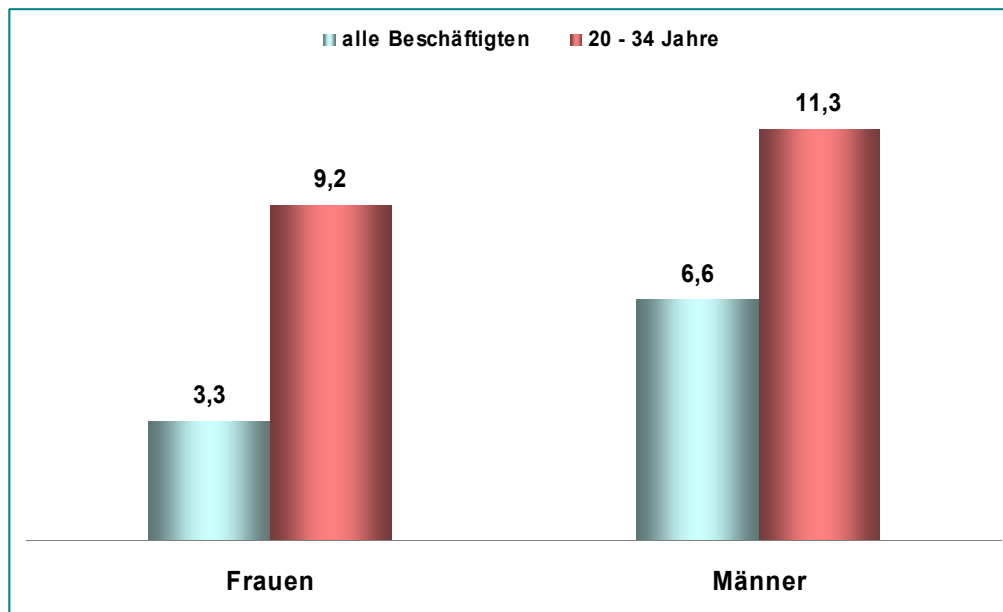
Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Abschließend werden die Pendlerstrukturen von Männern und Frauen untersucht, die im äußeren Entwicklungsraum wohnen.

Abbildung 13 zeigt, dass Frauen aus dem äußeren Entwicklungsraum weniger pendeln als Männer. Der Auspendleranteil liegt bei den männlichen Beschäftigten nahezu doppelt so hoch wie bei den weiblichen. In der jüngeren Altersgruppe ist der Unterschied zwischen Männern und Frauen weniger groß, was auf die steigende Ausbildungsmobilität junger Frauen in den Randregionen Brandenburgs zurückzuführen ist. Dabei wird häufig Berlin als Ausbildungsstadt angesteuert.

Tabelle 9 zeigt die Zielregionen der Pendlerinnen, die aus dem äußeren Entwicklungsraum in ein anderes Bundesland pendeln. Fast die Hälfte der jungen Auspendlerinnen aus peripheren Regionen Brandenburgs steuert Berlin als Ziel an. Hierzu gehören auch zahlreiche junge Frauen, die zur Ausbildung nach Berlin pendeln. Schließlich zeigt ein Blick auf die Qualifikation, dass unter den Pendlerinnen vor allem junge qualifizierte Frauen stärker vertreten sind als unter den Beschäftigten, die in der Region arbeiten.

Abbildung 13: Junge Auspendler und Auspendlerinnen (über die Landesgrenze) aus dem äußeren Entwicklungsraum (Beschäftigungsanteile) nach Geschlecht 2007



Auspendler und Auspendlerinnen bezogen auf die jeweilige Altersgruppe der Bevölkerung; soz.vers.pfl. Beschäftigte am 30. Juni 2007; Bevölkerung am 31. Dezember 2006;

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

Insgesamt zeigt sich, dass junge Frauen im äußeren Entwicklungsraum Brandenburgs auf die schwierige Arbeitsmarktsituation eher mit Abwanderung als mit Pendeln reagieren. Allenfalls im Bereich der Ausbildung dürfte Fernpendeln eine größere Rolle spielen. Die relativ wenigen über die Landesgrenze pendelnden weiblichen Beschäftigten sind überwiegend jung und gut qualifiziert.

Tabelle 9: Pendlerziele junger Auspendlerinnen* aus dem äußeren Entwicklungsraum nach Bundesländern 2007

	absolut	Anteil an allen weiblichen Auspendlern in %
Schleswig-Holstein	230	2,2
Hamburg	372	3,6
Niedersachsen	407	3,9
Bremen	53	0,5
Nordrhein-Westfalen	470	4,5
Hessen	364	3,5
Rheinland-Pfalz	57	0,5
Baden-Württemberg	312	3,0
Bayern	451	4,3
Saarland	13	0,1
Berlin	4.780	45,8
Mecklenburg-Vorpommern	808	7,7
Sachsen	1.521	14,6
Sachsen-Anhalt	517	5,0
Thüringen	88	0,8
Weibliche Auspendler Insgesamt	10.443	100,0
dar. Westdeutschland	2.729	26,1
dar. Ostdeutschland (einschl. Berlin)	7.714	73,9

* soz.vers.pfl. Beschäftigte Frauen zwischen 20 und 34 Jahren am 30. Juni 2007 mit Wohnort im äußeren Entwicklungsraum Brandenburgs;

Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

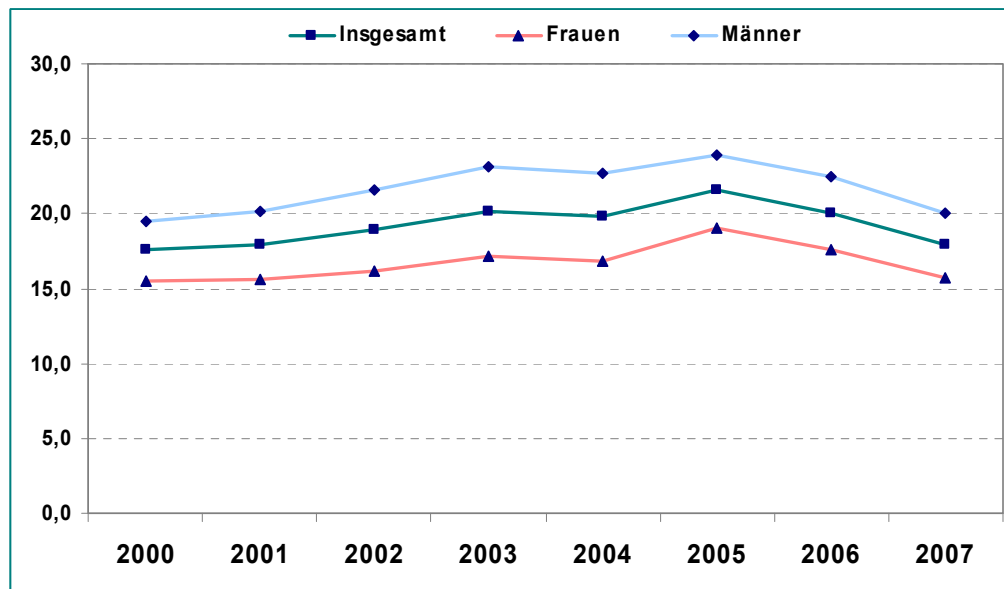
6 Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarktpolitik

Im folgenden Abschnitt wird die Entwicklung der Arbeitslosigkeit der Frauen in Berlin und Brandenburg erörtert. Dabei spielen die Arbeitszeitwünsche eine besondere Rolle. Die Betroffenheit der Frauen von Arbeitslosigkeit in den Rechtskreisen Sozialgesetzbuch II und III wird dargestellt. Die finanzielle Höhe des Arbeitslosengelds reflektiert die Unterschiede in der Entlohnung zwischen Männern und Frauen. Schließlich wird die Beteiligung von Frauen an einzelnen Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik untersucht und dargestellt, welche Instrumente die Integrationswahrscheinlichkeit in Beschäftigung erhöhen.

6.1 Entwicklung der Arbeitslosenquoten

Eingangs wird ein Schlaglicht auf die Arbeitslosenquoten von Männern und Frauen in Berlin und Brandenburg geworfen.²⁷ In Berlin liegt die Arbeitslosenquote der Frauen seit dem Jahr 2000 unter derjenigen der Männer (vgl. Abbildung 14). Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass in Berlin Frauen am Arbeitsmarkt relativ wenig präsent sind, wie in Abschnitt 4.1 dargestellt wurde.

Abbildung 14: Arbeitslosenquoten* in Berlin nach Geschlecht 2000 bis 2007

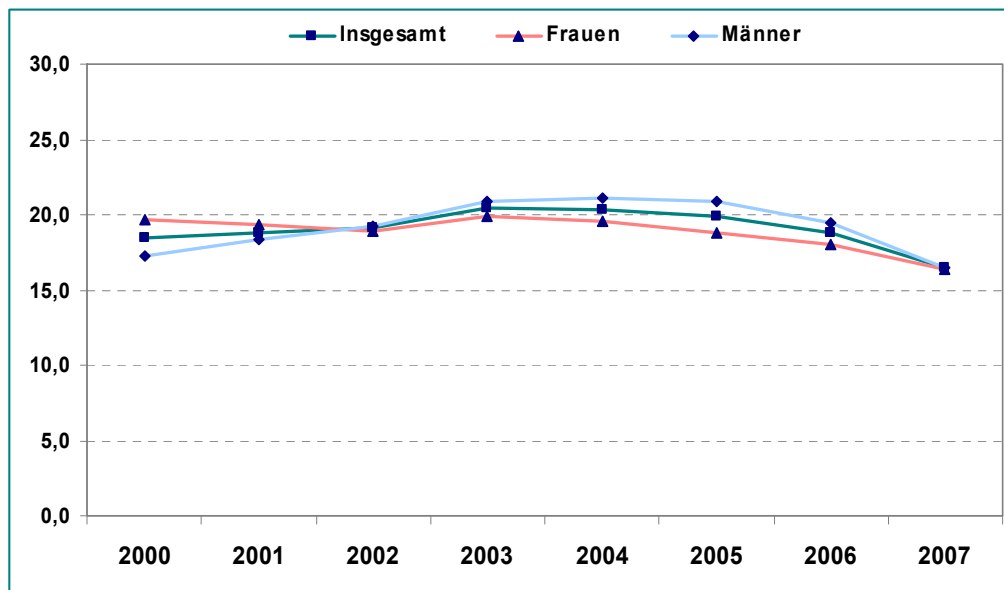


* Arbeitslose bezogen auf die abhängig zivilen Erwerbspersonen jeweils im Jahresdurchschnitt;
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

In Brandenburg zeigt sich ein anderer Verlauf in der Arbeitslosigkeit von Männern und Frauen (vgl. Abbildung 15). Noch bis 2002 lag die Quote bei den Frauen höher als bei den Männern. Zwischen 2003 und 2006 war sie dann niedriger. Zuletzt waren beide Quoten deckungsgleich.

²⁷ Die Arbeitslosenquoten für Männer und Frauen als Zeitreihe liegen nur auf Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen vor.

Abbildung 15: Arbeitslosenquoten* in Brandenburg nach Geschlecht 2000 bis 2007



* Arbeitslose bezogen auf die abhängig zivilen Erwerbspersonen jeweils im Jahresdurchschnitt;
 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Im Jahresdurchschnitt 2007 waren in Berlin rund 114.000 Frauen arbeitslos gemeldet, etwa 14.000 bzw. 10,7 Prozent weniger als 2006. Im Bereich SGB III sank die Zahl um 21,3 Prozent, was rund der Hälfte des Gesamtrückgangs entspricht (-7.000). Der restliche Rückgang entfiel auf Frauen im Rechtskreis SGB II (-7,2 %). Damit verringerte sich die Arbeitslosenquote um 1,9 Prozentpunkte auf 15,7 Prozent. 4,4 Prozent aller arbeitslosen Frauen in Berlin waren als Berufsrückkehrerinnen und 17,2 Prozent als Alleinerziehende gemeldet.

In Brandenburg ging die Anzahl der arbeitslosen Frauen gegenüber dem Vorjahr um knapp 10.000 bzw. 9,0 Prozent auf 98.000 zurück. Wie in Berlin betraf die Abnahme der Arbeitslosigkeit vorwiegend Frauen aus dem Bereich SGB III, deren Zahl um 16,0 Prozent sank, auch hier deutlich stärker als im Bereich SGB II (-4,6 %). Die Arbeitslosenquote verringerte sich damit um 1,7 Prozentpunkte auf 16,4 Prozent und entsprach nahezu der Männer-Arbeitslosenquote (16,5 %). Von den arbeitslos gemeldeten Frauen waren 8,8 Prozent Berufsrückkehrerinnen und 13,4 Prozent Alleinerziehende.

6.2 Arbeitszeitwünsche arbeitsloser Frauen und Männer

Die Arbeitszeitwünsche der arbeitslosen Frauen unterscheiden sich von denen der Männer. In der Arbeitslosenstatistik wird zwischen arbeitslosen Personen unterschieden, die eine Teilzeit- bzw. eine Vollzeitbeschäftigung suchen. In Berlin suchten 2007 jahresdurchschnittlich rund 17.700 und in Brandenburg 8.400 Arbeitslose nach einer Teilzeitarbeit (vgl. Tabelle 16 und Tabelle 17 im Anhang). Dies waren überwiegend Frauen (88 % in Berlin bzw. 87 % in Brandenburg). Die Anzahl der Teilzeit suchenden Arbeitslosen hat zwischen 2000 und 2007 in Berlin deutlich zugenommen. Von allen arbeitslosen Frauen wünschten 2007 in Berlin 13,8 Prozent und in Brandenburg 9,7 Prozent eine Teilzeitstelle. Dies waren deutlich weniger als in den alten Bundesländern (33,2 %). Neben den ausgeprägteren Vollzeiterwerbswünschen der Frauen in Brandenburg spiegeln sich in diesen Arbeitszeit-

präferenzen die Haushaltsstrukturen in der Hauptstadt wider, die Erwerbstätigkeit als Hinzuverdienst nicht zulassen. In Berlin dominieren Einpersonenhaushalte (Statistisches Landesamt Berlin 2004). Während in der Hauptstadt 2004 in mehr als der Hälfte aller Haushalte nur eine Person lebte, lag dieser Anteil im Bundesgebiet bei 38 Prozent. Unter den Einpersonenhaushalten überwiegen Frauenhaushalte mit 52 Prozent.

6.3 Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB II und III

Im Jahr 2005 wurden Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einem System der Grundsicherung für Arbeitssuchende im Sozialgesetzbuch II (SGB II) zusammengefasst. Arbeitslose werden seit diesem Zeitpunkt in zwei Rechtskreisen erfasst. Auf den Rechtskreis SGB III, den Versicherungsbereich, entfallen Personen, die in ihrer Mehrzahl erst seit kurzer Zeit arbeitslos sind.²⁸

Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenzahl sank in Berlin 2007 gegenüber dem Vorjahr um rund 32.000 oder 11,1 Prozent auf 261.000 und damit auf den niedrigsten Stand seit 1996. Unterteilt nach Rechtskreisen ist festzustellen, dass von sinkender Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich stark diejenigen Personen profitieren, die erst seit kurzer Zeit arbeitslos sind, was insbesondere auf den Versicherungsbereich zutrifft (SGB III). Die Zahl der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB III fiel in 2007 im Vergleich zum Vorjahr um 22,8 Prozent, von rund 66.000 auf 51.000. Die Arbeitsmarktintegration von Empfängern und Empfängerinnen von Arbeitslosengeld II stellt sich als schwieriger dar. In diesem Bereich ging die Arbeitslosigkeit nur um 7,6 Prozent auf 210.000 Personen zurück. Die Arbeitslosenquote in Berlin sank um 2,2 Prozentpunkte auf 17,9 Prozent²⁹; im Ländervergleich verzeichnet Berlin dennoch nach Mecklenburg-Vorpommern den zweithöchsten Wert.

In Brandenburg waren 2007 durchschnittlich knapp 200.000 Personen arbeitslos, davon rund 63.000 im Rechtskreis SGB III und rund 136.000 im Bereich des SGB II. Die Arbeitslosenquote sank im Jahresdurchschnitt um 2,3 Prozentpunkte und betrug 16,5 Prozent. Sie liegt damit ebenfalls erheblich über dem Bundesdurchschnitt (10,1 %) und nur leicht unter dem Durchschnitt Ostdeutschlands (16,8 %).

Die Situation der Frauen auf dem Arbeitsmarkt ist gegenüber den Männern sowohl in Berlin als auch in Brandenburg etwas günstiger. Ihr Anteil an allen Arbeitslosen betrug 2007 in Berlin 43,6 Prozent und in Brandenburg 48,9 Prozent. Der niedrige Frauenanteil in Berlin ist insbesondere auf die unterproportionale Beteiligung im Rechtskreis SGB II zurückzuführen. Auch in Brandenburg sind Frauen in der Grundsicherung weniger stark vertreten (vgl. Tabelle 18 im Anhang).

²⁸ In der Regel bis zu 12 Monate, je nach Dauer der vorangegangenen Versicherungspflicht und nach Alter des Leistungsempfängers bis zu 24 Monate.

²⁹ Bezogen auf die Zahl der abhängig zivilen Erwerbspersonen.

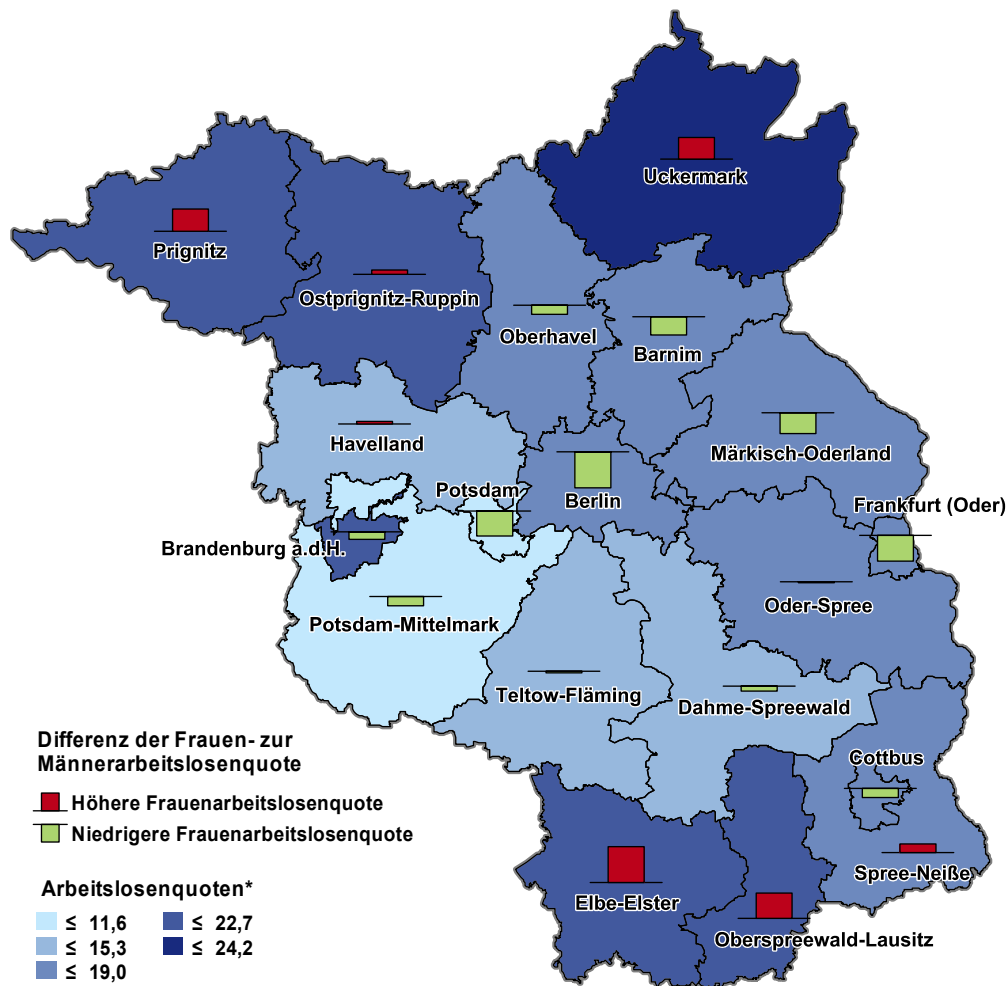
6.4 Regionale Arbeitslosigkeit in Berlin-Brandenburg

Im Land Brandenburg bestehen erhebliche Unterschiede in der Arbeitslosigkeit auf Kreisebene (vgl. Abbildung 16). Es zeigt sich, dass insbesondere Kreise mit räumlicher Nähe zu Berlin deutlich niedrigere Arbeitslosenquoten aufweisen als solche, die in den Randregionen Brandenburgs liegen. Mit 24,2 Prozent war im Jahresdurchschnitt 2007 die Arbeitslosigkeit in der Uckermark am höchsten, auch in Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz und Ostprignitz-Ruppin waren über 20 Prozent der abhängig zivilen Erwerbspersonen ohne Arbeit. Überdurchschnittlich war zudem die Arbeitslosigkeit in den kreisfreien Städten mit Ausnahme der Landeshauptstadt Potsdam. Potsdam sowie der Kreis Potsdam-Mittelmark befinden sich mit 10,9 bzw. 10,8 Prozent am unteren Ende des Spektrums.

Recht ähnlich stellt sich die Situation dar, wenn ausschließlich die Arbeitslosenquoten der Frauen betrachtet werden. Mit jahresdurchschnittlich 26,0 Prozent war in der Uckermark sogar mehr als jede vierte weibliche Erwerbsperson arbeitslos gemeldet. Mehr als 20 Prozent der Frauen waren daneben in den Kreisen Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Ostprignitz-Ruppin und in der Prignitz arbeitslos. Niedrige Arbeitslosenquoten gab es vor allem in Potsdam (9,4 %), Potsdam-Mittelmark (10,2 %) und Dahme-Spreewald (11,6 %).

In Abbildung 16 sind, neben den in Blautönen gekennzeichneten Kreisen, die im Jahr 2007 bestehenden jeweiligen Unterschiede zwischen der Männer- und der Frauenarbeitslosenquote dargestellt. Während für das Land Brandenburg insgesamt kaum Unterschiede in der Arbeitslosenquote zwischen Männern (16,5 %) und Frauen (16,4 %) bestehen, sind auf Kreisebene deutliche geschlechtsspezifische Differenzen festzustellen. Eine größere Distanz zu Berlin bedeutet zugleich eine vergleichsweise höhere Frauenarbeitslosigkeit. Im Kreis Elbe-Elster beträgt die Quote der Männer 19,2 Prozent und die der Frauen 24,9 Prozent, womit sich eine Differenz von (rundungsbedingt) 5,8 Prozentpunkten ergibt. In Oberspreewald-Lausitz lag der Unterschied bei 4,1 Prozentpunkten. In Kreisen mit räumlicher Nähe zu Berlin sowie in den kreisfreien Städten kehrt sich das Verhältnis dagegen um: Hier war die Frauenarbeitslosigkeit zwischen 0,1 Prozent (Oder-Spree) und 3,1 Prozent (Frankfurt/Oder) niedriger als die der Männer. Besonders deutlich fällt der Unterschied in Berlin selbst aus, wo zwischen Männer- und Frauenarbeitslosigkeit 4,3 Prozentpunkte lagen. Einzig der Kreis Havelland widerspricht dem sich ergebenden Trend leicht, da dort mit 14,8 Prozent die Arbeitslosigkeit der Frauen um rund 0,4 Prozentpunkte höher war als die der Männer.

Abbildung 16: Arbeitslosenquoten* in Berlin-Brandenburg nach Kreisen und Geschlecht 2007



* Arbeitslose jeweils im Jahresdurchschnitt 2007 bezogen auf die abhängig zivilen Erwerbspersonen;
 Quelle: Statistikangebot der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

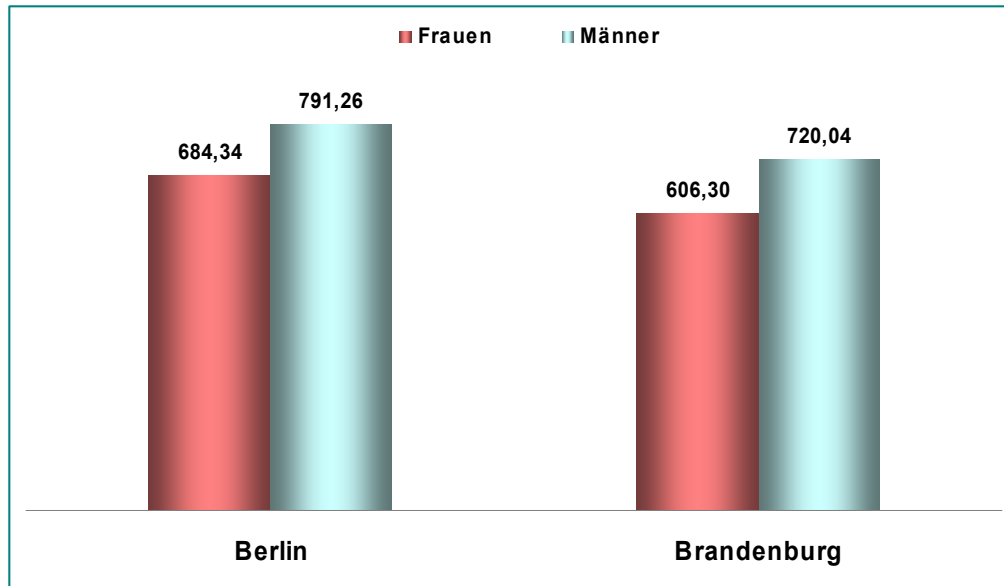
Festzuhalten ist, dass sich die Arbeitslosenquote auf der Ebene der beiden Bundesländer zwischen Männern und Frauen kaum unterscheidet. In Berlin ist sie bei den Frauen zwar niedriger, jedoch ist dabei die geringere Erwerbsbeteiligung der Frauen zu berücksichtigen. Elementarer sind die Unterschiede in der Dauer der Arbeitslosigkeit. Hier sind vor allem die Frauen in Brandenburg benachteiligt. Regionale Disparitäten innerhalb Brandenburgs gehen zulasten der Beschäftigungschancen der Frauen im äußeren Entwicklungsraum.

6.5 Höhe des Arbeitslosengeldes

Die Höhe der empfangenen Leistungen nach dem SGB III (Arbeitslosengeld I) unterscheidet sich in Berlin und Brandenburg zwischen Männern und Frauen. Wie viel Arbeitslosengeld I ausbezahlt wird, ist – im Gegensatz zum einheitlichen Satz beim Arbeitslosengeld II – abhängig von dem vor Beginn der Arbeitslosigkeit bezogenen Lohn der vorangehenden drei Jahre. Während Männer in Berlin im Jahr 2007 durchschnittlich Anspruch auf Leistungen in Höhe von 791 Euro hatten, erhielten Frauen

mit 684 Euro rund 14 Prozent weniger (vgl. Abbildung 17). In Brandenburg fällt der Unterschied noch deutlicher aus. Hier lag das Arbeitslosengeld I bei Frauen mit 606 Euro nur bei 84 Prozent des Betrages, den männliche Arbeitslose im Durchschnitt erhielten (720 Euro).

Abbildung 17: Durchschnittliche Leistungshöhe im Rechtskreis SGB III in Berlin-Brandenburg nach Geschlecht, Jahresdurchschnitt 2007



jahresdurchschnittliche Leistungshöhe in Euro;

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

Die geringere Leistungshöhe ist Folge einer stärkeren Verbreitung von Teilzeit unter Frauen und ihrer niedrigeren Entlohnung. Dem Statistischen Bundesamt zufolge erzielten Männer auch im Jahr 2007 deutlich höhere Erwerbseinkommen als Frauen. Die Differenz lag bei den Bruttostundenverdiensten in Westdeutschland bei rund 24 Prozent (Männer: 19,13 Euro, Frauen: 14,46 Euro), in den neuen Bundesländern dagegen lediglich bei 6 Prozent (Männer: 13,16 Euro, Frauen: 12,39 Euro). Der geringere Unterschied im Osten ist auf die deutlich niedrigeren Durchschnittsverdienste der Männer zurückzuführen (vgl. Statistisches Bundesamt 2008). Darüber hinaus markieren die geringeren Lohndifferenzen im Osten den „beispiellosen Transformationsprozess“ (Cornelißen/Dressel/Lohel 2005: 222) zu Beginn der 90er Jahre, in dessen Zuge ältere, gering qualifizierte weibliche Beschäftigte und somit niedrigere Lohngruppen aus dem Arbeitsmarkt gedrängt wurden.

Die niedrigere Entlohnung der Frauen hat strukturelle und individuelle Ursachen. Zum einen sind Frauen häufiger in Branchen und Berufen tätig, in denen relativ niedrige Durchschnittsverdienste erzielt werden (vgl. Abschnitt 4.1). Zum anderen sind Frauen seltener als Männer in höher entlohten Führungspositionen vertreten. Der Mikrozensus weist 2004 bei Führungspositionen in Berlin einen Frauenanteil von 31 Prozent und in Brandenburg von 27 Prozent aus, was im Bundesländervergleich relativ hohe Werte sind. Ein weiterer Grund für die niedrigere Entlohnung könnte die geringere Berufserfahrung von Frauen sein. Unterbrechungen im Erwerbsverlauf durch Kindererziehungszeiten wirken sich negativ auf Lohnsteigerungen aus, die auf der Dauer der Betriebszugehörigkeit basieren. Schließlich sind die Durchschnittsverdienste wegen der stärkeren Verbreitung von Teilzeitarbeit nied-

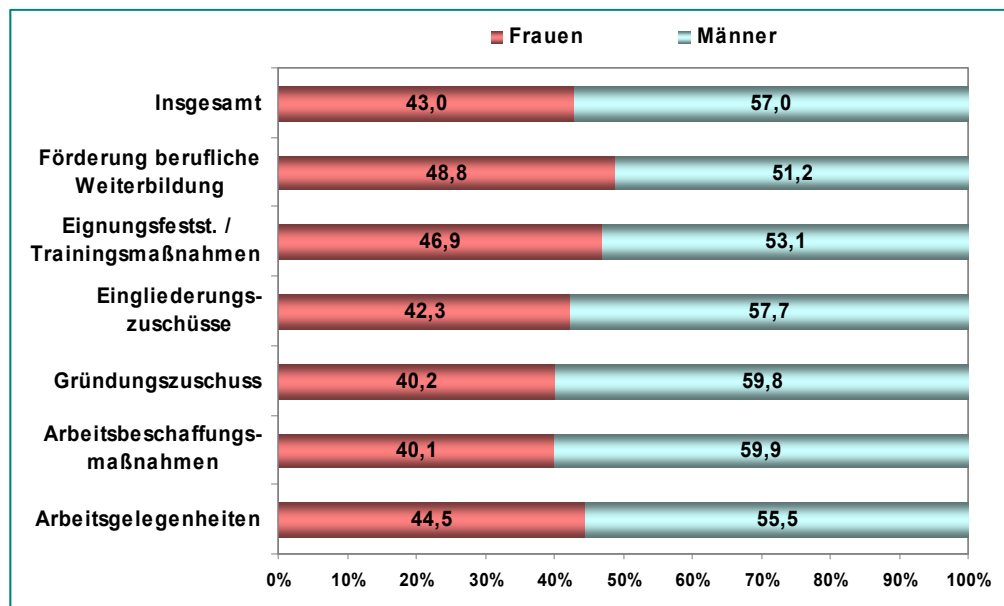
riger. Geringere Stundenlöhne von Teilzeitbeschäftigten vergrößern noch die Unterschiede.³⁰ Aber nicht nur geringere Stundenlöhne führen zu einer vergleichsweise geringeren Leistungshöhe.

6.6 Beteiligung an Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung

Dieser Abschnitt gibt einen Überblick über die Beteiligung von Frauen an ausgewählten Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Berlin und Brandenburg. Dabei wurden die jahresdurchschnittlichen Monatsbestände 2007 berücksichtigt. Die im Folgenden getroffene Auswahl konzentriert sich auf die quantitativ bedeutsamsten Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik.

In Berlin nahmen 2007 durchschnittlich rund 100.000 Arbeitslose an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik teil, davon waren etwa 43.000 weiblich. Der Frauenanteil an diesen Maßnahmen übertraf mit 43,0 Prozent den Zielförder-Anteil³¹ von 37,7 Prozent (vgl. Abbildung 18) deutlich.

Abbildung 18: Ausgewählte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Berlin nach Geschlecht 2007 (Anteile in Prozent)



Bestand an Arbeitslosen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Jahresdurchschnitt 2007;
 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

³⁰ Selbst wenn man die strukturellen Gründe beim Lohnvergleich zwischen Männern und Frauen berücksichtigt, verbleibt ein unerklärter Rest von 5 bis 12 Prozent (vgl. Hinz/Gartner 2005: 28; vgl. Achatz/Gartner/Glück 2004)

³¹ Mit dem Job-AQTIV-Gesetz wurde der §8 Abs. 2 SGB III – Frauenförderung – geändert. Danach sollen Frauen mindestens entsprechend ihrem Anteil und ihrer relativen Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit (Arbeitslosenquote) gefördert werden; vgl. zur Berechnungsformel Bundesagentur für Arbeit 2005: 19. Dieser Zielförderanteil gilt auch für das SGB II. Die Quoten werden für den jeweiligen Rechtskreis ermittelt. Die Zielförderquote von 37,7 Prozent 2007 in Berlin wurde rechtskreisübergreifend berechnet.

Im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik spielt die berufliche Weiterbildung der Arbeitslosen eine wesentliche Rolle. Zusammen mit Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen entfällt auf diesen Bereich der größte Teil der Teilnehmer. Frauen waren, unter Berücksichtigung der Zielförderquote von 37,7 Prozent, vor allem an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung überdurchschnittlich stark beteiligt, ihre Beteiligung lag bei 48,8 Prozent. Ebenfalls über dem Zielwert lag der Frauenanteil mit 46,9 Prozent bei Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen.

Neben der Weiterbildung der Arbeitslosen besteht weiterhin die Möglichkeit, benachteiligten Gruppen durch Lohnsubventionen zu einer Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu verhelfen. Zu diesem Zweck gibt es zielgruppenorientierte Eingliederungszuschüsse, an denen Frauen in Berlin mit 42,3 Prozent ebenfalls leicht überdurchschnittlich beteiligt waren. Ein deutlich geringerer Frauenanteil ist bei der Förderung der Selbstständigkeit festzustellen. Seit 2006 können Empfänger und Empfängerinnen von Arbeitslosengeld I unter bestimmten Umständen³² einen Gründungszuschuss beantragen, wobei nur 40,2 Prozent der letztendlich bewilligten Anträge auf Frauen entfallen. Diese unterdurchschnittliche Beteiligung lässt sich möglicherweise zum Teil damit begründen, dass Frauen häufiger auf der Suche nach einem Teilzeitbeschäftigungsverhältnis sind und daher Gründungen, die zumeist mit erheblichem Zeitaufwand einhergehen, seltener in Betracht ziehen.³³ Zu berücksichtigen ist weiterhin, dass Frauen auch unabhängig von Fördermaßnahmen nur in unterdurchschnittlichem Maße Unternehmensgründungen durchführen. So wurden im Jahr 2003 66,0 Prozent aller Gewerbeanmeldungen von Männern durchgeführt, nur bei Nebenerwerbsgründungen ist der Frauenanteil mit 40,6 Prozent etwas höher (vgl. Lauxen-Ulbrich/Leicht 2005: 38). Festzustellen ist jedoch auch, dass in Ostdeutschland von 1991 bis 2003 eine Verdopplung der Zahl der selbständigen Frauen stattgefunden hat (darunter Berlin: +69,4 %, Brandenburg: +88,2 %; vgl. Lauxen-Ulbrich/Leicht 2005: 58). Zurückgeführt wird dies zum einen auf den „Nachholbedarf“ (Lauxen-Ulbrich/Leicht 2005: 56), der gegenüber den alten Bundesländern bestand, zum anderen auf die Abnahme der Zahl der abhängig beschäftigten Frauen, die alternativ zur Arbeitslosigkeit eine selbständige Erwerbsarbeit antraten.

Weitere Instrumente der Arbeitsmarktpolitik sind Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) sowie Arbeitsgelegenheiten (AGH), die vor allem dazu dienen sollen, eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt zu erleichtern und berufliche Qualifikationen zu erwerben bzw. zu erhalten. Zu beachten ist, dass Arbeitsgelegenheiten nur von Alg-II-Empfängern in Anspruch genommen werden können. Quantitativ betrachtet machen beide Instrumente den größten Anteil an allen Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik aus. Bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen waren Frauen im Jahr 2007 in Berlin mit 40,1 Prozent beteiligt; von den Teilnehmern und Teilnehmerinnen an Arbeitsgelegenheiten waren

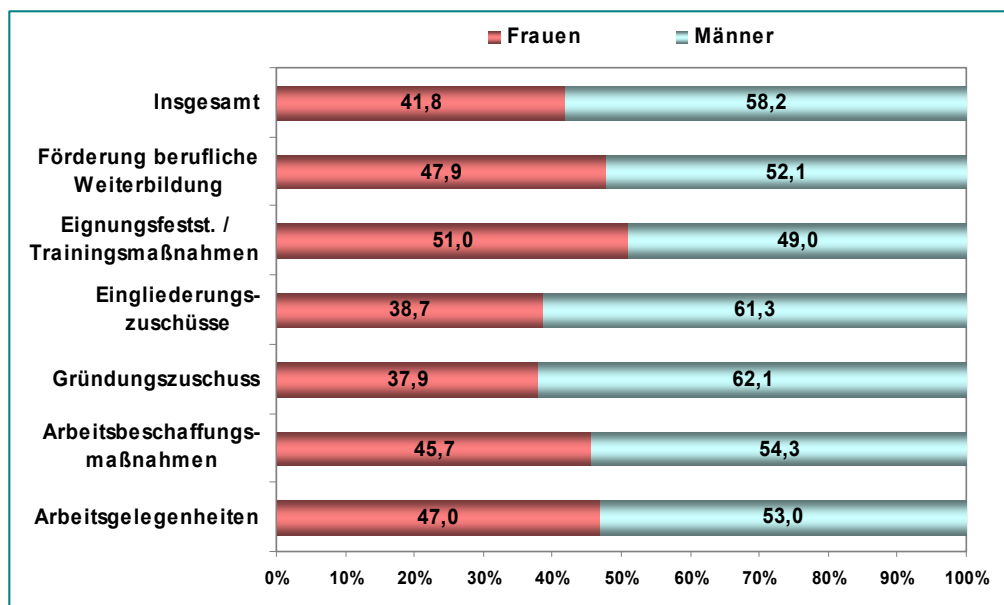
³² Gemäß §57 Abs. 2 SGB III muss der/die Antragsteller/in für die Bewilligung eines Gründungszuschusses noch mindestens 90 Tage Anspruch auf Leistungen nach dem SGB III haben oder in einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, ebenfalls nach dem SGB III, beschäftigt gewesen sein. Das Gründungsvorhaben selbst muss in einem Arbeitsumfang von mindestens 15 Stunden pro Woche betrieben werden. Darüber hinaus bedarf es des Nachweises von Kenntnissen und Fähigkeiten, die zur Ausübung einer selbständigen Tätigkeit notwendig sind. Zur Bewertung der Tragfähigkeit des Gründungsvorhabens ist außerdem die Stellungnahme einer sog. fachkundigen Stelle (darunter z.B. Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern, Kreditinstitute) einzuholen.

³³ Studien haben gezeigt, dass Frauen nicht nur in Deutschland, sondern auch im europäischen Ausland insbesondere im Haupterwerb, also in Vollzeit, sowie im Nebenerwerb unterdurchschnittlich häufig selbständig tätig sind. Dagegen sind Gründungen im Zuerwerb – eine nicht auf Erwerb abzielende Haupttätigkeit ergänzend – frauendominiert (vgl. Dangel et al. 2006: 4).

44,5 Prozent weiblich. Beide Werte liegen deutlich oberhalb der jeweiligen gesetzlichen Zielförderanteile.

In Brandenburg waren durchschnittlich knapp 70.000 Frauen und Männer pro Monat in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik vertreten, davon waren rund 29.000 bzw. 41,8 Prozent weiblich (vgl. Abbildung 19). Anders als in Berlin lag die Beteiligungsquote der Frauen damit unter dem errechneten Zielwert von 48,8 Prozent. Frauen in Brandenburg sind vor allem bei Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen mit 51,0 Prozent und bei Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung mit 47,9 Prozent stark beteiligt. Eine unterdurchschnittliche Beteiligung zeigt sich bei Eingliederungszuschüssen mit 38,7 Prozent, bei der Förderung der Selbständigkeit (37,9 %) sowie bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (45,7 %).

Abbildung 19: Ausgewählte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Brandenburg nach Geschlecht 2007 (Anteile in Prozent)



Bestand an Arbeitslosen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Jahresdurchschnitt 2007;
 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

Auffällig ist, dass in Brandenburg Berufsrückkehrerinnen mit 7,0 Prozent deutlich häufiger Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik wahrnehmen als in Berlin mit 4,2 Prozent. In beiden Ländern ist festzustellen, dass Frauen bei ihrer Rückkehr ins Berufsleben besonders oft an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen. Da Männer nach wie vor nur in seltenen Fällen zeitweise ihren Beruf zugunsten der Kindererziehung oder der Pflege von Angehörigen aufgeben, sind sie sowohl in Berlin als auch in Brandenburg nur vergleichsweise selten (0,1 %) als Berufsrückkehrer unter den Maßnahmenteilnehmern und -teilnehmerinnen vertreten.

6.7 Ergebnisse der Evaluation arbeitsmarktpolitischer Instrumente

Nachdem die Beteiligung von Frauen an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen für Berlin und Brandenburg dargestellt wurde, werden hier die vorliegenden Befunde zur Wirksamkeit solcher Maßnahmen

mit Blick auf Unterschiede zwischen Frauen und Männern skizziert. Dazu werden die Evaluationsbefunde ausgewertet, die zwar keine regionalen Rückschlüsse erlauben, jedoch Aussagen für Frauen auf der Ebene von Ost- und Westdeutschland zulassen.

Im Vordergrund stehen die untersuchten Wirkungen von Eingliederungszuschüssen, Trainingsmaßnahmen, der Unterstützung von Existenzgründungen sowie von Arbeitsgelegenheiten³⁴. Eingliederungszuschüsse (EGZ) sind befristete Lohnkostenzuschüsse, die Arbeitgeber erhalten, wenn sie Arbeitslose mit Vermittlungshemmnissen einstellen. Das IAB hat den längerfristigen Integrationserfolg dieses Instruments für die Jahre 2000 bis 2006 untersucht (vgl. Bernhard/Jaenichen/Stephan 2007). Dabei wurde zunächst festgestellt, dass der Frauenanteil an dieser betriebsnahen Förderung in diesem Zeitraum in Deutschland insgesamt rückläufig war und 2006 nur noch bei einem Drittel lag. Zur Ermittlung des Integrationserfolgs der EGZ wurde eine Kontrollgruppe von Nichtgeförderten mit ähnlicher Zusammensetzung gebildet und deren Integration in Beschäftigung untersucht. Es zeigte sich, dass von den Geförderten nach Ablauf der Förderdauer und Nachbeschäftigungsfrist deutlich mehr in Beschäftigung waren als in der Vergleichsgruppe. Am erfolgreichsten waren geförderte Frauen in Ostdeutschland. Ihr Verbleibsanteil in Beschäftigung war zwischen 30 Prozent und 50 Prozent höher als bei den Nichtgeförderten.

Auch Trainingsmaßnahmen erzielten bei Frauen in Ostdeutschland bessere Eingliederungsergebnisse als bei Männern. Jozwiak und Wolff (2007) haben betriebliche und nichtbetriebliche Trainingsmaßnahmen des Jahres 2005 in einem Vergleichsgruppenansatz untersucht. Zunächst zeigt sich, dass betriebliche Trainingsmaßnahmen deutlich wirksamer sind als nichtbetriebliche. Der Eingliederungsanteil in Beschäftigung liegt bei Frauen, die in Ostdeutschland eine betriebliche Trainingsmaßnahme absolviert haben, etwa nach einem Jahr um 20 Prozentpunkte höher als bei der Vergleichsgruppe. Die weniger wirksamen nichtbetrieblichen Trainingsmaßnahmen verbessern im deutschlandweiten Vergleich die Eingliederungschancen von Frauen in den neuen Bundesländern am stärksten, der Effekt ist mit 3 Prozentpunkten aber vergleichsweise gering.

Ein bedeutsames Förderinstrument der letzten Jahre war die Förderung von Existenzgründungen, sei es durch den Existenzgründungszuschuss (Ich-AG), der relativ häufig von Frauen in Anspruch genommen wurde, oder das Überbrückungsgeld (ÜG). Caliendo u. a. (2007) haben die Gründer zu verschiedenen Zeitpunkten befragt. Von den Frauen, deren Selbständigkeit durch den Existenzgründungszuschuss gefördert wurde, waren 28 Monate nach der Gründung drei Viertel noch selbstständig. Im Osten waren es bei den Männern rund 5 Prozentpunkte mehr, im Westen weniger. Beim Überbrückungsgeld ist der Beschäftigungseffekt für Frauen niedriger und liegt unter dem der Männer. Die Evaluation der Instrumente unter Verwendung des Vergleichsgruppenansatzes ergibt für Frauen in Ostdeutschland die höchsten Eingliederungseffekte. Dies gilt insbesondere für die sog. Ich-AG. Ge-

³⁴ Die vorliegenden Befunde zur Wirksamkeit von öffentlich geförderter Qualifizierung waren vor der Reform der Arbeitsmarktpolitik nach Biewen u. a. (2006) eher ungünstig. Allenfalls mittel- bis längerfristig konnten positive Effekte ermittelt werden. Im Zuge der Hartz-Reformen wurden Qualifizierungsmaßnahmen der BA stark zurückgefahren. Die Ergebnisse der Evaluation zeigen, dass der Austritt aus der Arbeitslosigkeit beschleunigt und die Reform zu einer relativen Verbesserung der Performanz (Abschwächung des Einbindungseffektes durch Verkürzung von Maßnahmen, Verbesserung der Abgangsrate aus Arbeitslosigkeit) geführt hat. Zum anderen scheinen nur manche Programmtypen erfolgreich zu sein – und dass dieser Erfolg wesentlich daran gebunden ist, dass die Maßnahmen in der Zeit zwischen 4 und 12 Monaten nach Beginn der Arbeitslosigkeit gestartet werden. Wesentliche Unterschiede zwischen Frauen und Männern wurden nicht festgestellt (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2006a).

förderte Frauen weisen gut zwei Jahre nach Förderbeginn einen um 50 Prozentpunkte höheren Übergangswert in Beschäftigung auf als nichtgeförderte Frauen.

Abschließend sollen die Wirkung von Arbeitsgelegenheiten (sog. Ein-Euro-Jobs) auf die Integration in „reguläre“ Beschäftigung für Frauen untersucht werden (vgl. Wolff/Hohmeyer 2008). Dabei ist auf zwei unterschiedliche Effekte aufmerksam zu machen. In den ersten Monaten sinkt in der Regel bei den Teilnehmern und Teilnehmerinnen an solchen Maßnahmen der Eingliederungseffekt, da sich die Personen erst einmal versorgt fühlen (Einsperreffekt). Nach Ablauf der ersten sechs Monate verringert sich dieser Effekt. Nach rund 20 Monaten erhöht sich bei Frauen als einziger Gruppe etwas die Integrationschance in den wettbewerbsbestimmten Arbeitsmarkt und dies vor allem im Westen (um 3 Prozentpunkte gegenüber 1 Prozentpunkt im Osten).

Insgesamt zeigt die Evaluation arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen für Frauen, dass die einzelnen Instrumente unterschiedlich wirken. Eingliederungszuschüsse haben dabei den höchsten Effekt auf die Beschäftigung von Frauen und dies vor allem in Ostdeutschland. Wiederum für ostdeutsche Frauen besonders wirksam war die Förderung von Existenzgründungen. Ein drittes schon deutlich schwächer wirkendes Instrument sind betriebliche Trainingsmaßnahmen mit positiven Effekten in den neuen Bundesländern. Die Arbeitsgelegenheiten wirken bei den Frauen weitgehend neutral.

7 Bevölkerungsprognosen

Im folgenden Abschnitt wird die zukünftige Bevölkerungsentwicklung in Berlin und Brandenburg dargestellt. Dabei sind insbesondere die regionalen Disparitäten innerhalb Brandenburgs von Bedeutung. Soweit möglich werden auch die geschlechtsspezifischen Unterschiede thematisiert.

7.1 Brandenburg

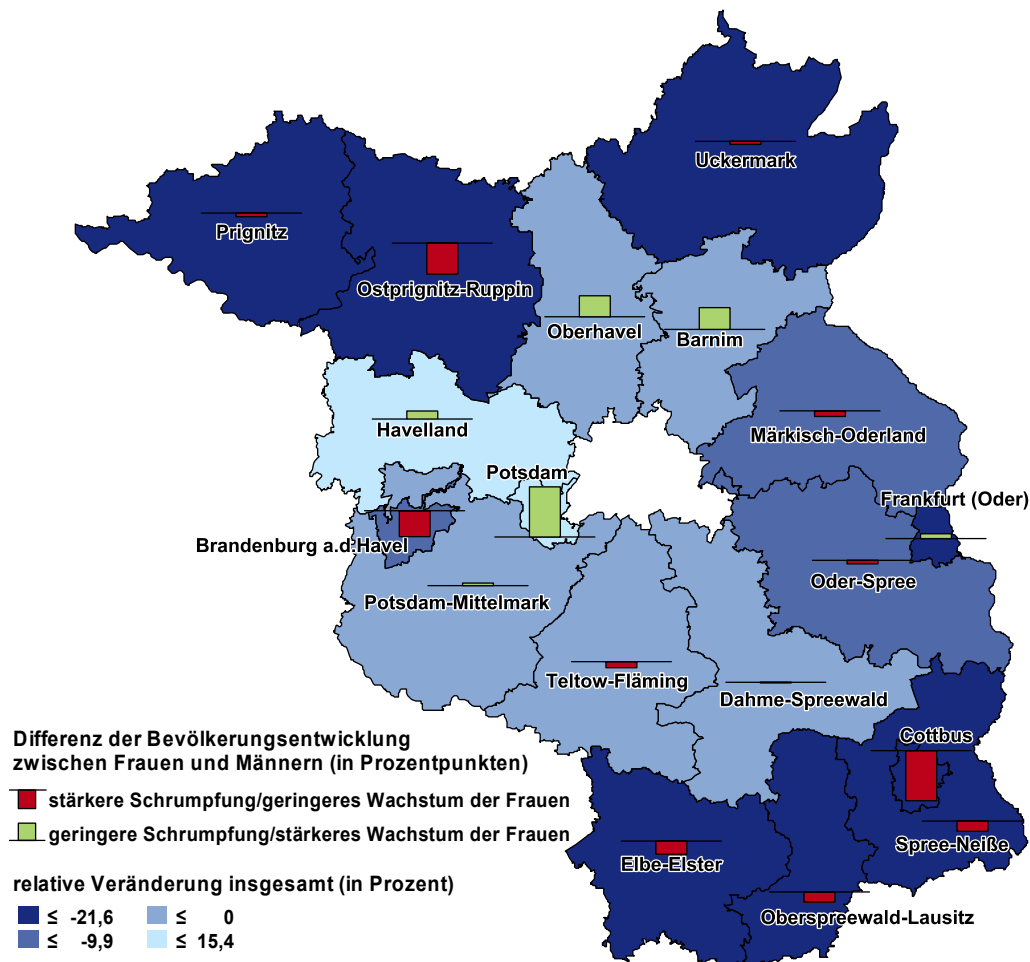
Die künftige Bevölkerungsentwicklung wird sich gemäß der Bevölkerungsprognose des Amts für Statistik Berlin-Brandenburg und des Landesamtes für Bauen und Verkehr Brandenburg (2008) insbesondere auf die Randregionen Brandenburgs negativ auswirken. Die Landkreise Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Prignitz, Spree-Neiße und Uckermark werden demnach von 2006 bis 2030 jeweils etwa ein Viertel ihrer Bevölkerung verlieren (vgl. Tabelle 23 im Anhang). Die Bevölkerung im äußeren Entwicklungsraum insgesamt wird um 25,4 Prozent sinken. Die kreisfreien Städte Brandenburg an der Havel, Cottbus und Frankfurt (Oder) sind mit einer ähnlichen Entwicklung konfrontiert: Hier wird ein Rückgang von je etwa einem Fünftel der Bevölkerung erwartet. Cottbus wird seinen Status als Großstadt – definiert als Stadt mit mehr als 100.000 Einwohnern und Einwohnerinnen – schon vor dem Jahr 2010 verlieren. Gebiete mit regionaler Nähe zu Berlin hingegen – insbesondere Gemeinden im engeren Verflechtungsraum – wird der Bevölkerungsrückgang in geringerem Ausmaß betreffen. Der engere Verflechtungsraum selbst profitiert von Wanderungsbewegungen aus Berlin, so dass voraussichtlich bis etwa 2020 die Einwohnerzahl zunimmt. Die Zuwanderungsgewinne werden das Geburtendefizit im weiteren Verlauf bis 2030 nicht kompensieren können, und die Bevölkerung sinkt leicht. Gegenüber 2006 wird die Bevölkerung im engeren Verflechtungsraum 2030 aber noch um 3,5 Prozent höher liegen. Für Brandenburg insgesamt wird dagegen in diesem Zeitraum ein Bevölkerungsrückgang von 13,9 Prozent erwartet.

Die Zahl der Frauen in Brandenburg wird bis zum Jahr 2030 um 14 Prozent sinken (-180.000 Einwohner und Einwohnerinnen). Besonders drastisch ist die Entwicklung in der Altersgruppe der 16- bis unter 45-jährigen Frauen, deren Zahl sich der Prognose zufolge von 2006 bis 2030 um fast die Hälfte abnimmt. Die Lebenserwartung der Frauen, die im Durchschnitt der Jahre 2004/2006 bei 81,5 Jahren lag, wird bis 2030 noch einmal deutlich auf 85,2 Jahre ansteigen. Die Geburtenzahlen dürften sich von insgesamt 17.900 auf 10.500 (männlich und weiblich) reduzieren. Dadurch erhöht sich das Geburtendefizit – Geburtenzahl im Vergleich zur Zahl der Sterbefälle – in Brandenburg weiter.

Regional bestehen jedoch wie bei der Gesamtbevölkerung deutliche Unterschiede. Während im engeren Verflechtungsraum die Zahl der Frauen bis etwa 2020 sogar ansteigt und trotz sich anschließenden Rückgangs auch im Gesamtzeitraum bis 2030 noch um 4,6 Prozent über dem Wert von 2006 liegen wird, ist im äußeren Entwicklungsraum eine kontinuierliche Verringerung um insgesamt 26,4 Prozent zu erwarten. Damit sinkt die Zahl der Frauen hier überdurchschnittlich stark.

Abbildung 20 veranschaulicht die voraussichtliche Entwicklung der Zahl der Gesamtbevölkerung (eingefärbte Kreise) sowie die Differenz der Bevölkerungsentwicklung zwischen Männern und Frauen. So zeigt sich, dass in der Landeshauptstadt Potsdam zum einen die Bevölkerung allgemein zunimmt (+15,4 %). Zum anderen steigt die Zahl der Frauen um 8,1 Prozentpunkte stärker an als die der Männer (Frauen: +19,4 %, Männer: +11,2 %). Fast kein Unterschied besteht im Kreis Dahme-Spreewald (-8,2 % gegenüber -8,1 %). Kreise im äußeren Entwicklungsraum sind nicht nur mit einem Rückgang der Gesamtbevölkerung, sondern zum Teil auch mit einem überdurchschnittlichen Rückgang der Zahl der Frauen konfrontiert. Besonders stark wird die Zahl der Frauen in der kreisfreien Stadt Cottbus sinken: Hier ist der Prognose zufolge mit einer Abnahme von 27,7 Prozent zu rechnen (Männer: -17,8 %).

Abbildung 20: Entwicklung der Bevölkerung in Brandenburg nach Kreisen und Geschlecht 2006 bis 2030



Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Landesamt für Bauen und Verkehr Brandenburg, eigene Berechnungen

7.2 Berlin

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (vgl. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin 2009) hat Anfang 2009 eine neue Bevölkerungsprognose mit drei Varianten (Wachstum, Basis, Schrumpfung) veröffentlicht, wovon die Basisvariante als am wahrscheinlichsten betrachtet wird. Berlins Bevölkerungszahl wird demnach von 3,416 Mio. Personen im Jahr 2007 um 60.000 (+1,7 %) auf 3,476 Mio. Personen im Jahr 2030 ansteigen. Bis zum Jahr 2025 wird ein Zuwachs auf 3,480 Mio. erwartet. Anschließend ist mit einem leichten Rückgang zu rechnen. Im Gegensatz zu Brandenburg ist Berlin nicht von der Abwanderung junger Frauen betroffen. Die Hauptstadt dürfte in diesem Zeitraum der Prognose zufolge einen Zuwanderungsgewinn von rund 195.000 Einwohnern und Einwohnerinnen erzielen.

8 Fazit

In diesem Bericht wurde die Arbeitsmarktsituation der Frauen in Berlin-Brandenburg untersucht. Es zeigte sich zunächst, dass die Erwerbsbeteiligung der Frauen in Brandenburg höher ist als in den neuen Bundesländern, in Berlin hingegen fast so niedrig wie in Westdeutschland. Frauen in Ostdeutschland verringern im Gegensatz zu westdeutschen Frauen, auch bei sich verschlechternden Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt, ihre Bemühungen um eine Beschäftigungsaufnahme nicht (Grundig 2008: 19). Gute infrastrukturelle Voraussetzungen wie ganztägige Kinderbetreuung begünstigen grundsätzlich die Beschäftigung von Frauen in beiden Ländern.³⁵ In Berlin scheint neben einer höheren Bildungsbeteiligung die anhaltend ungünstige Beschäftigungssituation die Erwerbsneigung der Frauen zu beeinträchtigen.

Die Entwicklung der Erwerbstätigkeit von Frauen in Berlin-Brandenburg ist differenziert zu beurteilen. Die Integration der Frauen in Erwerbstätigkeit hat sich in den letzten Jahren in beiden Bundesländern erhöht. Es sind aber weniger die sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze, sondern andere Beschäftigungsformen, die diesen Zuwachs ermöglichten. So stieg in Berlin die Selbständigkeit der Frauen stark an. An Bedeutung gewonnen haben zudem sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung vor allem in Brandenburg und geringfügige Beschäftigung.

Bezieht man die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auf die Erwerbsbevölkerung, zeigt sich, dass Frauen in beiden Bundesländern höhere Anteile aufweisen als die Männer. Ausnahme bilden die Randregionen Brandenburgs. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass Männer stark vom langjährigen Beschäftigungsabbau der Bauwirtschaft und Industrie betroffen waren. Frauen stellen in Berlin zwar die Mehrheit der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Jedoch beträgt der Frauenanteil unter den Vollzeitbeschäftigten nur 45,7 Prozent, und nur 43,3 Prozent des Arbeitsvolumens entfällt auf Frauen.

Die Arbeitslosenquote unterscheidet sich auf der Ebene der beiden Bundesländer zwischen Männern und Frauen kaum. In Berlin ist sie bei den Frauen zwar niedriger, jedoch ist hierbei die geringere Erwerbsbeteiligung der Frauen zu berücksichtigen. Regionale Disparitäten innerhalb Brandenburgs gehen zulasten hoher Arbeitslosigkeit der Frauen im äußeren Entwicklungsraum.

Wirksame Instrumente zur Erwerbsintegration von Frauen sind insbesondere Eingliederungszuschüsse. Auch die Existenzgründung verbessert die Eingliederungschancen nach den vorliegenden Evaluationsstudien. Ebenfalls positiv wirken betriebliche Trainingsmaßnahmen. Auch wenn die einzelnen Instrumente unterschiedlich wirksam sind, erzielen diese die jeweils besten Ergebnisse bei ostdeutschen Frauen.

Betrachtet man die Bildungsbeteiligung junger Menschen, ist festzustellen, dass die Frauen zunehmend über höhere Abschlüsse verfügen als Männer. Allerdings schlägt sich dieser Vorsprung nur teilweise in einer besseren Position am Arbeitsmarkt nieder, da Frauen immer noch überwiegend frauendominierte Berufe mit geringeren Verdienst- und Karrierechancen wählen. Zudem bedeutet die Kindererziehung häufig immer noch einen Verlust an Karriereoptionen. Immerhin weist der Mikro-

³⁵ In Berlin hat diesbezüglich seit den 1990er Jahren eine Ost-West-Umschichtung stattgefunden, so dass mittlerweile eine „weitgehend gleichgewichtige Verteilung der Kita-Plätze auf die einzelnen Bezirke erreicht wurde“ (Wagner/Botsch 2006: 146).

zensus bei Führungspositionen in Berlin einen Frauenanteil von 31 Prozent, in Brandenburg von 27 Prozent auf, also im Bundesländervergleich relativ hohe Anteile. Um die Karrierechancen zu verbessern, ist eine Steigerung des Frauenanteils in Männerdomänen wie Naturwissenschaften und Ingenieurberufen unerlässlich (König 2008).

Die künftige Bevölkerungsentwicklung wird die regionalen Disparitäten in Berlin-Brandenburg noch weiter erhöhen. Während die Regionen nahe Berlin wachsen, wird die Bevölkerung in den Randregionen stark abnehmen. Die weibliche Bevölkerung wird dort und in den Kreisstädten, mit Ausnahme von Potsdam, überdurchschnittlich sinken. Die künftigen Entwicklungschancen dieser Regionen werden durch die geringere Zahl von Frauen im gebärfähigen Alter weiter geschmälert.

In Brandenburg und zeitverzögert auch in Berlin zeichnet sich ein Fachkräftemangel³⁶ ab. So dürfte dort ab 2010 die Zahl der Berufseinsteiger und -einsteigerinnen nicht mehr ausreichen, um den Ersatzbedarf der Abgänge aus Erwerbstätigkeit in Rente zu decken. Ein gravierender Mangel ist etwa ab 2025 zu erwarten, wenn die gut ausgebildeten und stark besetzten Jahrgänge der 1960er Jahre aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Als eine Maßnahme zur besseren Ausschöpfung des heimischen Arbeitskräftepotentials wird eine Erhöhung der Frauenerwerbsbeteiligung angesehen. Dabei dürften weniger in Brandenburg als in Berlin noch signifikante Steigerungsmöglichkeiten bestehen. Hierbei ist auch an eine Erhöhung der Arbeitszeit zu denken. Die Beschäftigungschancen der Frauen dürften angesichts ihres Bildungsstandes und des Trends zur wissensbasierten Dienstleistungswirtschaft positiv sein. Sie könnten gleichwohl durch bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eine weniger geschlechtsspezifische Berufswahl erhöht werden. Hier ist auch die Verantwortung der Unternehmen gefordert.

³⁶ Das Ausmaß des Fachkräftemangels ist zwar abhängig von den Bildungsabschlüssen der Jugendlichen und kann mit bildungspolitischen Maßnahmen in gewissem Umfang beeinflusst werden, der Rückgang der Geburtenzahlen ist allerdings nicht ohne weiteres zu kompensieren. Ab dem Jahr 2015 könnte sich die Situation verschärfen, wenn das Verhältnis der Berufseinsteiger/-innen zu den in Altersrente tretenden Personen sich verschlechtert (vgl. dazu: Bogai/Hirschenauer 2008: 46).

9 Literaturverzeichnis

- Achatz, Juliane; Gartner, Hermann; Glück Timea (2004): Bonus oder Bias? Mechanismen geschlechtsspezifischer Entlohnung. IAB-Discussion paper 2/2004, Nürnberg.
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008): Bildung in Deutschland 2008. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Übergängen im Anschluss an den Sekundarbereich I, Bielefeld.
- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2008): Allgemeinbildende Schulen im Land Brandenburg. Schuljahr 2007/2008. Statistischer Bericht B I 1 – j/07, Potsdam.
- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2007a): Allgemeinbildende Schulen im Land Berlin. OT B1.1, in: [URL: http://www.statistik-berlin-brandenburg.de/Publikationen/Otab/2008/OT_B01-01-00_021_200700_BE.pdf], Stand: 14.01.2008.
- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2007b): Bevölkerung der kreisfreien Städte und Landkreise nach Alter und Geschlecht am 31.12.2006 im Land Brandenburg. Statistischer Bericht A I 3 – j/07, Potsdam.
- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2007c): Bevölkerung in Berlin 2006. Statistischer Bericht A I 3 – j 06, Potsdam.
- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2007d): Unternehmensregister in Berlin und Brandenburg 2007. Onlinetabelle D2.1, in: [URL: http://www.statistik-berlin-brandenburg.de/Publikationen/Otab/2008/OT_D02-01-00_521_200700_BBB.pdf], Stand: 14.01.2008.
- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg; Landesamt für Bauen und Verkehr Brandenburg (2008): Bevölkerungsprognose des Landes Brandenburg 2007 bis 2030, Potsdam.
- Bamming, Ruth (2006): Beschäftigungsanalyse Brandenburg 1998-2005 (unveröffentlicht), Berlin.
- Bernhard, Sarah; Jaenichen, Ursula; Stephan, Gesine (2007): Eingliederungszuschüsse. Die Geförderten profitieren. IAB-Kurzbericht 09/2007, Nürnberg.
- Biewen, Martin; Fitzenberger, Bernd; Osikominu, Aderonke; Völter, Robert; Waller, Marie (2006): Beschäftigungseffekte ausgewählter Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme, in: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung, Jg. 39, Heft 3/4, S. 365–390.
- Binder, Jan; Schwengler, Barbara (2006): Neuer Gebietszuschnitt der Arbeitsmarktregionen im Raum Berlin und Brandenburg. Kritische Überprüfung der bisher gültigen Arbeitsmarktregionen und Vorschläge für einen Neuzuschnitt. IAB-Forschungsbericht 04/2006, Nürnberg.
- Bogai, Dieter; Hirschenauer, Franziska (2008): Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in Ostdeutschland, in: ifo Dresden berichtet 4/2008, S. 44–54.
- Bogai, Dieter; Mewes, David; Seibert, Holger (2006): Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten. Bericht für den Nordosten Brandenburgs. IAB-regional Berlin-Brandenburg 2/2006, Nürnberg.
- Bogai, Dieter; Wiethölter, Doris (2005): Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten. Länderstudie Brandenburg. IAB-regional Berlin-Brandenburg 1/2005, Nürnberg.

- Bogai, Dieter; Wiethölter, Doris (2006a): Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten. Bericht für den Süden Brandenburgs. IAB-regional Berlin-Brandenburg 4/2006, Nürnberg.
- Bogai, Dieter; Wiethölter, Doris (2006b): Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten. Bericht für den Südwesten Brandenburgs. IAB-regional Berlin-Brandenburg 3/2006, Nürnberg.
- Brenke, Karl (2008): Migranten in Berlin: Schlechte Jobchancen, geringe Einkommen, hohe Transferabhängigkeit, DIW-Wochenbericht Nr. 35/2008.
- Bundesagentur für Arbeit (2005): Entwicklung der Chancengleichheit von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt, Nürnberg.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2007): Asyl in Zahlen 2007, Nürnberg.
- Bundesgesetzblatt Jahrgang 2002 Teil I Nr. 87, Zweites Gesetz für Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 23. Dezember 2002.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2006a): Die Wirksamkeit moderner Dienstleistungen am Arbeitsmarkt. Bericht 2006, Berlin.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2006b): Teilzeitmodelle, in: [URL: <http://www.bmas.de/coremedia/generator/10718/teilzeitmodelle.html>], Stand: 14.01.2008.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung: Berufsbildungsberichte, Bonn, Berlin.
- Burkert, Carola; Garloff, Alfred; Schaade, Peter; Herrmann-Schwetje, Andrea; Paul, Anke (2008): Frauen und Männer am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt in Hessen. Genderbericht Hessen 2007, IAB-regional Hessen 01/2008, Nürnberg.
- Caliendo, Marco; Kritikos, Alexander; Steiner, Viktor; Wießner, Frank (2007): Existenzgründungen. Unterm Strich ein Erfolg. IAB-Kurzbericht 10/2007, Nürnberg.
- Cornelißen, Waltraud; Dressel, Christian; Lohel, Vera (2005): Erwerbseinkommen von Frauen und Männern, in: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ): Gender-Datenreport. 1. Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland, München, S. 159–223.
- Dangel, Caroline; Fleißig, Sabine; Piorkowsky, Michael-Burkhard; Stamm, Thomas (2006): Genderaspekte in der Existenzgründung und Selbstständigkeit in Deutschland im Vergleich mit ausgewählten Ländern in Europa. Eine Analyse mit Daten des Mikrozensus und der EU-Arbeitskräftestichprobe, Bonn.
- Fuchs, Johann; Weber, Brigitte (2004): Frauen in Ostdeutschland. Erwerbsbeteiligung weiterhin hoch. IAB-Kurzbericht 4/2004, Nürnberg.
- Gatzweiler, Hans-Peter/Meyer, Katrin/Milbert, Antonia (2008): Gender-Index 2006. Rangliste nach Bundesländern, in: [URL: <http://www.gender-index.de/Ranking2.pdf>], Stand: 14.01.2008.
- Gesemann, Frank (2008): Bildung und soziale Lage junger Zuwanderer in Berlin, in: Berliner Forum Gewaltprävention: Dokumentation der Tagung "SCHLAGWORT Integration - Junge Zuwanderer und Gewalt in Berlin" am 27. August 2007 (Nr. 34), Berlin S. 33–42.
- Grundig, Beate (2008): Why is the share of women willing to work in East Germany larger than in West Germany? A logit model of extensive labour supply decision. Ifo Working Paper No. 56, München.

- Hinz, Thomas; Gartner, Hermann (2005): Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern in Branchen, Berufen und Betrieben, IAB-Discussion paper 4/2005, Nürnberg.
- Holst, Elke; Schupp, Jürgen (2002): Arbeitszeitwünsche schwanken mit der Konjunktur, in: DIW Berlin: Wochenbericht Nr. 23/2002, S. 370–373.
- Holst, Elke (2007): Arbeitszeitwünsche von Frauen und Männern liegen näher beieinander als tatsächliche Arbeitszeiten, in: DIW Berlin: Wochenbericht Nr. 14-15/2007, S. 209–215.
- Jozwiak, Eva; Wolff, Joachim (2007): Wirkungsanalyse: Kurz und bündig – Trainingsmaßnahmen im SGB II. IAB-Kurzbericht 24/2007, Nürnberg.
- Klingholz, Reiner; Steffens, Marie-Luise/Weber, Andreas (2007): Gutachten zum demografischen Wandel im Land Brandenburg, Berlin.
- König, Marion (2008): Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt. Wer macht das Rennen? IAB-Forum 2/08, S.22–27.
- Kröhnert, Steffen; Klingholz, Reiner (2007): Not am Mann. Von Helden der Arbeit zur neuen Unterschicht? Lebenslagen junger Erwachsener in wirtschaftlichen Abstiegsregionen der neuen Bundesländer, Berlin.
- Kubis, Alexander; Schneider, Lutz (2008): Im Fokus: Zuwanderungschancen ostdeutscher Regionen, in: Wirtschaft im Wandel Nr. 10/2008, S. 377–381.
- Kümmerling, Angelika; Jansen, Andreas; Lehndorff, Steffen (2008): Immer mehr Frauen sind erwerbstätig – aber mit kürzeren Wochenarbeitszeiten, IAQ-Report 2008-04, Essen.
- Lauxen-Ulbrich, Marie; Leicht, René (2005): Wie Frauen gründen und was sie unternehmen. Nationaler Report für das Netzwerk „Women Way of Entrepreneurship“, Teilprojekt „Statistiken über Gründerinnen und selbständige Frauen“, gefördert durch das Bundesministerium für Arbeit aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds, Mannheim.
- Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie des Landes Brandenburg (MASGF) (2008): Forschungsbericht 32. Entwicklung von Betrieben und Beschäftigung in Brandenburg – Ergebnisse der zwölften Welle des Betriebspanels Brandenburg, Potsdam.
- Ministerium für Wissenschaft, Kultur und Forschung des Landes Brandenburg (MWFK) (2007): Erfolgreich studieren – in Brandenburg. 1. Tagung zur Steigerung der Studierneigung in Brandenburg. Pressemitteilung 106/2007, Potsdam.
- Oschmiansky, Heidi (2007): Der Wandel der Erwerbsformen und der Beitrag der Hartz-Reformen. Berlin und die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich, WZB discussion paper 2007-104, Berlin.
- Schäfer, Andrea; Vogel, Claudia (2005): Teilzeitbeschäftigung als Arbeitsmarktchance, in: DIW Berlin: Wochenbericht Nr. 7/2005, S. 131–138.
- Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales Berlin (2008): Betriebspanel Berlin 2007. Ergebnisse der zwölften Welle 2007, Berlin.
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (2008): Bevölkerungsentwicklung in Berlin 2006-2030. Vorausschätzung für die Gesamtstadt, Berlin.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2008): Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, verkettet) 1991-2007, in: [http://www.vgddl.de/Arbeitskreis_VGR/tbls/tab02.asp], Stand: 14.01.2008.

- Statistisches Bundesamt (2002): Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2003), Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2008): Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen im Westen höher als im Osten. Pressemitteilung Nr. 427 vom 14.11.2008, Wiesbaden; ergänzend telefonische Auskunft beim Statistischen Bundesamt am 20.11.2008.
- Statistisches Landesamt Berlin (2004): Datenangebot aus dem Mikrozensus 2004, Berlin.
- Steiner, Volker (2008): Geringfügige Beschäftigung – Sprungbrett oder Sackgasse?, in: DIW Berlin: Wochenbericht Nr. 14/2008, S. 166–167.
- Tiemann, Michael; Schade, Hans-Joachim/Helmrich, Robert/Hall, Anja/Braun, Uta/Bott, Peter (2008): Berufsfeld-Definitionen des BIBB auf Basis der KldB 1992. Erste Fassung. Stand: 9. April 2008, in: [URL: <http://www.bibb.de/berufsfelder>], Stand: 14.01.2008.
- Uhly, Alexandra (2007): Strukturen und Entwicklungen im Bereich technischer Ausbildungsberufe des dualen Systems der Berufsausbildung. Empirische Analysen auf der Basis der Berufsbildungstatistik. Studien zum deutschen Innovationssystem Nr. 2-2007, Bonn.
- Vogel, Claudia (2006): Flexible Beschäftigung und soziale Ungleichheit: Teilzeitbeschäftigung in Großbritannien und Deutschland im Vergleich, Berlin.
- Wagner, Alexandra; Botsch, Elisabeth (2006): Frauen in Berlin. Bildung, Berufe, Einkommen. Bericht erstellt im Auftrag der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Berlin.
- Wanger, Susanne (2004): Teilzeitarbeit. Ein Gesetz liegt im Trend. IAB-Kurzbericht 18/2004, Nürnberg.
- Wiethölter, Doris; Wesling, Mirko (2008): Pendlerbericht Berlin-Brandenburg 2007. Arbeitskräfte-mobilität von Frauen und Männern. IAB-regional Berlin-Brandenburg 02/2008, Nürnberg.
- Wolff, Joachim; Hohmeyer, Katrin (2008): Wirkungen von Ein-Euro-Jobs. Für ein paar Euro mehr. IAB-Kurzbericht 02/2008, Nürnberg.

10 Anhang

10.1 Methodische Erläuterungen

In Kapitel 2 wird ein Überblick über die Beteiligung der Bevölkerung am Erwerbsleben und die Entwicklung des Arbeitsmarktes vermittelt. Der Fokus wird hier auf die geschlechtsspezifische Darstellung gelegt, um Unterschiede zwischen Frauen und Männern aufzuzeigen.

Bei den dargestellten Quoten (vgl. auch begriffliche Erläuterungen S. 58) wurden unterschiedliche Datengrundlagen verwendet. So basieren die Erwerbspersonen- und Erwerbstätigenquoten auf dem Mikrozensus. Der Mikrozensus wird jährlich als Stichprobenerhebung mit einem Auswahlatz von einem Prozent der Bevölkerung durchgeführt und ist daher mit statistischen Unschärfen behaftet. Da die Stichprobe sehr groß angelegt ist, ist diese Unschärfe allerdings bei der Zahl der Erwerbstätigen vergleichsweise gering. Erwerbspersonen nach dem Mikrozensus sind jene, die grundsätzlich mindestens 15 Jahre alt sind und eine auf den Erwerb ausgerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen. Als Erwerbslose gelten alle nicht erwerbstätigen Personen, die sich nach eigenen Angaben um eine Arbeitsstelle bemühen bzw. dem Arbeitsmarkt innerhalb von zwei Wochen zur Verfügung stehen, unabhängig vom Umfang der gesuchten Tätigkeit und unabhängig davon, ob sie bei der Arbeitsagentur als Arbeitslose gemeldet sind. Zu den Erwerbstätigen im Einzelnen zählen Selbständige, mithelfende Familienangehörige, Beamte und Beamtinnen, Angestellte, Arbeiter und Arbeiterinnen, Auszubildende sowie Praktikanten und Praktikantinnen und Volontäre und Volontärinnen. Erwerbstätigenzahlen basieren auf dem Wohnortkonzept (Inländer und Inländerinnen), nicht auf dem Arbeitsortkonzept. Dies ist insbesondere bei regionalen Betrachtungen von Bedeutung: In Regionen mit großem Ein- und Auspendlerüberschuss fallen wohnortbezogene Erwerbstätigenzahlen deutlich niedriger bzw. höher aus als arbeitsortbezogene.

Die Erwerbstätigenzahl ist somit im Mikrozensus deutlich weiter gefasst als in der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Dort werden alle sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten erfasst. Beamte und Beamtinnen, Selbständige und mithelfende Angehörige sind nicht enthalten. Die Beschäftigungsquote ist daher definiert als Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren.

Auch die Grundlage der Statistik der geringfügig entlohnten Beschäftigten bildet das Meldeverfahren für sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Seit dem 1.4.1999 sind für geringfügig beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen grundsätzlich die gleichen Meldungen zu erstatten wie für die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

10.2 Begriffliche Erläuterungen

Erwerbspersonen (nach Mikrozensus):	Setzen sich aus Erwerbstätigen und Erwerbslosen zusammen. Diese Abgrenzung folgt dem „Labour-force“ Konzept der internationalen Arbeitsorganisation (ILO), siehe Definition von „Erwerbstätige“ und „Erwerbslose“.
Erwerbstätige (nach Mikrozensus):	Personen, die (gemäß ILO-Erwerbskonzept) eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig von der geleisteten Arbeitszeit und der Bedeutung dieser Tätigkeit für den Lebensunterhalt.
Erwerbslose (nach Mikrozensus):	Erwerbslose sind Personen ohne Arbeitsverhältnis, die (gemäß ILO-Erwerbskonzept) weniger als eine Stunde in der Woche arbeiten, sich um eine Arbeitsstelle bemühen, unabhängig davon, ob sie bei der Arbeitsagentur als Arbeitslose gemeldet sind und sofort (innerhalb von zwei Wochen) für eine Arbeit verfügbar sind. Insofern ist der Begriff der Erwerbslosen umfassender als der Begriff der Arbeitslosen der Bundesagentur für Arbeit. Andererseits zählen Arbeitslose, die vorübergehend geringfügige Tätigkeiten ausüben, nach dem Erwerbskonzept nicht zu den Erwerbslosen, sondern zu den Erwerbstätigen.
Erwerbspersonenquote (nach Mikrozensus):	Wird aus dem Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren je Geschlecht ermittelt, Stichtag Bevölkerung: jeweils Ende des Jahres.
Erwerbstätigenquote (nach Mikrozensus):	Wird aus dem Anteil der tatsächlich Erwerbstätigen an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren je Geschlecht ermittelt, Stichtag Bevölkerung: jeweils Ende des Jahres
geringfügig Beschäftigte:	Die Grundlage der Statistik der geringfügig entlohten Beschäftigten bildet das Meldeverfahren für sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer: Eine geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt aus dieser Beschäftigung regelmäßig im Monat 400 Euro nicht übersteigt.
Selbständige (nach Mikrozensus):	Selbständige sind Personen, die einen Betrieb oder eine Arbeitsstätte als Eigentümer/-innen, Miteigentümer/-innen, Pächter/-innen oder selbständiger Handwerker/-innen leiten sowie selbständige Handelsvertreter/-innen usw., also auch freiberuflich Tätige, nicht jedoch Personen, die in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis stehen und lediglich innerhalb ihres Arbeitsbereiches selbständig disponieren können (z.B. die selbständi-
noch Selbständige (nach Mikrozensus):	

	ge Filialleiterin). Zu den Selbständigen zählen auch Hausgewerbetreibende und Zwischenmeister/-innen, die mit fremden Hilfskräften in eigener Arbeitsstätte im Auftrag von Gewerbetreibenden Arbeit an Heimarbeiter weitergeben oder Waren herstellen und bearbeiten.
soz.vers.pfl. Beschäftigte:	Erfasst werden alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, was etwa 80 Prozent aller Erwerbstätigen ausmacht. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte umfassen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig sind nach dem Recht der Arbeitsförderung. Dazu zählen Arbeiter/-innen, Angestellte und Personen in beruflicher Ausbildung. Nicht zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen Beamte/-innen, Selbständige und mithelfende Familienangehörige. Es wird zwischen voll versicherungspflichtig Beschäftigten und geringfügig entlohnnten Beschäftigten unterschieden. Stichtag: i.d.R. Ende Juni
soz.vers.pfl. Beschäftigungsquote:	Wird aus dem Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren je Geschlecht ermittelt, Stichtag Bevölkerung: jeweils Ende des Jahres.
soz.vers.pfl. Teilzeitbeschäftigte:	Sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigte sind Beschäftigte, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche volle Wochenarbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten beträgt (einschließlich aller Beschäftigten, die sich in Altersteilzeit befinden, unabhängig vom gewählten Modell).
soz.vers.pfl. Teilzeitquote:	Wird aus dem Anteil der sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigten an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ermittelt.
soz.vers.pfl. Vollzeitbeschäftigte:	Sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte sind Beschäftigte, deren regelmäßige Arbeitszeit die übliche Wochenarbeitsstundenzahl beträgt. Hierzu zählen auch Beschäftigte, deren Arbeitszeit aus arbeitsmarktpolitischen Gründen auf Grundlage eines Anwendungstarifvertrages (z. B. Bezirks-, Haustarifvertrag) verkürzt wurde, die ansonsten aber die für sie tarifvertraglich höchst mögliche Arbeitszeit vereinbart haben. Nicht enthalten sind Beschäftigte in Altersteilzeit, auch wenn sie sich in der Arbeitsphase des Blockmodells befinden.

10.3 Gesetz über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge, BGB II 2000

gültig ab 1.1.2001; zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19.04.2007

§1 Zielsetzung

Ziel des Gesetzes ist, Teilzeitarbeit zu fördern, die Voraussetzungen für die Zulässigkeit befristeter Arbeitsverträge festzulegen und die Diskriminierung von teilzeitbeschäftigten und befristet beschäftigten Arbeitnehmern zu verhindern.

§2 Begriff des teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmers

(1) Teilzeitbeschäftigt ist ein Arbeitnehmer, dessen regelmäßige Wochenarbeitszeit kürzer ist als die eines vergleichbaren vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmers. Ist eine regelmäßige Wochenarbeitszeit nicht vereinbart, so ist ein Arbeitnehmer teilzeitbeschäftigt, wenn seine regelmäßige Arbeitszeit im Durchschnitt eines bis zu einem Jahr reichenden Beschäftigungszeitraums unter der eines vergleichbaren vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmers liegt. Vergleichbar ist ein vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer des Betriebes mit derselben Art des Arbeitsverhältnisses und der gleichen oder einer ähnlichen Tätigkeit. Gibt es im Betrieb keinen vergleichbaren vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer, so ist der vergleichbare vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer auf Grund des anwendbaren Tarifvertrages zu bestimmen; in allen anderen Fällen ist darauf abzustellen, wer im jeweiligen Wirtschaftszweig üblicherweise als vergleichbarer vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer anzusehen ist.

(2) Teilzeitbeschäftigt ist auch ein Arbeitnehmer, der eine geringfügige Beschäftigung nach § 8 Abs. 1 Nr. 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch ausübt.

[...]

§4 Verbot der Diskriminierung

(1) Ein teilzeitbeschäftigter Arbeitnehmer darf wegen der Teilzeitarbeit nicht schlechter behandelt werden als ein vergleichbarer vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer, es sei denn, dass sachliche Gründe eine unterschiedliche Behandlung rechtfertigen. Einem teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ist Arbeitsentgelt oder eine andere teilbare geldwerte Leistung mindestens in dem Umfang zu gewähren, der dem Anteil seiner Arbeitszeit an der Arbeitszeit eines vergleichbaren vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmers entspricht.

[...]

§10 Aus- und Weiterbildung

Der Arbeitgeber hat Sorge zu tragen, dass auch teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen zur Förderung der beruflichen Entwicklung und Mobilität teilnehmen können, es sei denn, dass dringende betriebliche Gründe oder Aus- und Weiterbildungswünsche anderer teilzeit- oder vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer entgegenstehen.

§11 Kündigungsverbot

Die Kündigung eines Arbeitsverhältnisses wegen der Weigerung eines Arbeitnehmers, von einem Vollzeit- in ein Teilzeitarbeitsverhältnis oder umgekehrt zu wechseln, ist unwirksam. Das Recht zur Kündigung des Arbeitsverhältnisses aus anderen Gründen bleibt unberührt.

10.4 Tabellenanhang

Tabelle 10: Erwerbspersonen, Erwerbstätige und Beschäftigte nach Geschlecht 2000 und 2007

		Insgesamt		Frauen		Männer	
		2000	2007	2000	2007	2000	2007
Berlin	Erwerbspersonen*	1.720	1.798	786	835	934	963
	Erwerbsquote 1)	71,0	74,3	65,8	70,0	76,0	78,6
	Erwerbstätige*	1.471	1.504	683	716	788	788
	Erwerbstätigenquote 2)	60,4	63,1	56,9	60,8	63,9	65,4
	Selbständige*	180	234	57	78	123	156
	Selbständigenquote 3)	7,4	9,8	4,8	6,6	10,0	12,9
	Beschäftigte*	1.139	1.048	568	540	571	508
	Beschäftigungsquote 4)	46,8	44,0	47,3	45,8	46,3	42,2
Brandenburg	Erwerbspersonen*	1.370	1.395	633	651	737	744
	Erwerbsquote 1)	73,9	79,8	70,1	77,0	77,6	82,4
	Erwerbstätige*	1.145	1.203	517	560	628	642
	Erwerbstätigenquote 2)	62,0	70,0	57,7	67,3	66,0	72,3
	Selbständige*	103	123	31	39	72	84
	Selbständigenquote 3)	5,6	7,2	3,5	4,7	7,6	9,5
	Beschäftigte*	811	725	382	350	429	375
	Beschäftigungsquote 4)	43,9	42,2	42,6	42,1	45,2	42,2
Alte Bundesländer	Erwerbspersonen*	30.842	32.901	13.272	14.814	17.570	18.087
	Erwerbsquote 1)	70,3	74,8	61,2	67,9	79,1	81,7
	Erwerbstätige*	29.140	30.636	12.547	13.774	16.593	16.861
	Erwerbstätigenquote 2)	66,7	70,9	58,2	64,2	75,1	77,4
	Selbständige*	2.971	3.308	807	1.005	2.164	2.303
	Selbständigenquote 3)	6,8	7,7	3,7	4,7	9,8	10,6
	Beschäftigte*	22.098	21.737	9.511	9.553	12.587	12.185
	Beschäftigungsquote 4)	50,6	50,3	44,1	44,6	56,9	55,9
Neue Bundesländer	Erwerbspersonen*	8.888	8.870	4.087	4.122	4.801	4.747
	Erwerbsquote 1)	73,7	77,9	69,3	74,4	77,9	81,3
	Erwerbstätige*	7.463	7.527	3.376	3.498	4.087	4.029
	Erwerbstätigenquote 2)	61,6	67,3	57,1	64,4	65,9	70,1
	Selbständige*	672	852	205	283	467	569
	Selbständigenquote 3)	5,5	7,6	3,5	5,2	7,5	9,9
	Beschäftigte*	5.727	5.117	2.770	2.532	2.957	2.585
	Beschäftigungsquote 4)	47,2	45,8	46,8	46,6	47,7	45,0

* jeweils Insgesamt (Erwerbspersonen: Erwerbstätige und Erwerbslose gemäß ILO-Konzept), in Tausend

1) Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose gemäß ILO-Konzept) im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, Angaben in Prozent

2) Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, Angaben in Prozent

3) Anteil der Selbständigen an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, Angaben in Prozent

4) Anteil der Beschäftigten an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, Angaben in Prozent

Quellen: Statistisches Bundesamt (Mikrozensus, Fachserie 1, Reihe 4.1.1, 2007; Genesis Online, 2008), Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

Tabelle 11: Beschäftigungsentwicklung nach Geschlecht 2000 bis 2007 (einzelne Jahre)

		2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Berlin	Insge- samt	1.139.096	1.125.714	1.103.776	1.065.424	1.042.262	1.013.758	1.024.464	1.047.812
	Frauen	567.790	566.669	561.441	546.761	535.332	524.783	528.862	539.573
	Männer	571.306	559.045	542.335	518.663	506.930	488.975	495.602	508.239
Branden- burg	Insge- samt	811.036	778.772	759.775	732.935	715.500	698.915	705.763	724.856
	Frauen	381.583	371.658	365.357	354.594	348.702	343.067	344.346	349.828
	Männer	429.453	407.114	394.418	378.341	366.798	355.848	361.417	375.028
Deut- sch- land	Insge- samt	27.825.624	27.817.114	27.571.147	26.954.686	26.523.982	26.178.266	26.354.336	26.854.566
	Frauen	12.281.713	12.372.527	12.391.665	12.181.310	11.983.131	11.892.008	11.930.522	12.084.724
	Männer	15.543.911	15.444.587	15.179.482	14.773.376	14.540.851	14.286.258	14.423.814	14.769.842
Alte Bun- des- länder	Insge- samt	22.098.158	22.266.877	22.182.502	21.730.394	21.411.589	21.206.058	21.339.882	21.737.227
	Frauen	9.511.353	9.653.290	9.722.108	9.585.675	9.438.157	9.399.017	9.434.666	9.552.697
	Männer	12.586.805	12.613.587	12.460.394	12.144.719	11.973.432	11.807.041	11.905.216	12.184.530
Neue Bun- des- länder	Insge- samt	5.727.466	5.550.237	5.388.645	5.224.292	5.112.393	4.972.208	5.014.454	5.117.339
	Frauen	2.770.360	2.719.237	2.669.557	2.595.635	2.544.974	2.492.991	2.495.856	2.532.027
	Männer	2.957.106	2.831.000	2.719.088	2.628.657	2.567.419	2.479.217	2.518.598	2.585.312

Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit; soz.vers.pfl. Beschäftigte jeweils am 30. Juni

Tabelle 12: Entwicklung der geringfügig entlohnnten Beschäftigten* nach Geschlecht 2000 bis 2007 (einzelne Jahre)

		2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Berlin	Insgesamt	103.699	107.909	102.828	140.064	179.595	179.697	192.172	197.450
	Frauen	61.862	63.319	59.899	79.228	98.261	99.841	106.947	110.369
	Männer	41.837	44.590	42.929	60.836	81.334	79.856	85.225	87.081
Branden- burg	Insgesamt	69.643	74.555	77.937	103.772	124.900	118.167	121.983	124.540
	Frauen	41.283	43.552	44.808	58.553	69.679	66.795	69.247	71.017
	Männer	28.360	31.003	33.129	45.219	55.221	51.372	52.736	53.523
Deutsch- land	Insgesamt	4.052.441	4.131.807	4.169.166	5.532.842	6.465.645	6.491.964	6.750.892	6.917.770
	Frauen	2.873.105	2.913.753	2.927.082	3.671.854	4.167.339	4.179.133	4.341.881	4.446.270
	Männer	1.179.336	1.218.054	1.242.084	1.860.988	2.298.306	2.312.831	2.409.011	2.471.500
Alte Bun- desländer	Insgesamt	3.544.561	3.587.960	3.599.798	4.794.286	5.591.101	5.658.337	5.876.477	6.034.729
	Frauen	2.566.627	2.589.893	2.591.550	3.241.954	3.665.899	3.695.556	3.831.715	3.927.237
	Männer	977.934	998.067	1.008.248	1.552.332	1.925.202	1.962.781	2.044.762	2.107.492
Neue Bun- desländer	Insgesamt	507.880	543.847	569.368	738.556	874.544	833.627	874.415	883.041
	Frauen	306.478	323.860	335.532	429.900	501.440	483.577	510.166	519.033
	Männer	201.402	219.987	233.836	308.656	373.104	350.050	364.249	364.008

* Bis 2002 nur ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte, ab 2003 einschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte im Nebenjob;

Quelle: Statistikangebot der Bundesagentur für Arbeit; soz.vers.pfl. Beschäftigte jeweils am 30. Juni

Tabelle 13: Beschäftigungsentwicklung nach der Arbeitszeit und Geschlecht 2000 bis 2007 (einzelne Jahre)

			2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Berlin	Insgesamt	Gesamt	1.139.096	1.125.714	1.103.776	1.065.424	1.042.262	1.013.758	1.024.464	1.047.812
		Frauen	567.790	566.669	561.441	546.761	535.332	524.783	528.862	539.573
		Männer	571.306	559.045	542.335	518.663	506.930	488.975	495.602	508.239
	Vollzeit	Gesamt	953.325	935.474	909.165	870.559	848.124	820.390	822.015	830.970
		Frauen	424.738	421.900	414.284	399.499	389.408	379.094	378.028	379.541
		Männer	528.587	513.574	494.881	471.060	458.716	441.296	443.987	451.429
	Teilzeit	Gesamt	185.505	189.796	194.106	194.277	193.484	192.799	201.942	215.884
		Frauen	142.937	144.553	146.920	146.966	145.607	145.405	150.588	159.738
		Männer	42.568	45.243	47.186	47.311	47.877	47.394	51.354	56.146
Brandenburg	Insgesamt	Gesamt	811.036	778.772	759.775	732.935	715.500	698.915	705.763	724.856
		Frauen	381.583	371.658	365.357	354.594	348.702	343.067	344.346	349.828
		Männer	429.453	407.114	394.418	378.341	366.798	355.848	361.417	375.028
	Vollzeit	Gesamt	716.116	680.888	659.466	632.281	611.814	595.707	597.608	606.462
		Frauen	301.063	288.987	280.844	270.027	261.981	255.666	254.335	252.805
		Männer	415.053	391.901	378.622	362.254	349.833	340.041	343.273	353.657
	Teilzeit	Gesamt	94.766	97.523	99.858	100.241	103.405	102.979	107.934	118.036
		Frauen	80.440	82.451	84.275	84.327	86.555	87.264	89.883	96.830
		Männer	14.326	15.072	15.583	15.914	16.850	15.715	18.051	21.206
Deutschland	Insgesamt	Gesamt	27.825.624	27.817.114	27.571.147	26.954.686	26.523.982	26.178.266	26.354.336	26.854.566
		Frauen	12.281.713	12.372.527	12.391.665	12.181.310	11.983.131	11.892.008	11.930.522	12.084.724
		Männer	15.543.911	15.444.587	15.179.482	14.773.376	14.540.851	14.286.258	14.423.814	14.769.842
	Vollzeit	Gesamt	23.890.002	23.688.614	23.307.945	22.657.574	22.201.871	21.802.121	21.814.511	22.070.081
		Frauen	8.901.297	8.859.856	8.773.437	8.541.191	8.324.683	8.179.363	8.117.691	8.083.719
		Männer	14.988.705	14.828.758	14.534.508	14.116.383	13.877.188	13.622.758	13.696.820	13.986.362
	Teilzeit	Gesamt	3.928.650	4.119.534	4.255.034	4.287.928	4.311.320	4.364.644	4.529.714	4.773.168
		Frauen	3.377.159	3.507.948	3.614.303	3.635.893	3.653.523	3.707.563	3.808.386	3.996.317
		Männer	551.491	611.586	640.731	652.035	657.797	657.081	721.328	776.851
West	Insgesamt	Gesamt	22.098.158	22.266.877	22.182.502	21.730.394	21.411.589	21.206.058	21.339.882	21.737.227
		Frauen	9.511.353	9.653.290	9.722.108	9.585.675	9.438.157	9.399.017	9.434.666	9.552.697
		Männer	12.586.805	12.613.587	12.460.394	12.144.719	11.973.432	11.807.041	11.905.216	12.184.530
	Vollzeit	Gesamt	18.920.503	18.917.300	18.701.610	18.208.637	17.872.868	17.619.305	17.632.464	17.861.470
		Frauen	6.758.284	6.781.607	6.750.708	6.588.013	6.426.959	6.344.740	6.307.177	6.293.506
		Männer	12.162.219	12.135.693	11.950.902	11.620.624	11.445.909	11.274.565	11.325.287	11.567.964
	Teilzeit	Gesamt	3.171.678	3.343.011	3.474.892	3.514.525	3.529.839	3.576.988	3.698.951	3.867.092
		Frauen	2.750.287	2.868.373	2.968.563	2.994.457	3.007.262	3.050.090	3.123.905	3.255.728
		Männer	421.391	474.638	506.329	520.068	522.577	526.898	575.046	611.364
Ost	Insgesamt	Gesamt	5.727.466	5.550.237	5.388.645	5.224.292	5.112.393	4.972.208	5.014.454	5.117.339
		Frauen	2.770.360	2.719.237	2.669.557	2.595.635	2.544.974	2.492.991	2.495.856	2.532.027
		Männer	2.957.106	2.831.000	2.719.088	2.628.657	2.567.419	2.479.217	2.518.598	2.585.312
	Vollzeit	Gesamt	4.969.499	4.771.314	4.606.335	4.448.937	4.329.003	4.182.816	4.182.047	4.208.611
		Frauen	2.143.013	2.078.249	2.022.729	1.953.178	1.897.724	1.834.623	1.810.514	1.790.213
		Männer	2.826.486	2.693.065	2.583.606	2.495.759	2.431.279	2.348.193	2.371.533	2.418.398
	Teilzeit	Gesamt	756.972	776.523	780.142	773.403	781.481	787.656	830.763	906.076
		Frauen	626.872	639.575	645.740	641.436	646.261	657.473	684.481	740.589
		Männer	130.100	136.948	134.402	131.967	135.220	130.183	146.282	165.487

Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit; soz.vers.pfl. Beschäftigte jeweils am 30. Juni

Tabelle 14: Wanderungssalden* der Brandenburger Kreise nach Geschlecht 1995 bis 2006

	Insgesamt	Frauen	Männer	Anteil-Frauen	Anteil-Männer
Brandenburg Insgesamt	122.748	58.537	64.211	47,7	52,3
engerer Verflechtungsraum	217.324	111.680	105.644	51,4	48,6
äußerer Entwicklungsraum	-94.576	-53.143	-41.433	56,2	43,8
Brandenburg an der Havel	-7.117	-3.499	-3.618	49,2	50,8
Cottbus	-15.783	-7.877	-7.906	49,9	50,1
Frankfurt (Oder)	-11.072	-5.545	-5.527	50,1	49,9
Potsdam	9.904	5.596	4.308	56,5	43,5
Barnim	28.449	14.445	14.004	50,8	49,2
Dahme-Spreewald	20.796	10.736	10.060	51,6	48,4
Elbe-Elster	-13.130	-6.749	-6.381	51,4	48,6
Havelland	24.436	12.405	12.031	50,8	49,2
Märkisch-Oderland	22.626	11.649	10.977	51,5	48,5
Oberhavel	37.029	19.208	17.821	51,9	48,1
Oberspreewald-Lausitz	-18.695	-9.386	-9.309	50,2	49,8
Oder-Spree	24.782	5.760	19.022	23,2	76,8
Ostprignitz-Ruppin	-4.113	-1.937	-2.176	47,1	52,9
Potsdam-Mittelmark	23.112	12.602	10.510	54,5	45,5
Prignitz	-11.021	-5.732	-5.289	52,0	48,0
Spree-Neiße	16.454	8.814	7.640	53,6	46,4
Teltow-Fläming	15.041	7.677	7.364	51,0	49,0
Uckermark	-18.950	-9.648	-9.302	50,9	49,1

* Wanderungssaldo: Zuzüge - Fortzüge über die Landesgrenze (jeweils auf das Jahr summiert) 1995 bis 2006;

Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg, Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Tabelle 15: Entwicklung der Arbeitslosenquoten* nach Geschlecht 2000 bis 2007 (einzelne Jahre)

		2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Berlin	Insgesamt	17,6	17,9	18,9	20,2	19,9	21,5	20,1	17,9
	Frauen	15,5	15,6	16,2	17,1	16,9	19,0	17,6	15,7
	Männer	19,5	20,1	21,6	23,1	22,7	24,0	22,5	20,0
Brandenburg	Insgesamt	18,4	18,8	19,1	20,4	20,3	19,9	18,7	16,5
	Frauen	19,7	19,3	18,9	19,9	19,6	18,8	18,1	16,4
	Männer	17,2	18,4	19,2	20,9	21,1	20,9	19,4	16,5
Deutschland	Insgesamt	10,7	10,3	10,8	11,6	11,7	13,0	12,0	10,1
	Frauen	12,1	11,8	12,6	13,7	13,7	14,6	12,0	10,4
	Männer	10,5	10,4	11,3	12,4	12,5	13,4	12,0	9,8
Alte Bundesländer	Insgesamt	8,4	8,0	8,5	9,3	9,4	11,0	10,2	8,4
	Frauen	8,3	7,7	7,8	8,3	8,4	10,7	10,2	8,7
	Männer	8,5	8,3	9,1	10,2	10,3	11,3	10,1	8,1
Neue Bundesländer	Insgesamt	18,5	18,8	19,2	20,1	20,1	20,6	19,2	16,8
	Frauen	19,3	19,0	18,9	19,6	19,5	19,7	18,8	16,8
	Männer	17,8	18,5	19,5	20,6	20,6	21,3	19,5	16,7

* Arbeitslose bezogen auf die abhängig zivilen Erwerbspersonen jeweils im Jahresdurchschnitt;

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 16: Gewünschte Arbeitszeit* der Arbeitslosen nach Geschlecht 2000 bis 2007 (absolut, einzelne Jahre)

			2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Berlin	Insge- samt	Gesamt	264.819	272.330	288.285	306.556	298.661	319.178	293.512	261.042
		Vollzeit	250.347	256.840	271.019	288.187	280.036	297.371	260.948	206.114
		Teilzeit	14.465	15.484	17.251	18.355	18.611	21.789	21.359	17.732
	Frauen	Gesamt	113.037	114.746	119.617	126.609	123.963	138.352	127.436	113.743
		Vollzeit	99.550	100.443	103.860	109.828	106.914	118.759	103.714	82.410
		Teilzeit	13.479	14.297	15.745	16.770	17.041	19.581	18.994	15.670
	Männer	Gesamt	151.782	157.584	168.668	179.948	174.698	180.825	166.077	147.299
		Vollzeit	150.797	156.397	167.158	178.359	173.122	178.613	157.234	123.704
		Teilzeit	985	1.187	1.506	1.585	1.571	2.209	2.365	2.062
Brandenburg	Insge- samt	Gesamt	226.451	233.650	237.903	252.967	250.709	197.223	176.933	153.683
		Vollzeit	220.587	227.348	230.990	245.544	243.712	190.436	165.551	137.761
		Teilzeit	5.861	6.301	6.905	7.415	6.990	6.778	7.715	8.449
	Frauen	Gesamt	117.974	116.847	115.205	120.715	118.461	91.757	84.268	76.118
		Vollzeit	112.341	110.841	108.726	113.856	112.014	85.640	75.847	65.448
		Teilzeit	5.630	6.005	6.476	6.854	6.443	6.111	6.801	7.362
	Männer	Gesamt	108.477	116.803	122.698	132.252	132.248	105.465	92.666	77.565
		Vollzeit	108.247	116.507	122.265	131.688	131.698	104.796	89.703	72.313
		Teilzeit	231	295	429	561	547	667	915	1.087
Alte Bundes- länder	Insge- samt	Gesamt	2.380.987	2.320.500	2.498.392	2.753.181	2.782.759	3.009.562	2.754.870	2.267.196
		Vollzeit	2.083.575	2.019.197	2.181.533	2.415.918	2.448.691	2.580.031	2.225.153	1.714.382
		Teilzeit	297.126	301.053	316.557	336.983	333.849	429.098	449.923	398.188
	Frauen	Gesamt	1.068.860	1.033.088	1.072.637	1.158.759	1.175.011	1.385.179	1.314.944	1.127.509
		Vollzeit	781.034	742.724	768.994	836.310	856.181	978.019	852.035	675.845
		Teilzeit	287.553	290.127	303.375	322.210	318.650	406.792	424.623	373.896
	Männer	Gesamt	1.312.127	1.287.412	1.425.756	1.594.422	1.607.748	1.624.383	1.439.926	1.139.687
		Vollzeit	1.302.541	1.276.473	1.412.539	1.579.608	1.592.510	1.602.012	1.373.118	1.038.537
		Teilzeit	9.573	10.926	13.182	14.773	15.199	22.307	25.300	24.293
Neue Bundes- länder	Insge- samt	Gesamt	1.508.707	1.532.064	1.562.953	1.623.614	1.598.522	1.483.438	1.351.834	1.173.247
		Vollzeit	1.459.813	1.481.180	1.508.728	1.566.650	1.541.989	1.421.881	1.242.969	1.014.929
		Teilzeit	48.868	50.864	54.174	56.904	56.472	61.466	66.205	66.334
	Frauen	Gesamt	767.457	755.625	748.789	771.821	757.552	697.304	649.366	578.589
		Vollzeit	720.753	707.361	698.001	718.856	705.158	641.479	571.163	479.568
		Teilzeit	46.679	48.245	50.755	52.924	52.354	55.759	59.030	58.356
	Männer	Gesamt	741.250	776.440	814.164	851.793	840.970	786.134	702.468	594.658
		Vollzeit	739.060	773.819	810.727	847.794	836.831	780.402	671.806	535.361
		Teilzeit	2.189	2.619	3.419	3.980	4.118	5.707	7.175	7.978

* Merkmal gewünschte Arbeitszeit hier ohne die weiteren Kategorien „Heimarbeit“ (ab 2000) und „Keine Angabe“ (ab 2006) ausgewiesen;

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Arbeitslose jeweils im Jahresdurchschnitt

Tabelle 17: Gewünschte Arbeitszeit* der Arbeitslosen nach Geschlecht 2000 bis 2007 (Anteile in Prozent, einzelne Jahre)

			2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Berlin	Insgesamt	Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
		Vollzeit	94,5	94,3	94,0	94,0	93,8	93,2	88,9	79,0
		Teilzeit	5,5	5,7	6,0	6,0	6,2	6,8	7,3	6,8
	Frauen	Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
		Vollzeit	88,1	87,5	86,8	86,7	86,2	85,8	81,4	72,5
		Teilzeit	11,9	12,5	13,2	13,2	13,7	14,2	14,9	13,8
	Männer	Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
		Vollzeit	99,4	99,2	99,1	99,1	99,1	98,8	94,7	84,0
		Teilzeit	0,6	0,8	0,9	0,9	0,9	1,2	1,4	1,4
Brandenburg	Insgesamt	Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
		Vollzeit	97,4	97,3	97,1	97,1	97,2	96,6	93,6	89,6
		Teilzeit	2,6	2,7	2,9	2,9	2,8	3,4	4,4	5,5
	Frauen	Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
		Vollzeit	95,2	94,9	94,4	94,3	94,6	93,3	90,0	86,0
		Teilzeit	4,8	5,1	5,6	5,7	5,4	6,7	8,1	9,7
	Männer	Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
		Vollzeit	99,8	99,7	99,6	99,6	99,6	99,4	96,8	93,2
		Teilzeit	0,2	0,3	0,3	0,4	0,4	0,6	1,0	1,4
Alte Bundesländer	Insgesamt	Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
		Vollzeit	87,5	87,0	87,3	87,8	88,0	85,7	80,8	75,6
		Teilzeit	12,5	13,0	12,7	12,2	12,0	14,3	16,3	17,6
	Frauen	Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
		Vollzeit	73,1	71,9	71,7	72,2	72,9	70,6	64,8	59,9
		Teilzeit	26,9	28,1	28,3	27,8	27,1	29,4	32,3	33,2
	Männer	Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
		Vollzeit	99,3	99,2	99,1	99,1	99,1	98,6	95,4	91,1
		Teilzeit	0,7	0,8	0,9	0,9	0,9	1,4	1,8	2,1
Neue Bundesländer	Insgesamt	Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
		Vollzeit	96,8	96,7	96,5	96,5	96,5	95,9	91,9	86,5
		Teilzeit	3,2	3,3	3,5	3,5	3,5	4,1	4,9	5,7
	Frauen	Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
		Vollzeit	93,9	93,6	93,2	93,1	93,1	92,0	88,0	82,9
		Teilzeit	6,1	6,4	6,8	6,9	6,9	8,0	9,1	10,1
	Männer	Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
		Vollzeit	99,7	99,7	99,6	99,5	99,5	99,3	95,6	90,0
		Teilzeit	0,3	0,3	0,4	0,5	0,5	0,7	1,0	1,3

* Merkmal gewünschte Arbeitszeit hier ohne die weiteren Kategorien „Heimarbeit“ (ab 2000) und „Keine Angabe“ (ab 2006) ausgewiesen;

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen; Arbeitslose jeweils im Jahresdurchschnitt

Tabelle 18: Entwicklung der Arbeitslosen nach Rechtskreisen und Geschlecht 2005 bis 2007 (einzelne Jahre)

		2005			2006			2007		
		Gesamt	Männlich	Weiblich	Gesamt	Männlich	Weiblich	Gesamt	Männlich	Weiblich
Gesamt	Deutschland	4.860.880	2.605.656	2.254.773	4.487.233	2.337.913	2.149.203	3.776.425	1.900.295	1.873.396
	Berlin	319.178	180.825	138.352	293.512	166.077	127.436	261.042	147.299	113.743
	Brandenburg	243.875	130.416	113.460	226.416	119.213	107.198	199.651	101.266	97.601
	Deutschland	100,0	53,6	46,4	100,0	52,1	47,9	100,0	50,3	49,6
	Berlin	100,0	56,7	43,3	100,0	56,6	43,4	100,0	56,4	43,6
	Brandenburg	100,0	53,5	46,5	100,0	52,7	47,3	100,0	50,7	48,9
SGB III	Deutschland	2.091.008	1.071.093	1.019.915	1.663.909	804.275	859.634	1.253.403	574.546	678.856
	Berlin	94.085	50.401	43.684	66.435	34.086	32.350	51.259	25.793	25.466
	Brandenburg	102.705	53.320	49.385	79.754	38.661	41.093	63.374	28.859	34.515
	Deutschland	100,0	51,2	48,8	100,0	48,3	51,7	100,0	45,8	54,2
	Berlin	100,0	53,6	46,4	100,0	51,3	48,7	100,0	50,3	49,7
	Brandenburg	100,0	51,9	48,1	100,0	48,5	51,5	100,0	45,5	54,5
SGB II	Deutschland	2.769.872	1.534.564	1.234.858	2.823.324	1.533.638	1.289.569	2.523.022	1.325.749	1.194.539
	Berlin	225.092	130.424	94.668	227.077	131.991	95.086	209.783	121.506	88.277
	Brandenburg	141.170	77.096	64.075	146.662	80.552	66.104	136.277	72.407	63.086
	Deutschland	100,0	55,4	44,6	100,0	54,3	45,7	100,0	52,5	47,3
	Berlin	100,0	57,9	42,1	100,0	58,1	41,9	100,0	57,9	42,1
	Brandenburg	100,0	54,6	45,4	100,0	54,9	45,1	100,0	53,1	46,3

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen; Arbeitslose jeweils im Jahresdurchschnitt

Tabelle 19: Ausgewählte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Berlin nach Geschlecht 2007 – Insgesamt

	Insgesamt	Frauen		Männer	
		absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
Arbeitsmarktpolitik Insgesamt	99.888	42.922	43,0	56.966	57,0
Anteil Berufsrückkehrer/-innen	1,8	4,2		0,1	
Förderung berufliche Weiterbildung	9.577	4.675	48,8	4.902	51,2
Anteil Berufsrückkehrer/-innen	4,0	8,0		0,1	
Eignungsfestst. / Trainingsmaßnahmen	3.369	1.582	46,9	1.788	53,1
Anteil Berufsrückkehrer/-innen	2,4	5,1		0,0	
Eingliederungszuschüsse	4.845	2.051	42,3	2.793	57,7
Anteil Berufsrückkehrer/-innen	2,0	4,8		0,0	
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	7.845	3.146	40,1	4.700	59,9
Anteil Berufsrückkehrer/-innen	1,4	3,5		0,0	
Gründungszuschuss	4.418	1.774	40,2	2.644	59,8
Anteil Berufsrückkehrer/-innen	1,3	3,3		0,0	

Bestand an Arbeitslosen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Jahresdurchschnitt 2007;

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

Tabelle 20: Ausgewählte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Berlin nach Geschlecht 2007 – SGB III

	Insgesamt nur SGB III	Frauen		Männer	
		absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
Arbeitsmarktpolitik Insgesamt	30.376	12.977	42,7	17.399	57,3
Anteil Berufsrückkehrer/-innen	1,5	3,5		0,1	
Förderung berufliche Weiterbildung	2.666	1.440	54,0	1.226	46,0
Anteil Berufsrückkehrer/-innen	4,0	7,4		0,1	
Eignungsfestst. / Trainingsmaßnahmen	730	379	51,9	351	48,1
Anteil Berufsrückkehrer/-innen	2,1	4,0		0,0	
Eingliederungszuschüsse	1.743	817	46,9	926	53,1
Anteil Berufsrückkehrer/-innen	2,4	4,9		0,1	
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	723	371	51,3	352	48,7
Anteil Berufsrückkehrer/-innen	2,1	3,8		0,2	
Gründungszuschuss	4.418	1.774	40,2	2.644	59,8
Anteil Berufsrückkehrer/-innen	1,3	3,3		0,0	

Bestand an Arbeitslosen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Jahresdurchschnitt 2007;

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

Tabelle 21: Ausgewählte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Brandenburg nach Geschlecht 2007 – Insgesamt

	Insgesamt	Frauen		Männer	
		absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
Arbeitsmarktpolitik Insgesamt	69.608	29.121	41,8	40.487	58,2
Anteil Berufsrückkehrer/-innen	3,0	7,0		0,1	
Förderung berufliche Weiterbildung	4.480	2.147	47,9	2.333	52,1
Anteil Berufsrückkehrer/-innen	7,5	15,3		0,3	
Eignungsfestst. / Trainingsmaßnahmen	2.420	1.235	51,0	1.185	49,0
Anteil Berufsrückkehrer/-innen	4,9	9,5		0,1	
Eingliederungszuschüsse	5.704	2.206	38,7	3.498	61,3
Anteil Berufsrückkehrer/-innen	2,6	6,5		0,1	
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	3.049	1.395	45,7	1.654	54,3
Anteil Berufsrückkehrer/-innen	3,3	7,1		0,1	
Gründungszuschuss	3.510	1.330	37,9	2.180	62,1
Anteil Berufsrückkehrer/-innen	2,2	5,8		0,1	

Bestand an Arbeitslosen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Jahresdurchschnitt 2007;

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

Tabelle 22: Ausgewählte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Brandenburg nach Geschlecht 2007 – SGB III

	Insgesamt nur SGB III	Frauen		Männer	
		absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
Arbeitsmarktpolitik Insgesamt	38.153	15.376	40,3	22.776	59,7
Anteil Berufsrückkehrer/-innen	2,3	5,6		0,1	
Förderung berufliche Weiterbildung	2.769	1.456	52,6	1.314	47,4
Anteil Berufsrückkehrer/-innen	7,7	14,4		0,3	
Eignungsfestst. / Trainingsmaßnahmen	1.018	538	52,8	480	47,2
Anteil Berufsrückkehrer/-innen	3,8	7,2		0,1	
Eingliederungszuschüsse	3.007	1.226	40,8	1.781	59,2
Anteil Berufsrückkehrer/-innen	2,2	5,2		0,1	
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	876	432	49,3	445	50,7
Anteil Berufsrückkehrer/-innen	1,7	3,4		0,0	
Gründungszuschuss	3.510	1.330	37,9	2.180	62,1
Anteil Berufsrückkehrer/-innen	2,2	5,8		0,1	

Bestand an Arbeitslosen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Jahresdurchschnitt 2007;

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

Tabelle 23: Entwicklung der Gesamtbevölkerung in Brandenburg nach Kreisen 2006 bis 2030 (in Tausend)

	2006	2010	2020	2030	Entwicklung 2006 - 2030	
					absolut	relativ
Brandenburg Insgesamt	2.547,8	2.497,7	2.377,7	2.193,9	-353,9	-13,9
Engerer Verflechtungsraum	1.013,5	1.039,6	1.066,8	1.049,1	35,6	3,5
Äußerer Entwicklungsraum	1.534,3	1.458,1	1.310,9	1.144,8	-389,5	-25,4
Brandenburg an der Havel	73,5	70,9	65,8	58,7	-14,8	-20,1
Cottbus	103,8	98,0	89,6	80,1	-23,7	-22,8
Frankfurt (Oder)	62,6	58,2	52,7	47,4	-15,2	-24,3
Potsdam	148,8	154,8	166,6	171,8	23,0	15,4
Barnim	177,4	177,7	172,9	160,4	-17,0	-9,6
Dahme-Spreewald	161,8	162,4	159,8	148,6	-13,2	-8,2
Elbe-Elster	119,8	112,7	99,8	86,7	-33,0	-27,6
Havelland	155,4	156,3	157,8	156,1	0,7	0,4
Märkisch-Oderland	192,0	189,6	182,4	170,7	-21,3	-11,1
Oberhavel	201,3	202,4	197,5	186,7	-14,6	-7,2
Oberspreewald-Lausitz	129,6	121,5	106,5	92,1	-37,5	-28,9
Oder-Spree	189,2	182,6	168,4	149,8	-39,4	-20,8
Ostprignitz-Ruppin	106,8	102,4	92,6	80,9	-25,9	-24,3
Potsdam-Mittelmark	204,0	204,4	200,5	190,4	-13,6	-6,7
Prignitz	87,2	82,6	73,0	62,6	-24,6	-28,2
Spree-Neiße	135,0	129,2	117,3	102,5	-32,5	-24,1
Teltow-Fläming	162,4	162,7	158,5	146,8	-15,5	-9,6
Uckermark	137,2	129,3	115,9	101,4	-35,8	-26,1

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Landesamt für Bauen und Verkehr Brandenburg, eigene Berechnungen

Tabelle 24: Entwicklung der weiblichen Bevölkerung in Brandenburg nach Kreisen 2006 bis 2030 (in Tausend)

	2006	2010	2020	2030	Entwicklung 2006 - 2030	
					absolut	relativ
Brandenburg Insgesamt	1.286,1	1.259,9	1.198,3	1.105,9	-180,2	-14,0
Engerer Verflechtungsraum	512,9	526,3	542,2	536,5	23,6	4,6
Äußerer Entwicklungsraum	773,3	733,6	656,1	569,5	-203,8	-26,4
Brandenburg an der Havel	37,3	35,9	32,9	28,9	-8,4	-22,6
Cottbus	52,9	49,6	44,2	38,2	-14,6	-27,7
Frankfurt (Oder)	32,3	30,2	27,4	24,6	-7,7	-23,8
Potsdam	76,7	80,2	87,5	91,5	14,9	19,4
Barnim	89,0	89,4	87,5	82,0	-7,0	-7,9
Dahme-Spreewald	81,3	81,5	80,1	74,6	-6,7	-8,2
Elbe-Elster	60,4	56,7	49,8	43,0	-17,4	-28,9
Havelland	78,5	79,0	79,9	79,3	0,8	1,1
Märkisch-Oderland	95,9	94,4	90,5	84,7	-11,2	-11,6
Oberhavel	101,9	102,7	100,8	96,2	-5,7	-5,6
Oberspreewald-Lausitz	65,7	61,5	53,7	46,0	-19,7	-29,9
Oder-Spree	95,1	91,7	84,4	75,0	-20,1	-21,2
Ostprignitz-Ruppin	53,6	51,0	45,4	39,0	-14,6	-27,3
Potsdam-Mittelmark	102,9	103,0	101,1	96,2	-6,7	-6,5
Prignitz	44,3	41,9	36,9	31,6	-12,6	-28,5
Spree-Neiße	67,8	64,7	58,5	50,8	-17,0	-25,0
Teltow-Fläming	81,8	81,8	79,4	73,5	-8,3	-10,1
Uckermark	68,9	64,9	58,2	50,8	-18,2	-26,4

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Landesamt für Bauen und Verkehr Brandenburg, eigene Berechnungen

Impressum

IAB regional. IAB Berlin-Brandenburg
Nr. 01 / 2009

Herausgeber

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
der Bundesagentur für Arbeit
Weddigenstr. 20-22
D-90478 Nürnberg

Rechte

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit
Genehmigung des IAB gestattet

Bezugsmöglichkeit

Volltext-Download dieses Forschungsberichtes
unter:

http://doku.iab.de/regional/BB/2009/regional_bb_0109.pdf

IAB im Internet

<http://www.iab.de>

Rückfragen zum Inhalt an

Dieter Bogai, Tel. 030/555599-5190,
oder e-Mail: dieter.bogai@iab.de

Doris Wiethölter, Tel. 030/555599-5191
oder e-Mail: doris.wiethoelter@iab.de

ISSN 1861-1567